

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

162 · April 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	291
Essay	
MATTHIAS KÄTHER Über Marxens Rezeptionsmethoden	293
Demokratischer Sozialismus	
EVELIN WITTICH Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg Reproduktion von Vorurteilen oder Beginn einer differenzierten Geschichtsaneignung?	301
MICHAEL BRIE Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai – Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus	312
Stalinismus-Diskussion	
OTTO LACIS Woran ist die KPdSU gescheitert?	329
Europa im Umbruch	
WILHELM ERSIL Kerneuropa: Drohungen und Tendenzen	343
ASSIA TEODOSSIEVA Bulgarien zwischen Jahrtausendgeschichte und Globalisierung	355
Standorte	
WOLFGANG METHLING Umweltpolitik – Impulse für technologische Innovation und Regionalentwicklung	364

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 372

Bücher & Zeitschriften

Torsten Bewernitz:
Global X. Kritik, Stand und Perspektiven
der Antiglobalisierungsbewegung
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 374

Jay Y. Gonen:
The Roots of Nazi Psychology. Hitlers Utopian Barbarism
(RICHARD SAAGE) 374

Karl Mannheim: Konservatismus
(ÜLRICH BUSCH) 376

Jean Ziegler:
Die neuen Herrscher der Welt
und ihre globalen Widersacher
(MARIO CANDEIAS) 378

Peter Bender:
Weltmacht Amerika. Das Neue Rom
(JÖRG ROESLER) 379

Summaries 382

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 384

VorSatz

In zweieinhalb Monaten – vom 10. bis zum 13. Juni – wird in der Europäischen Union gewählt. Das neue Europaparlament – das sechste – wird größer sein als sein Vorgänger. 732 Sitze wird es haben statt der bisherigen 626, denn erstmals beteiligt sein werden die zehn ost- und südeuropäischen Staaten, um die die EU am 1. Mai erweitert werden wird: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn, die Tschechische Republik und Zypern.

Aber es ist kein fröhlicher, kein unbeschwerter Weg in diese erweiterte EU hinein. Das Wahlfrühjahr hat mit einem Schock begonnen: Am 11. März detonierten in Madrid an verschiedenen Stellen fast gleichzeitig mehrere Bomben, mit denen mehr als zweihundert Menschen ermordet und weit über tausend verletzt wurden. Es war ein Donnerstag direkt vor den spanischen Parlamentswahlen. Trauer und Fassungslosigkeit mündeten am Vorabend des Wahltages in die unmißverständliche Forderung nach rascher und umfassender Klarheit über die Täterschaft.

Wie aber soll die gewonnen werden? Die ersten Spekulationen betrafen den militärischen Arm der baskischen ETA, die zweiten Al Qaida. Diese letzteren machten sich an Hinweisen auf Spuren fest, wie man sie auch unmittelbar nach den Terroranschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 der Öffentlichkeit präsentiert hat. Das Problem dabei ist: Von den tatsächlichen Abläufen und wahren Verantwortlichen für die damaligen Ereignisse weiß man heute noch immer nicht mehr als eine Woche nach den Anschlägen selbst. Die vielen Hundert Nachfragen nach Ungereimtheiten, Unterlassungen und Merkwürdigkeiten, die seither in der Öffentlichkeit gestellt worden sind, sind alle unbeantwortet geblieben. Und so liegt der Schatten des Unaufgeklärten, des seltsam Verschleierte und des Diskreditierens derjenigen, die in ihrem beharrlichen Nachfragen nicht nachgelassen haben, nun auch über Madrid, über Europa. Wie soll hier – in Madrid – Klarheit entstehen, da dort – in New York und Washington – doch gerade mit der Unklarheit Politik gemacht wird? Und – gegen Afghanistan und gegen Irak – sogar Kriege geführt werden?

Die Anschläge von Madrid haben den Problemen Europas ein weiteres hinzugefügt. Die EU muß sich nun unmißverständlich entscheiden, wie sie sich zum Krieg der USA gegen den Terror verhält. Daß dieser Krieg die Welt nicht um ein Deut sicherer gemacht, daß er die Terrorgefahr nicht eingedämmt, sondern nur noch weiter vergrößert hat, liegt so klar auf der Hand, wie nur irgendetwas auf der

Hand liegen kann. Also muß man heraus aus diesem Krieg, muß ihm mit aller Konsequenz eine Absage erteilen. »Eure Kriege – unsere Toten« war auf Plakaten bei den Demonstrationen von mehreren Millionen Menschen in Madrid zu lesen, und Wahlsieger wurden am 14. März die Sozialisten, womit dem Pro-Irak-Kriegskurs der bisherigen Regierung nun auch an der Wahlurne eine klare Absage erteilt wurde. Ist das ein Zeichen für eine Kräftebündelung zugunsten eines Umsterns, damit diese Kriege aufhören und es keine neuen Toten gibt?

Europa braucht ein solches Umstern: weg von den verhängnisvollen Bestrebungen, die EU zu einer Militärmacht zu entwickeln, weg von einem Kurs, sich der Kriegsdiktatur der USA zu fügen, und weg auch vom Pfad des weiteren Sozialabbaus und der Verschärfung der sozialen Gegensätze. In einer ernsten Krise befindet sich die EU schon seit längerem: Die Spaltung in Befürworter und Gegner des Irakkrieges und das Scheitern des Verfassungsentwurfs im Dezember 2003 sind Ausdruck erheblicher Interessen- und Positionsunterschiede. UTOPIE kreativ diskutiert die Schärfe dieser Problematik im vorliegenden Heft mit zwei Beiträgen: Einer – aus deutscher Feder – beschäftigt sich mit den Gefahren, wie sie vom Konzept eines »Kerneuropa« oder eines »Europa der zwei Geschwindigkeiten« ausgehen; ein zweiter – verfaßt von einer bulgarischen Autorin – benennt die Risiken, die dadurch entstehen, daß bei der Entwicklung der EU ganze Regionen »vergessen« werden. Und auch im nächsten Heft werden Europa-Themen behandelt werden: dann mit Blick auf jenen Prozeß, in dem sich ein »Europa von unten« formiert. Die europaweiten Aktionstage gegen Krieg und gegen Sozialabbau wie auch das Europäische Sozialforum (ESF) – es soll (nach Florenz 2002 und Paris 2003) das nächste Mal im Oktober 2004 in London stattfinden – sind Bestandteil einer Bewegung, die den Gedanken eines friedlichen, ganz und gar auf grenz- und kulturkreisüberschreitende Verständigung setzenden Europas nicht nur ernst nimmt, sondern lebt. Und so den Ruf nach einem Umstern immer lauter werden läßt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die von ihr herausgegebene UTOPIE kreativ sind in diesen Prozessen nicht Zuschauer, sondern Akteure: in den Programmberatungen des ESF, in der Arbeit des internationalen demokratisch-sozialistischen Diskussionszusammenhangs »Transform!«, mit »rls standpunkte«-Papieren und in dem Bestreben, das Bild der Zeitschrift internationaler zu gestalten.

WOLFRAM ADOLPHI

P. S.: Kurz vor Drucklegung haben wir die traurige Nachricht erhalten, daß am 27. Februar im Alter von 93 Jahren Paul Sweezy verstorben ist. Der Wirtschaftstheoretiker und Marxist Paul Sweezy war mehr als ein halbes Jahrhundert lang Mitherausgeber der in New York erscheinenden Zeitschrift »Monthly Review. An Independent Socialist Magazine«. Die Redaktion der UTOPIE kreativ trauert um einen Kollegen.

MATTHIAS KÄTHER

Über Marxens Rezeptionsmethoden

*Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir wollen weniger erhoben
und fleißiger gelesen sein.
G. E. Lessing*

Marx und Diderot

Bekanntlich machten sich Marxens Töchter den Spaß, ihm den beliebten Fragebogen vorzulegen, der später als sogenannter Proust-scher Fragebogen in die Geschichte einging, sich aber auch schon im 19. Jahrhundert großer Beliebtheit erfreute. Einige Antworten sind oft besprochen und ausgewertet worden, auf eine höchst bemerkenswerte ist meines Wissens bisher kaum jemand eingegangen: Auf die Frage, welches Marxens Prosa-Lieblingsschriftsteller sei, antwortete er: Diderot.

Oberflächlich gesehen, verwundert das nicht. Denis Diderot gilt als wichtiger Vorläufer des wissenschaftlichen Materialismus, er war der erste, der zumindest in Ansätzen versuchte, den mechanischen Materialismus in einen dialektischen zu überführen. Trotzdem verwundert der Eintrag, wenn auch erst auf den zweiten Blick. Marx war allen Franzosen gegenüber höchst skeptisch eingestellt, er mißtraute ihrem Witz und ihrem biegsamen Rationalismus zutiefst. Seine geradezu lutherischen Ausfälle gegen Proudhon sind berichtigt, und immer wieder kann man in den Briefen seiner Töchter die fast ostinate Klage nachlesen, Marx hätte eine beinahe bis zur Paranoia gesteigerte Abneigung gegen intellektuelle Franzosen. (Auch seinen Schwiegersohn Lafargue haßte er bekanntlich.)

Was hat ihn an Diderot so fasziniert? Andere französische Philosophen kommen in Einzelfragen dem Weltbild Marxens sehr viel näher, Condillac etwa, Holbach oder Fourier, um nur drei der wichtigsten zu nennen.

Blättert man in Diderots Schriften, fällt sofort ins Auge, was er vielen seiner Zeitgenossen voraus hatte: Er war vielleicht nach Sokrates der größte Dialog-Künstler der Philosophiegeschichte. Sein Denken funktionierte dialogisch. Aber er war kein verkappter Dramatiker (auch wenn er einige höchst erfolgreiche Stücke verfaßt hat, die heute vergessen sind), der Dialog diente ihm zur schöpferischen, man möchte beinahe sagen: dialektischen Auseinandersetzung mit der Umwelt.

Unter Diderots zahlreichen Werken gibt es eine Schrift, die von ihrer äußeren Form her höchst ungewöhnlich ist und inhaltlich zu

Matthias Käther – Jg. 1972, studierte Philosophie und Germanistik an der Freien Universität Berlin. Er ist freier Rundfunkjournalist, Moderator und Autor, ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift »Orpheus«. Features und Veröffentlichungen zu klassischer Musik und Musikrezeption, im Jahre 2000 Preis der Neuen Gesellschaft für Literatur für das satirische Hörspiel »Der Stempler«; Verfasser eines Stadtführers durch Ostberlin.

seinen geistvollsten Arbeiten zählt. Sie trägt den aggressiven Titel: »Fortlaufende Widerlegung von Helvetius' Werk ›Vom Menschen‹« und erinnert verblüffend an die heutige Methode, E-Mails zu beantworten: Zwischen die abgehobenen Sätze Helvetius' setzte Diderot seine bissigen Kommentare. Zunächst geschah das noch so, wie man halt Randbemerkungen in Bücher schreibt, bald aber siegte Diderots Dialog-Natur, und er begann sich mit Helvetius wie in einem »Chat« zu unterhalten. Er erfand sich die voraussehbaren Antworten Helvetius' hinzu und zankte mit ihm herum. Das liest sich dann so: »– Haben Sie denn nichts mehr, um diesen Mann glücklich zu machen? – Nein. – Sie täuschen sich. – Was denn? – Ein Standbild. – Wozu dieses Standbild? –«¹

1 Denis Diderot: Fortlaufende Widerlegung von Helvetius' Werk »Vom Menschen«, in: Philosophische Schriften, Bd. 2, Berlin 1984, S. 40.

Und so fort. Was wir hier finden, ist eine der lebendigsten und geistvollsten Auseinandersetzungen eines Philosophen mit einem großen Zeitgenossen. Durch den gedanklichen Widerspruch zieht Diderot aus Helvetius das für ihn Nützliche produktiv heraus.

Verblüffend ist dabei, wie oft seine pointierte Art an die Marxsche Technik der dialektischen Umkehrung erinnert. Hier ist das System des »Vom-Kopf-auf-die-Füße-Stellens« schon voll ausgeprägt: Gerade durch den Widerspruch zu einem großen Kopf ergibt sich häufig ein neuer origineller Gedanke. Erinnern wir uns, wie sehr Marx dieses Spiel oft bis zur Manie liebte, er antwortete auf Proudhons »Philosophie des Elends« mit dem »Elend der Philosophie«, und fast könnten Passagen wie diese aus Marxschen Frühschriften stammen: »Helvetius: Der Mensch wird unwissend geboren, nicht aber dumm, und dumm wird er nicht einmal ohne Anstrengung.« – Diderot: »Man müßte fast das Gegenteil sagen. Der Mensch wird immer unwissend und oft sehr dumm geboren, und ist er dies nicht, so ist nichts leichter, als ihn dumm zu machen, leider zeigt das die Erfahrung aller Tage.«²

2 Ebenda, S. 9.

Werfen wir einen Blick auf Diderots Biographie, so wird sein Hang zur brillant-kritischen Rezeption anderer Denker vollends sichtbar: Er war die Seele der »Enzyklopädie«, der es gelang, alle halbwegs gleichgesinnten Philosophen an einen Tisch zu bringen, ungeachtet ihrer Differenzen, um das systemkritische Wissen der Zeit in einem gigantischen Werk zusammenzutragen. Er kommunizierte, stritt mit allen, blieb aber der synthetische Kopf, der die Fäden hielt. Ganz ähnlich, wie es Marx während seiner Internationale-Phasen versuchte, wenn auch nicht immer ebenso konzilient und tolerant wie Diderot.

Hier dämmert bei Diderot im Keim eine Idee herauf, die noch vor Hegel in Frankreich Gestalt annahm und die Marx dann zur vollen Reife führte: Wenn ich ein philosophisches System schaffen will, das die Welt verändert – und das wollten die Enzyklopädisten zweifellos –, muß ich ein Rezeptionsmodell schaffen, das das Wissen der Zeit und der Vergangenheit kritisch als Bausteine verwendet. Ich muß kritisch, analytisch und dialektisch filtern, was brauchbar ist und was nicht. Diderot faßte einige dieser Gedanken in seinem berühmten Seneca-Essay zusammen, er wies darauf hin – und das ist ein herrlich dialektischer Gedanke, der nur Millimeter vom marx-schen Denken entfernt ist –, daß Originalität nicht in der radikalen Neuheit von Gedanken besteht, sondern in der Umschmelzung bekannten Materials zu Gedankenkonstruktionen von neuer Qualität. Das sei, nach Diderot, nicht nur eine intellektuelle, sondern auch

eine ethische Forderung: »Ich gestatte wohl, daß man entlehnt, nicht aber, daß man stiehlt, geschweige denn, daß man denjenigen schmäht, den man bestohlen hat.«³

Verblüffend daran ist, daß Marx sich ganz ähnlich beim Bau seines Systems an diese Diderotsche Forderung hielt: Trotz aller Differenzen zu Hegel, Feuerbach, Heine, Smith hat er sich doch seinen höchsten Respekt vor ihnen immer bewahrt und, so ungerecht er auch sonst sein konnte, hier größte Zurückhaltung an den Tag gelegt. Und nicht nur das, bis in wörtliche Passagen hinein bestätigt Marx die Diderotsche Rezeptionsmethode. Im Nachwort zur 2. Auflage des »Kapitals« heißt es: »Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren innres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideell wider, so mag es aussehn, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.«⁴

Marxens Elfte Feuerbachthese

Einer der berühmtesten und auf den ersten Blick absurdesten Sätze Marxens ist erstaunlicherweise selten auf Widerspruch gestoßen: »Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.«⁵

Sogar ein Grundschüler, vertraut mit den Elementarkenntnissen der Philosophiegeschichte, könnte den Satz mühelos in sich zusammenfallen lassen. Es ist ganz unbestritten, daß Philosophen die Welt geradezu elementar verändert haben. Aristoteles und Descartes sind die besten Beispiele – die Welt war nicht mehr dieselbe nach dem Erscheinen ihrer Schriften, das neue Denken hat sie auf Jahrhunderte völlig umgekrempelt. Auch die Französische Revolution ist schwer denkbar ohne die Enzyklopädisten und Rousseau. Das alles hat Marx durchaus gewußt.

Dieser nicht für den Druck bestimmte Satz meint etwas anderes: Das Programm für Veränderungen war den Philosophen nicht immanent, die nachfolgenden Generationen mußten es sich erst produktiv schaffen, sie mußten aus dem philosophischen Wissen ihrer Väter erst die Waffen schmieden, um die Welt zu verändern. Der junge Marx spiegelt hier einen Gedanken Feuerbachs wider, den er ausführlich in den Pariser Manuskripten erläutert: Philosophie sei nur säkularisierte Religion, also auch nur eine Form der Entfremdung; erst eine auf wissenschaftlichen, materialistischen Boden gestellte Philosophie könne die Welt wirklich direkt verändern. In ähnliche Richtung gehen einige Gedanken in der »Heiligen Familie« in einem Angriff gegen Bruno Bauer: Marx streitet dort Bauers Ansicht ab, Philosophie sei schon in sich selbst weltverändernd. Der Weg vom revolutionären philosophischen Gedanken zur revolutionären Tat führe über die revolutionäre neue Philosophie auf wissenschaftlicher Unterlage. Daß Marx damit seine eigene Lehre meinte, versteht sich von selbst.

Die 11. Feuerbach-These, Ausdruck konzentriertesten Denkens, hastig auf einen Zettel geschmiert, hat in der Marx-Rezeption mehr Schaden angerichtet als Nutzen gebracht. Sie wurde von seinen Apologeten dahingehend interpretiert, daß die Philosophen vor Marx gewisser-

3 Ders.: Seneca-Essay I, CXXVII, in: Ebenda, S. 413.

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 23, Berlin 1957, S. 27.

5 Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 7.

maßen nur mittelmäßige Handlanger der revolutionären »richtigen« Philosophie gewesen waren. Nach ihnen war mit Marx die Rezeption der Philosophie und Ökonomie abgeschlossen. Er habe das letzte Wort zu allem gesagt. Marx wurde zu einer Art Meta-Philosoph erklärt, der alles bisherige Wissen in sich gebündelt und gewissermaßen zu einer Art Höchster Weisheit zusammengefaßt habe, eine Haltung, die erstaunlich an die der Kirchenväter gegenüber Aristoteles erinnert.

Und damit sind wir bei einem Dilemma des Marxismus schlechthin: Marx, ein dialektischer, dynamischer Denker wurde nicht mehr dynamisch und dialektisch rezipiert. Der tote Buchstabe galt mehr als die lebendige *Methode* seines Denkens. Das konstruktive System Marxscher Wissensaneignung und die Umschmelzung dieses Wissens zu neuen, revolutionären Ideen gerieten über eine endlose, sich schnell festfahrende Debatte über diese Ideen selbst in Vergessenheit. Man ist geneigt, mit Lessings Nathan zu sagen: Der echte Ring ging vermutlich verloren. Marx selbst polemisierte gegen diese Vorgehensweise in einer berühmt gewordenen Stelle im oben zitierten Kapital-Nachwort – eine Passage, die so präzise wie selten sonst bei Marx dessen rezeptive Arbeitsweise umreißt: »Die mystifizierende Seite der Hegelschen Dialektik habe ich vor beinahe 30 Jahren, zu einer Zeit kritisiert, wo sie noch Tagesmode war. Aber grade als ich den ersten Band des ›Kapital‹ ausarbeitete, gefiel sich das verdrießliche, anmaßliche und mittelmäßige Epigontum, welches jetzt im gebildeten Deutschland das große Wort führt, darin, Hegel zu behandeln, wie der brave Moses Mendelssohn zu Lessings Zeit den Spinoza behandelt hat, nämlich als ›toten Hund‹. Ich bekannte mich daher offen als Schüler jenes großen Denkers und kokettierte sogar hier und da im Kapitel über die Werttheorie mit der ihm eigentümlichen Ausdrucksweise. Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken.«⁶

6 MEW, Bd. 23, S. 27.

Es ist eine der großen Tragödien unserer Zeit, daß wir unsere abendländischen Denker fast nur noch ausschließlich als »tote Hunde« behandeln. Und, das ist eine pikante Pointe: Marx selbst gehört für viele auch schon zu den Kadavern.

Konstruktive Rezeption von Wissen im marxischen Sinne

An diesem Prozeß ist Marx selbst nicht ganz unschuldig. Die Gefahr jedes Denksystems, sei es des Aristotelischen, Hegelschen oder Marxschen, ist der Ausschluß von Wissen. Man kann an die kritische Rezeption eines Denkers verschieden herangehen. Man akzeptiert etwa sein Konzept, seine generelle Geistesrichtung, findet aber im einzelnen haufenweise zeitgebundenen Kram, der einem nichts mehr sagt, wirft ihn hinaus und benutzt die große »Idee« des Denkers. Oder umgekehrt, man verwirft die eigentliche Leitidee, findet aber in den Schriften sehr viele originelle Einzelzüge, scharfsinnige Bemerkungen und sehr richtige Beobachtungen, die nur – im Sinne des Rezipienten – falsch ausgelegt wurden, dann nutzt man Details und verzichtet auf das ideologische Beiwerk.

Das Revolutionäre an Marxens Rezeptionsmethode ist, daß er genauso vorging, ohne sich groß um epochale oder sogar eigene Vorurteile

zu scherzen, er war – wie Diderot – ein so produktiver Geist, daß er selbst aus den vermeintlichen Irrtümern der Zeitgenossen noch etwas herauszuholen vermochte. Das berühmteste Beispiel ist die erwähnte Herauslösung der Hegelschen Dialektik aus Hegels idealistischem System. Ein anderes Beispiel: Mit Heines Grundhaltungen dürfte er nicht besonders glücklich gewesen sein, dessen polemische Technik bewunderte er und versuchte sie, für seine eigene publizistische Arbeit zu nutzen.

Hier geht Marx über die heutige bürgerliche Rezeptionsmethode und auch über die der meisten Marxisten weit hinaus. Er las alles, machte sich bergeweise Notizen, war immer auf der Suche nach brauchbaren Abbruchstellen des Wissens, entzündete sich am Widerspruch, entdeckte beim Vergleich von verschiedenen Denkern Entwicklungslinien, abgebrochene Gedankengänge, Mißverständnisse, geniale Fehlleistungen. Er verstand, wie er es so plastisch ausdrückt, den »Kern« aus der »Hülle« zu holen.

Aber: All die »Hüllen«, die »Abfälle«, also die Dinge, die ausgeschieden wurden aus dem Oeuvre der rezipierten Denker, gingen verloren. Das war für Marx nicht wichtig, ist es wohl aber für seine Rezipienten. Nichts ist ambivalenter, also gefährlicher an einem Denksystem, als der (latent immer vorhandene) »Überwindungsgedanke.« Das System kann durch die »Überwindung« einerseits eine hohe Dynamik entwickeln, weil sie eine kritische Integration früheren Denkens ins neue, zeitgemäße Bewußtsein darstellt. Gleichzeitig wird die »Überwindung« zum Hemmnis des Denkens für alle nachfolgenden Rezipienten und Benutzer eines Denksystems, weil sie gewissermaßen hinter sich das Licht ausmacht, das »Überwundene« verdunkelt, es »verwirft«, also eigentlich im höchsten Grade metaphysisch, starr und zweidimensional ist. (Auch wenn das Denken früherer Philosophen in so genialen Meta-Konzepten wie bei Kant und Hegel neu bewertet wird und die vorherigen Ideen in einem höchst originellen, epochemachenden neuen Blickwinkel betrachtet werden, bleibt das Ganze doch eben *ein* Blickwinkel, der jene Ideen deformiert, reduziert, umgießt oder ganz verwirft.)

Die Forderung heißt also: Denksysteme ja; aber sie müssen in Bewegung bleiben, immer wieder erneuert werden, sie dürfen nicht erstarren, weil sie lebende Organismen sind: In Bewegung sind sie wundervoll; werden sie nicht mehr am Leben gehalten, verwesen sie und verpesten das Denken mit dogmatischem Gestank.

Meist schwingt sich die Intelligenz der heutigen Zeit aber gar nicht so weit auf, irgend etwas zu »bewegen«. In den meisten Köpfen der Gegenwart herrscht bis heute unangefochten der »Überwindungsgedanke« in einer platten Vulgärfassung. Überwinden heißt für unseren Zeitgeist nicht im Marxschen Sinne: kostbares Gedankengut aufheben auf eine neue Ebene, sondern: Das Alte mit dem Neuen totschiagen. Kurt Tucholsky bezeichnete diesen Denkfehler einmal sehr geistreich als »Kleinzeiltertum«: Es sei ein Aberglaube, daß eine neue Ära über die alte als »fortschrittlicher« triumphiert schon allein deswegen, weil sie einfach neu ist. Er kommentiert lakonisch: »Sie hatten vieles noch nicht. Wir haben vieles nicht mehr.« Marx als der Hai, der Hegel verschlingt, ihn assimiliert und damit den Ur-Hegel eigentlich überflüssig macht – dieses Denken beherrschte auch die Marx-Rezeption der DDR-Zeit.

Interessant sind in diesem Zusammenhang einige Gedanken Freuds zum Mechanismus von Denksystemen, oder, wie er es nennt, »Weltanschauungen«: »Es ist leicht zu verstehen, daß der Besitz einer solchen Weltanschauung zu den Idealwünschen der Menschen gehört. Im Glauben an sie kann man sich im Leben sicher fühlen, wissen, was man anstreben soll, wie man seine Interessen und Affekte am zweckmäßigsten unterbringen kann. [...] Sonst ist sie durch negative Charaktere ausgezeichnet, durch die Einschränkung auf das derzeit Wißbare und die scharfe Ablehnung gewisser, ihr fremder Elemente.« Und er plädiert im Gegensatz zum »weltanschaulichen« Denken für ein höchst provisorisches Denken in der Wissenschaft als effizienteste Methode: »Man stellt Vermutungen auf, macht Hilfskonstruktionen, die man zurücknimmt, wenn sie sich nicht bestätigen, man braucht viel Geduld, Bereitschaft für alle Möglichkeiten, verzichtet auf frühere Überzeugungen, um nicht unter deren Zwang neue, unerwartete Momente zu übersehen.« (Sigmund Freud: Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, in: Gesammelte Werke, Bd. 15, London 1940, S. 170 ff.)

Tucholskys Gedanken zum Phänomen der Vergänglichkeit durchziehen sein gesamtes Werk. 1932 notiert er: »Die Leute blicken immer so verächtlich auf vergangene Zeiten, weil die dies und jenes ›noch‹ nicht besaßen, was wir heute besitzen. Aber dabei setzen sie stillschweigend voraus, daß die neuere Epoche alles das habe, was man früher gehabt hat, plus dem Neuen. Das ist ein Denkfehler. Es ist nicht nur vieles hinzugekommen. Es ist auch vieles verloren gegangen, im guten und im bösen. Die von damals hatten vieles noch nicht. Aber wir haben vieles nicht mehr.« (Kurt Tucholsky: Schnipsel, in: Gesammelte Werke, Bd. 10, Hamburg 1989, S. 98)

In der bürgerlichen Welt ist dieses Denken ebenfalls vorherrschend. Ja, noch mehr: Hier fehlt in zunehmendem Maße ein offenes, positives Rezeptionsbewußtsein gegenüber geistigen Schätzen überhaupt. Wertvolles Wissen oder Schaffen wird ignoriert durch zwei Hauptfehler:

- durch das Verwechseln von Biographie und Werk eines Denkers oder Künstlers, und

- durch die Unfähigkeit, wie Marx zwischen leitender Idee und Einzelzug unterscheiden zu können und beides gesondert zu behandeln.

Diese zwei Fehlleistungen führten in den vergangenen Jahrzehnten zu einer geistesgeschichtlichen Katastrophe, die in den Annalen der Neuzeit ihresgleichen sucht und allenfalls eine Parallele mit dem Verdrängen antiker Ideen im Mittelalter hat. Beide Fehler haben natürlich miteinander zu tun. Sie wurzeln in der Auffassung der puritanischen Ethik, daß ein nicht in allen Zügen rechtschaffener und genialer Kopf überhaupt nicht ernst genommen werden könne. So wird Rousseaus Jahrtausendwerk, die Erziehungsschrift »Emile« mit dem Einwand abgetan, der Autor habe seine Kinder ins Waisenhaus gebracht, Bacons brillanter Rationalismus sei mittelmäßig, weil er seinen besten Freund verraten hat, und Salieri sei ein mittelmäßiger Komponist, weil er Mozart nicht mochte.

Die zweite Ablehnungsmethode funktioniert ebenso einfach. Freud sei unbrauchbar, weil er die weibliche Sexualität schlecht eingeschätzt habe, Newton irrte in einigen Punkten und sei deshalb seit Einstein in den Geruch eines halben Idioten geraten, Brecht habe deswegen miese Stücke geschrieben, weil er an den Sieg des Kommunismus glaubte und so weiter. Das ließe sich nach Belieben fortsetzen. Übrig bleibt der Glaube an gar nichts, eine rührende, fast infantile Neigung, den Tageshelden zuzujubeln, die natürlich recht in allem haben, weil ihr Denken nur 24 Stunden umfassen kann (und manchmal sogar ihre Existenz!). Und es bleibt eine große Unlust, Denker der Vergangenheit überhaupt nur zu lesen und sie – noch schwieriger – zu genießen.

Haben viele Marxisten paradoxerweise Marx selbst als besten Schutzpatron der Denkfaulheit aufs Schild gehoben, so muß im bürgerlichen Lager Adorno oft als Ausbremser von rezeptiver Kreativität herhalten. Dabei hat auch er einige sehr originelle Ideen zur Rezeptionskunst geliefert. Seine Beobachtung nämlich, daß ein Kunstwerk in allen Aspekten nur vom eigenen Zeitalter wirklich verstanden werden könne, ist nicht falsch. Die elitäre Schlußfolgerung, daß es deshalb sehr viel Mühe und Vorbildung erfordere, um es genießen und verstehen zu können, ist allerdings weder dialektisch noch aufklärerisch, sondern fast schon klerikal. Das Interessante ist ja, daß ein Denker und ein Zeitalter wie zwei Chemikalien sind, die beim Zusammenkommen eine völlig neue Substanz erzeugen können. Es ist gar nicht wichtig, was Spinoza »wirklich« gemeint hat, es ist wichtig, was wir heute glauben, das er meinte.

Zeitalter und Denker im produktiven Dialog

Dialektisch gedacht heißt das: Erst die Spannung zwischen Zeitalter und Denker ergibt die neue Qualität einer Idee. Dabei sollten produktive Mißverständnisse durchaus gestattet sein. Für derartige »kreative Pannen«, die sich als segensreich herausstellten, gibt es in

der Kulturgeschichte grandiose Beispiele. Man denke an die Erfindung der Oper, die zunächst der falschverstandene Versuch war, das Theater der Griechen neu zu beleben, oder an Winckelmanns gänzlich schiefe Auffassung vom Klassizismus, die trotzdem eine ganze Kunstepoche mit durchaus neuen Ideen und Idealen hervorbrachte.

Heute herrscht die reaktionäre Doktrin von der Destruktivität der Fehler fast überall. Der Fehler, das Mißverständnis, ist ein Damoklesschwert, das alle fürchten, ob im Arbeitsprozeß, in der Schule, beim Sex oder in Diskussionen. Fehlermachen als konstruktive Lernmethode gehört zu den unpopulärsten Ideen der Jahrtausendwende.

Konstruktive Marxsche Rezeptionstechnik heißt, immer wieder aufs neue das Ideenarsenal großer Denker vergleichend mit der mentalen Verfassung des aktuellen Zeitalters zusammenzubringen, dabei durchaus alte Nähte wieder aufzutrennen und ganze philosophische Einkleidungen neu zu nähen. Zwei Beispiele sollen illustrieren, was ich meine. Bacon, der Begründer des Rationalismus, hatte mit seiner bahnbrechenden Theorie der »objektiven« Wissensaneignung lange für Furore gesorgt. Bald wurde sie verbessert, ausgefeilt, revidiert, bis es so schien, als seien die »Idolon«-Thesen angestaubt. Liest man sie heute unbefangen erneut nach, so erscheinen sie wie modernste und geistvollste Medien-Kritik.

Bacon unterscheidet vier Fehlerquellen, die die Sinne des Menschen trüben:

1. *idola specus* – eine Idee (oder Person) ist nur deswegen glaubenswert, weil sie besonders neu, originell und individuell wirkt,
2. *idola theatri* – Meinungen von Experten werden nur deswegen geglaubt, weil sie eben Experten sind,
3. *idola fori* – der Marktwert einer Idee (oder Person) wird mit dem Realwert verwechselt, und
4. *idola tribus* – es entstehen Fehler beim Übersetzen fremder Anschauungen in die eigene Anschauungswelt.

Man zeige mir einen modernen Medienkritiker, der das System der Volksverdummung durch Radio, Fernsehen, Zeitung brillanter erfaßt hat als Bacon vor fast 400 Jahren im *Novum Organon*. Dieser neue, originelle Sinn erschließt sich aber erst jetzt, in einer Zeit, wo es wirklich eine so immaterielle Erkenntnispezies gibt wie die Massenmedien.

Zweites Beispiel sei Rousseaus gewaltige Entdeckung der Entfremdung des Individuums in der Gesellschaft (*alienation*), von seiner Zeit absolut mißverstanden als Mahnung, »zurück zur Natur« zu kommen im Sinne einer Simplifizierung des Lebens. (Bezeichnenderweise hat Rousseau dies Schlagwort selbst nie benutzt.) Liest man Rousseau im Anschluß an die Lektüre der Pariser Manuskripte Marxens und Freuds »Unbehagen an der Kultur«, so kann man den Ärmsten nur beklagen, daß er seiner Zeit so schrecklich weit voraus war. Er mußte zwangsläufig an so viel Unverständnis verbittern, denn seine Idee, daß Zivilisationsfortschritte zugleich lebensbedrohliche Gefahren darstellen, erfährt erst in jüngster Zeit, bei zunehmender Umweltbelastung, Ozonloch-Problemen und dem Umgang mit Massenvernichtungswaffen einen prophetischen, neuen Sinn, von den erwähnten psychoanalytischen und marxistischen Auslegungsmöglichkeiten seiner Essays ganz zu schweigen. Auch sein berühmter Satz, Freiheit sei nicht, tun zu können, was man will, sondern nicht tun zu müssen, was man nicht will, erwacht

angesichts der Spaß-Diktatur und des moralischen Erfolgszwangs in unserer Gesellschaft zu neuem Leben.

Zusammengefaßt: Die Kontexte der Schriften großer Denker verändern sich mit der Zeit, und die Qualität dieser Denker besteht grade in der Flexibilität ihrer Leistungen; manches Verschüttete bekommt nach Jahrzehnten einen neuen revolutionären Sinn, manches Berühmte verstaubt oder wird nebensächlich.

Um den Bogen zu Marx zu schlagen: Marx selbst sollte in diesem Sinne marxistisch gelesen werden. Nur so lassen sich die großen, vorausweisenden Ideen eines der genialsten Denker des vergangenen Jahrtausends neu reflektieren und lebendig erhalten. Das heißt also nicht nur Text-Auslegung der marxschen Schriften, sondern auch, im Extremfall, produktive Umkehrung des Gesagten, wie es Diderot mit seinem verehrten Freund Helvetius oder Marx mit seinen Vorbildern Hegel und Feuerbach tat.

Daß dabei die Gefahr einer »Instrumentalisierung« marxschen Gedankenguts besteht, sei zugegeben, aber das ist ein Risiko, das man in Kauf nehmen muß. Man kann, selbst wenn man Marx in fast allem widerspricht, von ihm dennoch lernen, etwa von seiner polemischen Schlagkraft, so wie Marx von Heine gelernt hat. Man kann, umgekehrt, fast alle seine Ideen übernehmen und trotzdem guten Gewissens wagen, einiges Zeitgebundene zu entfernen. Wir müssen Marxens Ideen bei Strafe des Untergangs der Linken demontieren, um sie neu zusammzusetzen; ohne diese geistige Dynamik erstarren wir.

Und wir sollten alle Denker dazu heranziehen, die vor, mit und nach Marx (system)kritisch gedacht haben, um ein Arsenal nicht ungenutzt zu lassen, das uns unser Zeitalter geschenkt hat. Diese vielen klugen Leute, sie reden zu uns, gestikulieren, dialogisieren, monologisieren – und wir hören es nicht, sie bleiben stumm für uns, weil wir sie wegen Kinkerlitzchen nicht ernst nehmen, für veraltet halten, alles neu erfinden wollen.

Eine kluge Beobachtung Marxens ist, daß eine Gesellschaft auch immer die potentiellen Möglichkeiten ihrer Überwindung in sich birgt. Unsere Zeit bietet wie keine andere eine gewaltige Sammlung von Wissen in Textform dar. Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit wird auf CD-Roms, auf Internet-Seiten, in Antiquariaten und im Buchhandel dargeboten, alles ist gut vernetzt und so leicht zugänglich, daß es eine Schande wäre, dieses Material nicht wach und offenen Sinnes zu gebrauchen. Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren:

Wissen ist Macht.

EVELIN WITTICH

Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg

Reproduktion von Vorurteilen oder Beginn einer differenzierten Geschichtsaneignung?

In den vergangenen Jahren habe ich im Zusammenhang mit den Debatten sowohl um ein Denkmal für Rosa Luxemburg als auch um das Holocaust-Denkmal des öfteren Meinungen über die Bedeutung von Denkmälern etwa wie folgt vernommen: Denkmäler beginnen mit ihrer Fertigstellung zu veralten, sie sind wichtig für die Zeitgenossen, deren Emotionen jedoch im Lauf der Zeit verblassen. Übrig bleiben Informationen an spätere Generationen hauptsächlich darüber, wie ihre Vorfahren mit Geschichte umgegangen sind. Sie bieten einerseits Stoff für Phantasie, Mythen und Geschichten, regen andererseits dazu an, Geschichte zu ergründen.

Anlass für Auseinandersetzungen waren und sind die künstlerischen Umsetzungen, die Auswahl der beauftragten Künstler und die Auswahl des jeweiligen Kunstwerkes bei Ausschreibungen, wie es am Beispiel des Holocaust-Denkmal sicher noch gut in Erinnerung ist.

Arnulf Baring vertrat in der Sendung des tv.Berlin »Live vom Alex« am 12. Februar 2002 die Meinung, dass Denkmäler letztlich eine Sache des 19. Jahrhunderts gewesen seien. Im 20. Jahrhundert sei etwas Monströses daraus geworden und im 21. Jahrhundert, so denkt er, werden wir ohne Denkmäler auskommen. Logisch ist für ihn deshalb, dass ein Denkmal für Rosa Luxemburg nicht zeitgemäß sei und es für eine so widersprüchliche Person auch nicht recht machbar erscheine. Dass die PDS sich für eine so komplizierte Persönlichkeit einsetze, verwundere ihn. So interessant dieser Ansatz ist, bleibt die Frage, ob er politisch realistisch ist. Denn immerhin gehören Denkmäler durchaus noch zu den spezifischen Möglichkeiten, historische Traditionen auszumachen und mit gegenwärtigem Selbstverständnis in Beziehung zu setzen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler in der Lage sind, die gesellschaftlichen Äußerungsbedürfnisse gerade zu Rosa Luxemburg umzusetzen.

Ähnlich wie Arnulf Baring hat Norbert Seitz insbesondere mit Denkmalsambitionen in Berlin Probleme: »Dass Berliner Seiten in diesen Tagen aus allen großen Tageszeitungen verschwinden, hat sicher nicht nur mit Sparzwängen, sondern auch mit einem bundesweiten Unbehagen an Berlin-Debatten über die Errichtung von Schlössern, Denk- und Mahnmälern zu tun. Während die Berliner nunmehr ihr Stadtschloss wieder bekommen werden, Frau Steinbach nach Platz für ein Vertriebenenmahnmal Ausschau hält, mischt man von links her fleißig mit, um neben den etlichen, bereits existieren-

Evelin Wittich – Jg. 1950,
Dr. oec., Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Zuletzt in UTOPIE kreativ:
Politische Bildung in der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Anliegen und Schwer-
punkte, Heft 113
(März 2000).

1 Norbert Seitz: Alles andere ist Quark. Mit dem Tag der Revolution beginnt die Diktatur: Manfred Scharrer kratzt am Mythos von Rosa und Karl, in: Frankfurter Rundschau, 26. August 2002.

2 Bernd Eichmann: Denkmale deutscher Vergangenheit, Bad Honnef 1994, S. 8.

den Rosa-Luxemburg-Gedenkzeichen auch ein veritables Denkmal aufstellen zu dürfen.«¹ Und Bernd Eichmann äußert sich wie folgt: »›Alles, was man gemeinhin Vergangenheit nennt, ist nur eine leiser und dunkler gewordene Art der Gegenwart‹ sagt Gertrud on le Fort. In den Denkmälern und Gebäuden und den Geschichten, die dahinter stehen, wird Vergangenheit fassbar, sichtbar, gegenwärtig. Der Zeitgeist von damals lässt sich noch einmal an einem Zipfel packen. Je mehr man sich ihm annähert, desto mehr enthüllt er sich als das, was er ist: ›eine dunkler gewordene Art der Gegenwart.‹ Man muss lernen, ihn zu dechiffrieren.«²

Rosa Luxemburg, ihr Leben, ihr Werk, ihr politischer Kampf und ihr Politikverständnis werden mehr als 80 Jahre nach ihrem Tod immer noch heftig diskutiert und führen sehr häufig zu politischer Polarisierung. Nach wie vor erachten es Historikerinnen und Historiker als lohnend, über das Wirken dieser Frau zu forschen, Konferenzen zu veranstalten und Aufsätze zu publizieren. Historische Arbeiten sind immer dann von öffentlichem Interesse, wenn ihr Gegenstand für aktuelle politische Auseinandersetzungen Relevanz besitzt und politische Strategien und Konzepte bekräftigt oder sie in Frage stellt. Selbstverständlich geht es immer auch um das politische Selbstverständnis von Menschen, den Wert von Biographien, um Ideologien.

All das ist in der Person Rosa Luxemburgs auf imponierende Art und Weise gegeben.

Wer will ein Denkmal für Rosa Luxemburg?

Die SED-Führung wollte es offenbar nicht. Deshalb war es Anliegen demokratisch-sozialistischer Kräfte – vor allem der PDS – aber auch anderer, insbesondere linker und frauenbewegter Menschen, die das Schicksal Rosa Luxemburgs berührte, gleich nach der politischen Wende 1989 dieser Frau ein Denkmal oder besser ein Zeichen im öffentlichen Raum Berlins zu setzen. Die PDS beschloss auf ihrem 4. Parteitag 1994, ein Denkmal in Auftrag zu geben – als Bringeschuld gegenüber Rosa Luxemburg und den eigenen demokratisch-sozialistischen Traditionen. Zusätzlich ging es darum, den gerade stattgefundenen »Denkmalsstürzen«, ganz besonders dem des inszenierten Abbruchs des Lenin-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz in Berlin, die Bewahrung sozialistischer Geschichte der Stadt und einen souveränen Umgang mit Symbolen dieser Geschichte entgegenzusetzen. Letzteres bedeutete selbstverständlich auch einen Bruch mit weidlich praktizierten Traditionen beim Umgang mit Denkmälern im »realen« Sozialismus.

Schritte für das Denkzeichen

Im Verlauf des Jahres 1998 gründete sich in Berlin der Initiativkreis »Ein Zeichen für Rosa Luxemburg« mit der Absicht, im öffentlichen Raum, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz im Zentrum Berlins, dieser Frau sichtbar und dauerhaft zu gedenken. Die Ergebnisse der in diesem Zusammenhang geführten Debatten über Rosa Luxemburg, über existierende Denkmäler für sie und über die eng mit ihr verbundene Geschichte der Sozialisten in Berlin, deren Erinnerungsort der Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde ist, liegen als Dokumentation für jeden zugänglich vor: Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Deu-

tungsmuster eines politischen Lebens. Diskussionsprozesse 1998-2000. Dokumentation. Herausgegeben vom Initiativkreis »Ein Zeichen für Rosa Luxemburg«, Berlin 2000.

Die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte unterstützte dieses Projekt und stimmte am 12. November 1998 einem Zeichen für Rosa Luxemburg auf dem nach ihr benannten Platz zu. Die PDS, vor deren Zentrale das in ihrem Auftrag von Rolf Bibl und Ingeborg Huntzinger geschaffene Denkmal in dieser Zeit provisorisch aufgestellt war, übergab diese Arbeit wenig später der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Leihgabe. Der Rosa-Luxemburg-Platz wartet seitdem darauf, das viel diskutierte neue Denkzeichen für Rosa Luxemburg aufzunehmen.

2001 entschieden sich die Wählerinnen und Wähler Berlins für eine politische Konstellation, die einen Senat aus SPD und PDS ermöglichte. Die Koalitionsvereinbarung sieht die Ausschreibung eines Denkmals für die Sozialistin und Kommunistin im Herzen Berlins vor. Mit dem Öffentlichwerden dieses Vorhabens brach ein Sturm der Empörung los, verbunden mit Angriffen auf Rosa Luxemburg – vor allem jedoch auf die politischen Akteure –, die so die öffentliche Erinnerung an sie wachhalten wollten. In der FAZ konnte man dazu lesen: »Im Koalitionsvertrag zwischen Berliner SPD und PDS wurde der politischen Modellathletin diese Eignung auch für das demokratische Gedenken zugesprochen. Dort erklärten beide Parteien ihren Willen zum Bau eines Denkmals für Rosa Luxemburg auf dem gleichnamigen Platz im Stadtteil Mitte. Das dürfte auf Wunsch der unweit des Platzes residierenden PDS geschehen sein, der es bekanntermaßen an aufstellfähigen Heldenfiguren aus ihrer jüngeren Geschichte mangelt.«³

Angriffe auf Rosa Luxemburg

In der Auseinandersetzung um ein Denkzeichen für Rosa Luxemburg, das ja verhindert werden sollte, ging es den Gegnerinnen und Gegnern im Kern darum, ihre Bedeutung für die demokratische Gesellschaft in Abrede zu stellen. Rosa Luxemburgs Bekanntheit und die Verehrung für sie seien ein Irrtum. »Dieses positive Bild beruht im besten Fall auf Unkenntnis. Luxemburg wird für ihren Antimilitarismus, für ihre Kritik an Lenin und für ihre humanistischen Ideale geehrt, ohne dass geprüft wird, warum sie gegen den Ersten Weltkrieg war, was sie an Lenin kritisierte und welches Humanismusverständnis ihrem Denken zugrunde lag. ... Rosa Luxemburg mit einem Denkmal zu ehren, bedeutet im besten Fall, ihren ideologischen und totalitären Antrieb zu unterschätzen.«⁴

Für die gegenwärtige und künftige Gesellschaft könne Rosa Luxemburg in keiner Weise bedeutungsvoll sein. So schreibt Norbert Seitz in seiner Rezension des Buches von Manfred Scharrer⁵: »Doch wer Denkmäler errichtet, muss sich auf denkwürdige Traditionen berufen können. Diese werden von dem Gewerkschaftshistoriker Manfred Scharrer in seiner Doppelbiografie über »die Legende von Rosa & Karl« nachdrücklich bestritten.«⁶

Erstens zielt die Debatte gegen Rosa Luxemburg darauf, sie als Demokratin zu diskreditieren.⁷ Dabei kommt es zu einer merkwürdigen Verkehrung: 1988 führten Bürgerbewegte während der Luxem-

3 Jürgen Kaube: Aurora. Wirklich ein Denkmal für Rosa Luxemburg? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2002.

4 Hendrik Hansen: Die Gluthitze der Revolution, PDS und SPD wollen ein Rosa-Luxemburg-Denkmal in Berlin. Damit würde eine totalitäre Denkerin geehrt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10. Februar 2002.

5 Manfred Scharrer: »Freiheit ist immer ...«. Die Legende von Rosa und Karl, Berlin 2002.

6 Norbert Seitz, a. a. O.

7 Vgl. Manfred Scharrer: Die zwei Gesichter der Rosa Luxemburg, in: Themenbeilage der Märkischen Allgemeinen, 24. Januar 2002; Manfred Scharrer: Freiheit ist immer..., a. a. O.; Gerald Glaubitz: Blinde Ideologen, in: Der Tagespiegel, 6. Mai 2002, S. 7; Eckhard Jesse: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust. Rosa Luxemburg verdient kein Denkmal. Der Gegnerin der parlamentarischen Demokratie war die Freiheit der Andersdenkenden nie ein Anliegen, in: Die Welt, 1. März 2002; Hans Halter: Daumen auf das Auge, in: Der Spiegel, 11. März 2002, S. 46 ff.

burg-Liebkecht-Demonstration Rosa Luxemburg als Demokratin ins Feld, um die in der DDR vorhandenen Demokratiedefizite der SED-Führung unübersehbar in Erinnerung zu bringen. Damals kam niemand, weder in Ost noch West, auf die Idee, Rosa Luxemburg wegen ihres Demokratieverständnisses zu attackieren; ganz im Gegenteil.

Scharrer dagegen stellt folgende Behauptungen auf: »Demokratie war für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kam die Phase der Diktatur. Demokratie war für sie allenfalls ein Mittel zur Eroberung der Macht. ... Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht von der Demokratie, sie ist fasziniert von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Sie beschwört den Glauben vom Zusammenbruch des Kapitalismus.« Und weiter: »Parlamentarische Demokratie ist oft undramatisch, demokratische Entscheidungsfindungen sind oft mühselig und enden fast immer mit Kompromissen. Wenn Rosa Luxemburg aber etwas hasste, dann waren es Kompromisse.«⁸ Er macht sich nicht einmal die Mühe, diese Aussagen zu belegen.

8 Manfred Scharrer, a. a. O., S. 15-16.

Sekundiert wird er von Jürgen Kaube: »Ja, Rosa Luxemburg war eine Lichtgestalt des Sozialismus. Nein, sie war keine Demokratin. Ja, aber Bismarck-Denkmäler gibt es auch. Nein, sie hat die Sozialdemokratie einen stinkenden Leichnam genannt. Ja, aber sie hat die Widersprüche ihrer Zeit ›gelebt‹. Nein, sie hat die Freiheit der Andersdenkenden nur solange hochgehalten, wie es ihr recht war. Ja, aber man muss sie im Kontext ihrer Epoche sehen.«⁹

9 Jürgen Kaube, a. a. O.

Vorgeworfen wird ihr heute, dass sie zwar wenige Monate vor ihrer Befreiung aus dem Gefängnis ihre Kritik an der russischen Revolution mit der berühmten Fußnote über die Freiheit als Freiheit der Andersdenkenden niederschrieb, aber in den Wochen der deutschen Revolution die revolutionären Massen zu einer sozialistischen Revolution führen wollte. Es wird ihr sogar unterstellt, dass sie den im Gefängnis geschriebenen Text gar nicht veröffentlichen wollte (so Manfred Scharrer auf der Konferenz der Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft am 6. September 2002 in Bochum), denn »Zur russischen Revolution« wurde ja erst 1921 von Paul Levi herausgegeben. Die viel zitierte Aussage aus »Zur russischen Revolution« wird in Gegensatz zu ihrer Bejahung der Revolution, der Diktatur des Proletariats gebracht – ohne die konkreten historischen Bedingungen und den Diskussionsstand in der revolutionären Sozialdemokratie zu berücksichtigen.

Verwerflich erscheint ihren Kritikern aus heutiger Sicht, dass sie nicht das Demokratiemodell der Weimarer Republik favorisierte, sondern die Räte­demokratie, als direkte Herrschaft von unten auf der Basis einer kollektiven Planwirtschaft, über die übrigens damals in der Sozialdemokratie Konsens herrschte: die Ebert-Regierung selbst nannte sich im November 1918 »Rat der Volksbeauftragten«.

Folgendes Zitat von Rosa Luxemburg vermittelt einen Eindruck von ihrem Demokratieverständnis: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer

von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft ... Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«¹⁰

Und über das Verhältnis zwischen Demokratie und Diktatur schrieb sie unmissverständlich: Es geht um »Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie ... Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen ... Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus ... Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der *Verwendung* der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Demokratie muß das Werk der *Klasse* und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.«¹¹

Ottokar Luban beschreibt eine Situation vom 14. Januar 1919, die noch einmal einen Eindruck von Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis vermittelt, sinngemäß wie folgt. Während die KPD-Zentrale zunächst keine Absicht hatte, die Ebert-Scheidemann-Regierung zu stürzen, strebten einige Betriebsvertrauensleute und der KPD-Vertreter Pieck dies an bevor klar war, ob die Berliner Arbeiterschaft hinter diesen Forderungen stand. »Dies hatte eindeutig den Charakter einer putschistischen Maßnahme, die nie im Sinne Rosa Luxemburgs gewesen wäre.«¹²

Dazu schilderte später Levi ihre Reaktion, als sie am 14. Januar von der vom 6. Januar stammenden, auch von Liebknecht unterschriebenen Erklärung des Revolutionsausschusses über die Abset-

10 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 362.

11 Ebenda, S. 363-364.

12 Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2001, S. 35.

13 Paul Levi: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis, in: Leipziger Volkszeitung, 36. Jg., Nr. 12, 15. Januar 1929.

14 Ottokar Luban, a. a. O., S. 35. Zum Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg vgl. auch Uwe-Jens Heuer: Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis und unsere Epoche – oder: Ist Rosa Luxemburg noch aktuell? In: Klaus Kinner, Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimension ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002, S. 152-170.

15 Hendrik Hansen, a. a. O.

16 Annelies Laschitza: Von Illusionen und Irrtümern. Rosa Luxemburg zu Krieg, Diplomatie & Vereinigtes Europa, in: Neues Deutschland, 8./9. März 2003.

zung der Ebert-Scheidemann-Regierung Kenntnis bekam: »Keiner der Anwesenden wird die Szene vergessen, als Rosa Luxemburg Karl Liebknecht das Dokument vorhielt, das gezeichnet war: Die provisorische Regierung Ledebour, Liebknecht, Scholze. Sie fragte ihn nur: ›Karl, ist das unser Programm?‹ Der Rest war Schweigen.«¹³

Dazu schreibt Ottokar Luban: »Trotz ihrer illusionären Überschätzung der revolutionären Aktionsbereitschaft der proletarischen Massen und der vollständig unangemessenen scharfen Angriffe auf die nicht mit gleicher Radikalität agitierenden anderen sozialistischen Führer wurde die Spartakusführerin niemals zur ›blutigen Rosa‹, nie zu einer putschistischen oder gar terroristischen Politikerin, sondern Rosa Luxemburg hat ihre demokratischen Grundsätze – auf dem Boden des Räteystems, nicht der parlamentarischen Demokratie – während des Januaraufstandes 1919 voll aufrechterhalten.«¹⁴

Zweitens wird Rosa Luxemburg als Kriegsgegnerin angegriffen.

Sie sei keine Gegnerin des Krieges gewesen, sondern habe nur Kriege abgelehnt, die der Klassenfeind führt, wird ihr vorgeworfen. Da sie für die Revolution gewesen sei, habe sie den Bürgerkrieg provoziert und dessen Opfer kühl einkalkuliert. Luxemburg sei somit eine totalitäre Denkerin: »Dieser Krieg (der Erste Weltkrieg – E. W.) war also abzulehnen, weil er den Interessen der Kapitalisten diene; die Menschenopfer waren zu beklagen, weil sie von Arbeitern erbracht wurden, die für das Machtstreben des Klassenfeindes starben. Krieg ist aber durchaus notwendig und gerechtfertigt, wenn er der Verteidigung der Sache des Proletariats dient. ... Dass die Revolution den ›gewaltigsten Bürgerkrieg‹ provozieren wird, kann für sie kein Argument gegen die Revolution sein: Über die Revolution zu diskutieren ist müßig, weil ihr Eintreten nicht im menschlichen Ermessen liegt, sondern durch die Gesetze des Kapitalismus determiniert ist.«¹⁵

Hier wird suggeriert, Rosa Luxemburg sei Pazifistin gewesen und mit den Maßstäben des Pazifismus zu messen: wenn sie schon gegen den Krieg eintritt, dann bitte auch gegen die Revolution. Sie war keine Pazifistin, bezog jedoch bereits vor dem Krieg eine konsequente Antikriegshaltung, für die sie 1915 ins Gefängnis musste und nach einer kurzen Unterbrechung 1916 wieder ohne Urteil in Schutzhaft genommen wurde bis zu ihrer Befreiung 1918 durch die Novemberrevolution. Annelies Laschitza schreibt dazu: »Man muss eine gewisse Enge in den Ansichten Rosa Luxemburgs kritisieren, wenn sie in ihrem Artikel ›Friedensutopien‹ das Engagement von Pazifisten als jämmerliche Halbheiten bürgerlicher Friedensapostel bezeichnet und wenn sie jedwede Friedensdeklaration aus Regierungskreisen als diplomatisches Schattenspiel abtut. Dennoch war es am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine ihrer großen Stärken, nachdrücklich und unerschrocken ihre berechtigten Zweifel an der Möglichkeit einer wahren ›Friedensära‹ ausgesprochen zu haben. Rüstungseinschränkungen, Rückbildung des Militarismus, abflauen von internationalen Konflikten oder das Eindämmen von wirtschaftlicher Anarchie, argumentierte sie, lägen nicht auf der Linie der Fortentwicklung des Kapitalismus. Schon die letzten 15 Jahre habe es fast kein Jahr ohne Kriegsaktionen gegeben. ... Sie konnte beim besten Willen nicht erkennen, dass eine Friedenstendenz der kapitalistischen Entwicklung die Kriegstendenz durchkreuzt.«¹⁶

Krieg war für Rosa Luxemburg der Höhepunkt von Gewalt – der Erste Weltkrieg als Zivilisationsbruch bisher ungekannten Ausmaßes aber war für sie Barbarei. Sie sah in einer Revolution, erwachsen aus einer revolutionären Situation, die es ja im Januar 1919 kurzzeitig gab, die einzige Möglichkeit, diese Barbarei für die Zukunft unmöglich zu machen. Rosa Luxemburg leistete Widerstand, weil bloßer Protest gegenüber einer moralisch verkommenen, kampferehrenden und brutalisierten Militärsoldateska sinnlos geworden war. Die Brutalisierung in der Gesellschaft wurde nicht von Rosa Luxemburg herbeigeführt – auch nicht die revolutionäre Situation in Deutschland und in anderen europäischen Ländern –, sondern durch den zivilisationserschütternden Ersten Weltkrieg. Ottokar Luban analysiert präzise die Lage der revolutionären Kräfte im Januar 1919: »In der Ausgabe der ›Roten Fahne‹ vom 5. und 6. Januar 1919 sind keinerlei Anzeichen für die Absicht der KPD-Führung zu entdecken, den bewaffneten Kampf der revolutionären linken Kräfte um die Regierungsgewalt zu beginnen.«¹⁷ Die Ausrufung des Massenstreiks am 6. Januar mit dem Ziel des Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung kam nicht von Rosa Luxemburg, die sich bei der Bewertung der Protestaktionen als revolutionärer Aktionen sehr zurückhielt, sondern von den »Revolutionären Obleuten«, dem Kreis der linken Betriebsvertrauensleute, der maßgeblich an dem revolutionären Umsturz vom 9. November 1918 in Berlin beteiligt war. Unter dem Eindruck der Massendemonstrationen gab Rosa Luxemburg ihre Zurückhaltung auf und sprach sich am 8. Januar für die Fortführung der Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus aus, für das Hinwegfegen der Ebert-Scheidemann-Regierung. Als sich die Situation änderte, blieb sie bei ihren Forderungen und traf illusionäre und realitätsferne Einschätzungen der Massenstimmung. Luban schreibt weiter: »Meines Erachtens stellt Rosa Luxemburgs Bilanz des Januaraufstandes ein Dokument der Selbsttäuschung, der Ratlosigkeit und der Flucht in ein fast vollständig deterministisches Geschichtsbild dar, wobei jegliche Andeutung selbstkritischer Analyse fehlt.«¹⁸ Ihre Irrtümer im Januar 1919 stellen jedoch ihren prinzipiellen Antimilitarismus nicht in Frage.

Drittens richten sich die Angriffe nicht nur gegen Rosa Luxemburg als Politikerin, sondern auch als Frau. Die Art und Weise, wie sie zu ihren Lebzeiten deshalb verächtlich gemacht wurde, war allerdings wesentlich gemeiner als heute. Damals war in politischen Auseinandersetzungen eine Kultur nicht unüblich, die vor unangemessenen Gleichsetzungen nicht zurückschreckte und oft auch persönlich verletzend wirkte und wirken sollte. Die scharfzüngige Rosa Luxemburg stand da allerdings nicht zurück: »›Dass R(osa) überhaupt nicht anders als scharf, schonungslos u. mit der gewissen Sorte von gefährlichem Esprit, der nach spanischem Fliegensaft schmeckt, polemisieren kann, ist bei ihr selbstverständlich‹, schrieb ihr junger Freund und Verehrer Hans Diefenbach und fügte in seinem Brief an den von ihr verstoßenen alten Freund Karl Kautsky euphorisch hinzu: ›R(osa) arbeitet explosiv u. genial, so dass die Funken stieben u. einem gelegentlich die Finger verbrennen.‹«¹⁹

Die Anspielungen und Angriffe auf sie als Frau begannen in den eigenen Reihen. Der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie

17 Ottokar Luban, a. a. O., S. 3.

18 Ebenda, S. 25.

19 Annelies Laschitzka, a. a. O.

Viktor Adler nannte sie in einem Brief an August Bebel ein »giftiges Luder«; Lenin rief der schon Ermordeten hinterher, sie sei ein Adler gewesen, der gelegentlich tiefer als ein Huhn flog.

Ihre Todfeinde ermordeten sie in einer Weise, die sie besonders als Frau demütigen sollte: Sie wurde erschlagen, erschossen, mit Stacheldraht umwickelt und in den Landwehrkanal geworfen. Als man ihre Leiche nach Monaten fand, versuchte Noske sie als angeblich nicht identifizierbar beiseite schaffen zu lassen. Alles das war die Rache an ihr als widerständiger Frau. Allein dem beherzten Eingreifen von Mathilde Jacob und Maxim Zetkin ist es zu verdanken, dass sie identifiziert und in Begleitung von Zehntausenden beigesetzt werden konnte.

Heutige Gegner agieren subtiler und spielen süffisant auf ihr unerfülltes Leben als Frau an: Keiner ihrer Liebhaber habe ihr einen Heiratsantrag gemacht und ihr Kinderwunsch sei unerfüllt geblieben. Wer hingegen wirft einem Mann sein privates Leben vor?

Viertens richten sich die Angriffe gegen Rosa Luxemburg auf sie als Symbolfigur des Demokratischen Sozialismus. Wenn sich dabei Konservative und eine Vielzahl von Sozialdemokraten treffen, so aus sehr verschiedenen Gründen. Die Konservativen verabscheuen ihre radikale Gesellschaftskritik. Teile der Sozialdemokratie werden durch sie immer wieder auf die politischen Konflikte in der sozialistischen Bewegung seit 1914 gestoßen, die sich gerade in der Person Rosa Luxemburg mit ihrem Schicksal manifestieren und die heute bei weitem nicht gelöst sind. Manfred Scharrer schrieb sein Buch – mit heißer Nadel und von zweifelhafter wissenschaftlicher Qualität – genau aus diesem Grund: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollen möglichst keinen Gefallen an Gedankengut finden, das zu Zeiten der Bebel'schen Sozialdemokratie dazu gehörte und mit zu ihrer Anziehungskraft beitrug. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, die eng mit dem Schicksal der Personen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verbunden war, hatte mit all ihren verheerenden Folgen für Deutschland und Europa auch zum Ergebnis, dass sich die Strömung des demokratischen Sozialismus nicht wirklich entwickeln, geschweige denn durchsetzen konnte. Dabei geht es nicht um die Frage, was wäre geschehen, wenn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht weiter an der Spitze der KPD gestanden hätten: »Diese (die westeuropäische Linke – E. W.) strickt bis heute an dem Mythos einer in den Novembertagen 1918 angeblich verpassten demokratischen Alternative zum real existierenden Sozialismus à la Sowjetunion und DDR.«²⁰ Es geht um die Perspektive dieser politischen Grundströmung heute und darum, wo ihre historischen Wurzeln liegen und was dazu führte, dass ihr eigentliches Anliegen verschüttet wurde.

Fünftens gehören zur politischen Debatte um Rosa Luxemburg die Angriffe auf die heutigen politischen Akteure: die Berliner SPD und die PDS.

In den Angriffen auf die PDS werden wie gewohnt SED und PDS gleich gesetzt und derselbe Umgang mit Rosa Luxemburg unterstellt: »Im Streit um die richtigen Ahnen der neuen deutschen Republik tritt die PDS auf und reklamiert eine der interessantesten, aber auch widersprüchlichsten Gestalten an der Wende vom 19. zum

20 Gerald Glaubit, a. a. O.

20. Jahrhundert: Rosa Luxemburg. Die SED-Nachfolgepartei tut dies in der gleichen Manier wie ihre Vorgängerin. Da steht nun Rosa Luxemburg für das sozialistische Versprechen, das leider unerfüllt blieb, für die Bösartigkeit der Sozialdemokratie und für den Kampf gegen die Ungerechtigkeit ganz allgemein.«²¹

Und das, obwohl das Verhältnis der SED zu Rosa Luxemburg, vorsichtig formuliert, mindestens zwiespältig und lange Zeit von der Stalinschen »Luxemburgismus«-These geprägt war. Das ist auch der Grund, warum es die SED in 40 Jahren nicht vermochte, ein Luxemburg-Denkmal zu errichten – obwohl sich der Plan dazu über Jahrzehnte durch alle »Denkmals-Konzeptionen« des Politbüros zog.

Der Berliner SPD dagegen wird ein »Einknicken« gegenüber der PDS und ein indirektes Eingestehen sozialdemokratischer Schuld am Tod Rosa Luxemburgs unterstellt – bereits die Annäherung der SPD an Rosa Luxemburg wird als Versagen angesehen. Hendrik Hansen formuliert das folgendermaßen: »Von Rosa Luxemburg haben die Sozialdemokraten sich bereits vor 1914 bewusst und zu Recht distanziert. Diese Distanz zu Rosa Luxemburg aufzugeben, käme einer Bankrotterklärung der SPD gleich.«²² Auch Jens Jessen äußert sich dazu ähnlich: »Mag sein, dass PDS und Sozialdemokraten, die sich um den Preis der historischen Selbstverleugnung in einer Koalition zusammenfinden konnten, diesen Streitfall brauchen, um sich ihrer Differenzen und Hasserfahrungen zu versichern.«²³

Was wäre aber, wenn sich Sozialdemokraten und Demokratische Sozialisten tatsächlich ernsthaft und jeweils selbstkritisch mit ihrer Geschichte auseinandersetzen würden? Das Luxemburg-Denkmalprojekt ist eine gute Möglichkeit.

Ein zentrales Argument in der gegenwärtigen politischen Diskussion zielt auf ihre Haltung in den Januarkämpfen von 1919, in denen sie entgegen ihrer bis dahin vertretenen Auffassung einer Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung zugestimmt hatte. Damit wäre sie zur Gegnerin der Demokratie geworden.

Ihre Haltung ist jedoch nur aus der konkreten Situation erklärbar – sowohl aus ihrer persönlichen als auch der politischen und gesellschaftlichen. Sie selbst war erst durch die Revolution am 8. November aus dem Gefängnis in Breslau entlassen worden, in dem sie zwei Jahre lang wegen ihrer Antikriegshaltung ohne Urteil in »Schutzhaft« gesessen hatte. Die Ereignisse überstürzten sich, und eine realistische Beurteilung der Situation war kompliziert – auch emotional.

Die Linke befand sich in einer verzweifelten Lage. Im Januar 1919 war es keineswegs abzusehen, dass demnächst die Weimarer Republik geboren werden würde. Vielmehr drohte der Terror einer Militärdiktatur, die Restaurierung der Monarchie. Heute wird oft suggeriert, es sei damals um die Entscheidung zwischen Räterepublik nach bolschewistischem Muster oder Weimarer Demokratie gegangen. Diese – übrigens von der SED-Geschichtsschreibung absichtsvoll zum Zwecke der Legitimation der Alleinherrschaft jahrzehntelang genährte – Legende wird heute von den erklärten Gegnern Rosa Luxemburgs liebevoll weiter gepflegt.

Die erste Frage war: Wird die Revolution so weit nach links getrieben, dass ein Zurück ins kriegverherrlichende und kriegführende

21 Antonia Grunenberg: Grautöne der Geschichte. Zum Beispiel Rosa Luxemburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Februar 2002.

22 Hendrik Hansen, a. a. O.

23 Jens Jessen: Parteigelände. Wie die PDS die Privatisierung öffentlicher Räume vormacht, in: Die Zeit, 14. März 2002.

Kaiserreich sowie ein Vorwärts in eine blutige Militärdiktatur, wie sie kurze Zeit später in Bayern dann tatsächlich errichtet wurde, unmöglich wird oder nicht? Und erst die zweite Frage lautete, welche Alternative wird aus der Revolution hervorgehen.

Die Weimarer Republik war erst ein Jahr nach Luxemburgs und Liebknechts Ermordung halbwegs gesichert: durch das Scheitern des Kapp-Putsches als Versuch der Errichtung einer Militärdiktatur im März 1920 an der vereint handelnden Arbeiterschaft und ihrem politischen Generalstreik. Dieses Mittel des politischen Kampfes hatte Rosa Luxemburg seit der russischen Revolution von 1905 immer wieder vehement proklamiert und war dafür von ihren Gegnern, nicht zuletzt innerhalb der Sozialdemokratie, ebenso heftig bekämpft worden. So gesehen hat Rosa Luxemburg dazu beigetragen, dass sich der Weimarer Republik überhaupt Entwicklungsmöglichkeiten eröffneten.

Die Weimarer Republik wurde von Linken, die sich in der Tradition Rosa Luxemburgs sahen, kritisch gesehen. Eine Alternative zu Militärdiktatur oder restaurativer Monarchie war sie, und wie wir heute wissen, auch ein historisch bedeutender Versuch, Deutschland auf einen demokratischen Weg zu bringen. Der am 15. Januar 1919 ermordeten Rosa Luxemburg, die einem Komplott zwischen SPD- und Reichswehr-Führung zum Opfer fiel, vorzuhalten, sie sei nicht für die am 14. August 1919 proklamierte Weimarer Republik eingetreten, disqualifiziert sich natürlich selbst.

Der politische Generalstreik als die Rettung für die Weimarer Republik wird heute totgeschwiegen und als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgelehnt – auch und vor allem in den Gewerkschaften. Allerdings nur für Deutschland; für Polen – 1980 – wurde er begrüßt.

Die politische Debatte um Rosa Luxemburg wird oft mit heutigen Maßstäben und damit ahistorisch geführt – herausgenommen aus den komplizierten Verhältnissen der Jahre 1918/19 und so, als hätte Rosa Luxemburg den Erfahrungshorizont von heute besitzen können.

Dazu Norbert Seitz über das Buch von Manfred Scharer: »Dennoch sollte eine historische Arbeit stärker berücksichtigen, dass sich die Frage nach den Chancen und Grenzen von Reformpolitik unter repressiven Bedingungen eines autoritären Obrigkeitsregimes anders stellt, als im Rahmen demokratischer Verhältnisse.«²⁴

Für die Angriffe, die sich auf ihr Demokratieverständnis und ihren Demokratiebegriff richten, sind nicht die Jahre 1918/19 der Maßstab, sondern es ist die gefestigte Weimarer Republik nach der revolutionären Nachkriegskrise. Offenbar gehört zu den Kernpunkten der Auseinandersetzung die Frage danach, ob in der heutigen Demokratie Widerstand geleistet werden darf oder nicht. Rosa Luxemburg war radikal und widerständig in ihren politischen Auffassungen. Sie leistete vor allem gegen folgende gesellschaftliche Zustände Widerstand:

- das Dreiklassenwahlrecht in Preußen;
- den Ausschluss von Frauen vom Wahlrecht;
- die halbabsolutistische Reichsverfassung und
- die vorsätzlich militarisierte Gesellschaft.

Sind es diese Widerständigkeit und diese Radikalität, die heute wieder anrühlich sind? Die Formen von Widerstand werden durch

24 Norbert Seitz, a. a. O.

den Zeitgeist geprägt. Das wird gerade an Rosa Luxemburg deutlich. Widerstand heute mit einer blutigen Revolution in Verbindung zu bringen, ist absurd. Aber Widerstand ist Widerstand und für die Herrschenden – ganz gleich welcher Couleur – nie angenehm.

Geschichtspolitik unter einem SPD-PDS Senat

Die gesellschaftlichen Debatten um ein Denkmal oder wie es die Protagonisten wollen, ein Denkzeichen für Rosa Luxemburg im öffentlichen Raum Berlins, initiiert durch den SPD-PDS-Senat, reflektierten dieses Ereignis bemerkenswert heftig. Von »Ikonenverehrung«, einem schon »fast ins Kitschhafte abgedrifteten Rosa-Mythos« war die Rede ebenso wie von der Ablehnung einer angeblichen Überbewertung dieser linken Politikerin. So wird all das in Abrede gestellt, was sich für viele Menschen positiv mit dem Menschen, der Frau, der Politikerin Rosa Luxemburg verbindet, wofür sie auch heute noch geachtet, zumindest wahrgenommen wird.

Am besten wäre es, überhaupt keine Denkmäler mehr aufzustellen, da es eigentlich nicht mehr zeitgemäß sei, ist eine weitere Argumentationslinie. Selbstverständlich geht es hier gegen linke Geschichtspolitik, die mehr oder weniger ideologisch angegriffen wird. Den Initiatoren ist jedoch auch an einer für die Gesellschaft sichtbaren Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte gelegen, der Bestimmung eigener Traditionen und der Öffnung von politischen Perspektiven, die existenzielle Fehler der Vergangenheit aufarbeiten.

Rosa Luxemburg hat sich in manchem geirrt. Mitunter wurde und wird das deshalb so offen ausgesprochen, weil sie eine Frau war. Doch diesen kritischen und offenen Umgang mit eigenen Irrtümern, die bei der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen unvermeidlich sind, braucht die demokratisch-sozialistische Linke, gerade jene in der SPD und in der PDS aber auch darüber hinaus, heute wie ein Mensch die Luft zum Atmen. Dafür ist Rosa Luxemburg eine Symbolfigur.

Und so ganz ohne respektvolle Reaktionen sind die Bemühungen des Berliner Senats jedoch auch nicht, wie folgende Meldung belegt: »Das war gestern bei der Enthüllung des alten, neuen Sockels eines Denkmals für den Kommunisten und geistigen PDS-Vorfahren, Karl Liebknecht, zu erkennen: Kultursenator Thomas Flierl (PDS) enthüllte als neues Denkmal den restaurierten Sockel eines Liebknecht-Denkmals, das die SED schon 1951 errichtete. Schon damals fehlte aber darauf eine Statue Liebknechts, der mit Rosa Luxemburg die KPD gründete, beides Ikonen der DDR. ... Wenn das Luxemburg-Projekt ähnlich stimmig gelingt wie Liebknechts Sockel, darf man die PDS-Geschichtspolitik, mit Blick auf deren Klientel, als gelungen bezeichnen. ›Karl und Rosa‹ hätten ein ehrendes Gedenken in dieser Stadt wohl verdient – ob mit oder ohne Statue.«²⁵

25 Philipp Gessler: Karl schreitet bei Ehrung mit Sockel voran, in: taz, 21. November 2003.

MICHAEL BRIE

Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai – Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus

*»Aus der Geschichte lernen heißt das Nichts lernen
Politik ist DAS MACHBARE Ein Männertraum
Aus dem kein Kind schreit
In allen Sprachen
Heißt die Zukunft Tod«
Heiner Müller¹*

»Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«² – Worte wie diese sind selten in der kommunistischen Bewegung gewesen. Sie verkörpern einen Anspruch an sozialistische Politik, Zweck und Mittel, Ziel und Weg nicht in einen antagonistischen Gegensatz geraten zu lassen. Geschrieben sind sie wenige Wochen, bevor die rechte Sozialdemokratie Bluthunde auf das rote Berlin losließ, die – »Schlagt ihre Führer tot!« – auch Rosa Luxemburg ermordeten. Verzweifelt begann Paul Levi seine Totenrede mit den Worten: »Es ist, als ob die Erde nicht satt würde des Blutes. Sie hat vier Jahre lang Blut getrunken, Blut um Blut.«³

Wer sich damit nicht abfinden will, wer Sozialismus nicht als Diktatur, Emanzipation nicht als Unterdrückung, Befreiung nicht als tödliche Ordnung denken und gestalten will, wer sich um einer menschlichen Zukunft willen, nicht abwenden will vom Blick auf die Trümmer der Geschichte, der, so Heiner Müller, wird »Erde ... fressen müssen/ Mit dem Blutgeschmack unserer Opfer/ Auf dem Weg in die bessere Zukunft/ Oder in keine wenn wir sie ausspeien.«⁴ Rosa Luxemburg hat es anders gesagt: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung... Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe des Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.«⁵

Erinnern verlangt, das Vergangene ins eigene Innere aufzunehmen, die tausend Panzer zu durchbrechen, mit denen wir unser Inneres durch Vergessen und Verdrängen schützen. Erinnerung muss deshalb

Michael Brie – Jg. 1954; Prof. Dr., Philosoph, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: UTOPIE fragt nach Utopie, Heft 157 (November 2003).

Beitrag für die Vorstellung der Diplomatischen Tagebücher Alexandra Kollontais am 5. Dezember 2003 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Heiner Müller: Besuch beim älteren Staatsmann, in: Ders.: Die Gedichte. Frankfurt am Main 1998, S. 255.

2 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, in: Werke, Bd. 4, S. 406.

3 Paul Levi: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. Rede bei der Trauerfeier am

schmerzhaft sein. Erinnern heißt auch, sich Fremdes, Verstoßenes aneignen, heißt auch, zu eigen machen, was war und so doch nicht sein sollte. Erinnerung bedroht deshalb unsere Selbstgewissheiten. Und was sollte mehr erinnert werden als die Ausbruchsversuche aus dem Fatalismus der Verkehrung von Ziel und Mittel in der Geschichte, als jene Rebellionen und Aufstände, die sich der Verwandlung von Emanzipationsbewegungen in Bewegungen der Anpassung und Unterdrückung widersetzen und sich deshalb gegen jene Organisationsformen und jene Machtstrukturen richteten, die eigentlich entstanden waren, um Emanzipation nicht ohnmächtig, nicht wirkungs- und geschichtslos vergehen zu lassen. Was könnte tragischer sein als der Kampf gegen jene selbst hervorgebrachten Gegenmächte, die Emanzipation verbürgen sollten und selbst zu neuen Gehäusen der Hörigkeit geworden waren?!

Zwei Frauen stehen wie wenige für die vielen, die sich der fatalen Logik entfremdeter Befreiungsbewegungen der europäischen Sozialdemokratie und des sowjetischen Kommunismus widersetzen – Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai, Zeitgenossinnen bis zur Zeitenwende 1918/1919. Beide waren sie Menschen, die sich der männlichen Herrenlogik des unbarmherzigen Dienstes an der Sache entzogen, die nicht dulden wollten, dass Befreiung zur Sache verkam, zum bürokratischen und schließlich zum blutigen Fetisch, dem erst die »anderen« und dann das eigene Leben zu opfern waren. Ihr persönlicher Anspruch auf ein befreites Leben war zugleich ein gesellschaftlicher Anspruch auf eine befreiende Emanzipationsbewegung. Ihren gesellschaftlichen Anspruch lebten sie persönlich. Beide revoltierten deshalb innerhalb der eigenen Partei – die eine innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die andere innerhalb der kommunistischen Partei Russlands, die eine mit ihrer Forderung nach einer revolutionären Realpolitik, die sich gegen die Verwandlung der Sozialdemokratie in einen Apparat des Status quo wandte, die andere mit ihrer Forderung nach Arbeiterdemokratie, die die Diktatur einer kommunistischen Politbürokratie gesprengt hätte. Dieser beiden Rebellionen möchte ich gedenken. Ich möchte anbieten, sich ihrer zu erinnern als eigener Geschichte um eigener Zukunft willen.

Nur allzu bekannt ist Rosa Luxemburgs Kritik an den diktatorischen Tendenzen der Bolschewiki schon 1903 und mündend in ihrer Kritik an der Errichtung einer bolschewistischen Diktatur 1918. Die Schärfe und die Hellsichtigkeit dieser Kritik der Bolschewiki beruhte aber vor allem auf ihren unmittelbaren politischen Erfahrungen in der scheinbar so demokratischen deutschen Sozialdemokratie. Im Februar 1915 konstatierte Rosa Luxemburg das Paradoxon der Selbstaufgabe dieser erfolgreichsten proletarischen Partei der Geschichte: »Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hatte wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte, bestdisziplinierte, geschulteste Vortrupp der Internationale war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klassischsten nachweisen.«⁶

2. Februar 1919 im Lehrer-Vereinshaus zu Berlin, S. 3.

4 Heiner Müller: Fernsehen, in: A. a. O., S. 232.

5 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 4, S. 53.

6 Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale, in: Werke, Bd. 4, S. 21.

Diese Selbstaufgabe war lange vorbereitet worden. Sie ist das nichtintendierte Resultat des Erfolges der deutschen Sozialdemokratie beim Aufbau einer mächtigen Klassenorganisation innerhalb des Wilhelminischen Kaiserreichs sowie die bewusste Entscheidung derer, die die Früchte dieses Erfolges für sich usurpiert hatten. Die Vision der Gründungsväter dieser Klassenorganisation von SPD, sozialdemokratischen Gewerkschaften, breitesten Kultur- und Sportvereinen und Trägerschichten war es, innerhalb der junkerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine Gegenmacht aufzubauen, um, wie der alte Engels es voraussah, Schritt um Schritt und Wahlerfolg um Wahlerfolg zu wachsen und schließlich mit der hoffentlich friedlichen Eroberung der Staatsmacht die Sozialisierung der Produktionsmittel einleiten zu können. Die Bindung dieser Klassenorganisation an den »wissenschaftlichen Sozialismus« war der Garant, dass sich die Mittel nicht gegenüber dem Ziel verselbständigten. Die Wucht, mit der sich Bebel gegen Bernsteins Revisionismus wandte und dabei Rosa Luxemburg ihren frühesten und wirkungsvollsten Auftritt in der deutschen Sozialdemokratie ermöglichte, ergab sich aus dem Bewusstsein um die Gefahr, die der Verzicht auf die revolutionäre Ideologie eines notwendigen radikalen Bruchs für sein Lebenswerk und für die Klassenorganisation als Ganzes hervorrufen würde. Wie Rosa Luxemburg schreiben sollte mit Blick auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften: »... die Gewerkschaften verdanken ihre Überlegenheit über alle bürgerlichen und konfessionellen Gewerkschaften dem Gedanken des Klassenkampfes; ihre praktischen Erfolge, ihre Macht sind ein Resultat des Umstandes, daß ihre Praxis von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus erleuchtet und über die Niederungen eines engherzigen Empirismus gehoben ist.«⁷

Schon zehn Jahre vor dem Schicksalsaugust von 1914 erkannte Rosa Luxemburg immer schärfer Tendenzen des »Aufkommen(s) eines regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstandes«⁸, der in der Parlamentarisierung der sozialdemokratischen Führungsspitze und der Entwicklung von Parteibeamten sein Pendant hatte. Sie sah darin ein »notwendiges Übel« und warnte, »daß diese notwendigen Förderungsmittel ... auf einer gewissen Höhe der Organisation und auf einem gewissen Reifegrad der Verhältnisse in ihr Gegenteil, in Hemmnisse des weiteren Wachstums umschlagen«⁹ Die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Formen des Kampfes innerhalb festgefrorener Zustände langsamer Evolution würden zunehmend als die einzig möglichen Formen angesehen und die damit verbundenen Organisationen »aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt ..., dem die Interessen des Kampfes vielfach untergeordnet werden.«¹⁰ Daraus entstünde, so Rosa Luxemburg in einer Rede, die opportunistische »Politik« von Fall zu Fall oder, wenn Sie wollen, von einem Fallen zum anderen.«¹¹

Aus Angst, die Ergebnisse der bisherigen Entwicklung in Frage zu stellen – Parlamentspositionen oder Grad der gewerkschaftlichen Organisation –, würde gerade dann innerhalb der Sozialdemokratie auf die Anwendung dieser Machtmittel verzichtet, wenn sie am dringendsten wäre. Mit der Begründung, man hätte noch keine parlamentarische Mehrheit, würden selbst die Minimalforderungen der Sozialdemokratie aufgegeben; mit der These, man habe noch nicht

7 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Werke, Bd. 2, S. 158.

8 Ebenda, S. 163.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Rosa Luxemburg: Rede auf dem Parteitag der SDAPR 1907 in London, in: Werke, Bd. 2, S. 230.

restlos alle Arbeiter organisiert und könne nicht jeden Streikenden aus der Streikkasse voll bezahlen, würde in Situationen, wo entschlossenes Handeln auf der Tagesordnung sei, dieses blockiert.¹² Je größer die organisatorischen Machtmittel der deutschen Arbeiterklasse, so schien es, um so unmöglicher war es, diese im politischen und sozialen Klassenkampf zu gebrauchen: »Je mehr unsre Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze: auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier, über. Was für die große Masse der Mitglieder übrigbleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen.«¹³ Es war für sie »die Lebensfrage der Sozialdemokratie«, »daß der politische Gedanke und der Wille der Masse der Partei stets wach und tätig bleiben, daß sie in *steigendem* Maße zur Aktivität befähigen«.¹⁴

Einer der wichtigsten sozialen Gründe für die Verwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Partei, die ihre parlamentarischen Erfolge zum Selbstzweck macht, war die Tatsache, dass die Schaffung der eigenständigen proletarischen Klassenorganisationen von sozialdemokratischer Partei und ihrer Repräsentation in den Parlamenten sowie von sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Etablierung systematischer Verhandlungsprozesse mit den Unternehmern zugleich Erzeugung einer sozialen und politischen *Gegenelite* wie Prozess der *Integration* derselben in die Institutionen des kaiserlichen Deutschlands und seiner Eliten war. Diese Gegenelite befand sich im Spannungsfeld zwischen Bindung an ihre eigenen Organisationen mit deren eigenen Kultur, Ideologie und Prozeduren demokratischer Legitimation und Vertretung einerseits und ihrem Wirken in zunehmend engeren Wechselbeziehungen mit den herrschenden politischen, kulturellen und ökonomischen Eliten Deutschlands andererseits. Am Ende wurde aus dem Wechselwirken der Hang zum Beitritt der sozialdemokratischen Gegeneliten in die herrschende Oberschicht. Die Möglichkeit dafür ergab sich mit der Auslösung des Ersten Weltkrieges. Durch Zustimmung zu den Kriegskrediten erkaufte sich die neuen Führer der deutschen Sozialdemokratie ihren Aufstieg aus verachteten Underdogs zur anerkannten staatstragenden Führungsgruppierung. In den Augen des Kaisers waren sie endlich »Deutsche« geworden.

In Auseinandersetzung mit dem Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie, der 1914 in die Kapitulation vor dem deutschen Militarismus mündete und 1918 in das Bündnis mit der Reichswehr, ein Opportunismus, der in beiden Situationen eine eigenständige soziale und demokratische Politik unmöglich machte, in Auseinandersetzung aber auch mit dem Ultrazentralismus der Bolschewiki sowie ihrer diktatorischen Politik nach 1917 entwickelte Rosa Luxemburg über fast zwanzig Jahre hinweg eine Position zum Verhältnis von sozialer Bewegung, politischen Organisationen und Führung, die erinnerenswert ist und angesichts eines Aufbruchs sozialer Bewegun-

12 Vgl. dazu u. a.: Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. a. a. O., S. 141.

13 Rosa Luxemburg: Taktische Fragen, in: Werke, Bd. 3, S. 252 f.

14 Rosa Luxemburg: Wieder Masse und Führer, in: Werke, Bd. 3, S. 39.

15 In der Schrift »Sozialismus als Tagesaufgabe« wurde von Dieter Klein und mir eine Position entwickelt, die sich direkt mit der folgenden These von Rosa Luxemburg auseinandersetzt: »Der Sozialismus wohnt also dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht als Tendenz inne, er wohnt inne nur hier den immer mehr sich zuspitzenden objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft, dort der subjektiven Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerläßlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung.« Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, in: Werke, Bd. 1.1, S. 403.

16 Vgl. die kluge Analyse vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus in: Fred Oelßner: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Berlin 1952, S. 202 ff.

17 Rosa Luxemburg: Rede zur Frage des Massenstreiks. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland vom 23. bis 29. September 1906 in Mannheim, in: Werke, Bd. 2, S. 172.

18 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 133; vgl. auch Bd. 1.2, S. 433.

19 Rosa Luxemburg: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914, in: Werke, Bd. 3, S. 451.

gen in der Gegenwart neue Bedeutung erhält. Dies gilt auch dann, wenn man ihrem Verständnis von der Unmöglichkeit wesensverändernder transformativer Reformen der kapitaldominierten Gesellschaften nicht folgt.¹⁵

Das wesentliche Merkmal der Luxemburgischen Position ist das, was später ihr *Spontaneismus* genannt wurde.¹⁶ Nicht nur deklamatorisch war für sie die Arbeiterklasse, waren die Volksmassen der eigentliche geschichtliche Akteur. Weder glaubte sie, dass diese durch die demokratische Organisation dieser Klasse in Gewerkschaft oder Partei ersetzt werden könne, wie dies zur Auffassung der deutschen Sozialdemokratie wurde, noch glaubte sie, dass eine ultrazentralistische Kleingruppe der Geschichte ihre Befehle erteilen dürfe.

Ihr Bild von der Geschichte war weder das eines großen Tankers, der unbeirrt von allen Stürmen und Meeresströmungen seinen Kurs hält, noch die Gruppe von Verschworenen, die im kleinen Boote dem Sturm durch donnernde Worte die Richtung weisen will; ihr Bild ist das vom großen Strom der Geschichte, auf dem diese Tanker und Boote, diese eingebildeten und wahren Kapitäne und Mannschaften sich bewegen, keinesfalls bedeutungslos, aber nicht die eigentlich treibende Kraft. Für Rosa Luxemburg entstehen Organisationen letztlich aus dem geschichtlichen Handeln und nicht das geschichtsmächtige Handeln aus den Entscheidungen bürokratischer Strukturen. Wie sie 1906 auf dem Mannheimer Parteitag der SPD sagte: »Seit wann werden denn große geschichtliche Bewegungen, große Volksbewegungen auf dem Wege heimlicher Abmachungen in geschlossenem Zimmer abgewickelt?«¹⁷

Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führungen sei es, vorderster Teil des Stromes zu sein, dessen Kraft zu steigern, dessen Richtung zu bestärken, dessen Entschlossenheit, die Dämme der kapitalistischen Gesellschaft zu durchbrechen, auf die Spitze zu treiben: »Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die *Taktik* des politischen Kampfes so einzurichten, daß in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, daß die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie *unter* dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der ›Leitung‹ ...«¹⁸ Voraussetzungen dafür seien »vollkommene Klarheit« über die realen Verhältnisse und Perspektiven, »Demokratisierung des ganzen Parteilebens« und »mehr Selbstkritik«.¹⁹

Grundelemente von Rosa Luxemburgs Verständnis der sozialistischen Bewegung waren *erstens* ein Grundvertrauen in die sozialen Bewegungen selbst, die aus den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaften hervorkommen, deren Dämme immer von neuem unter-spülen, deren Schutzwälle einreißen würden. Sie und nur sie seien es, die den Strom der Geschichte ausmachen. Diese Massenbewegungen ließen sich niemals auf Dauer unterdrücken oder kanalisieren und seien der eigentliche Kraftquell allen Sozialismus. »Die sozialdemokratische Bewegung«, so schreibt Luxemburg in Auseinandersetzung mit Lenin 1903, »ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Ver-

lauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.«^{19a}

Zweitens hielt Rosa Luxemburg an einer sozialistischen Theorie fest, die die historische Perspektive im Bewusstsein der handelnden Akteure hielt und ihnen Kompass in Zeiten völliger Bewegungs- und Orientierungslosigkeit war und sie aufklärte über den trügerischen Charakter dieser Stille: »In Marxens Geist ist die theoretische Erkenntnis nicht dazu da, um hinter der Aktion einherzugehen und für alles, was von den ›obersten Behörden‹ der Sozialdemokratie jeweilig getan oder gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim zu kochen, sondern umgekehrt, um der Aktion der Partei führend voranzugehen, um die Partei zur ständigen Selbstkritik anzustacheln, um Mängel und Schwächen der Bewegung aufzudecken, um neue Bahnen und weitere Horizonte zu zeigen, die in den Niederungen der Kleinarbeit unsichtbar sind.«²⁰ Auch wenn man ihrer spezifischen Rezeption marxistischer Kapitalismustheorie nicht folgt, bleibt die Frage nach einer Analyse, die die Brüchigkeit aller scheinbar festgefühten Verhältnisse aufzeigt und nach einer intellektuellen und moralischen Richtschnur emanzipativen Handelns aktuell.

Drittens war es eine möglichst freie, möglichst demokratische, möglichst zur sozialen Bewegung hin offene Form der Organisation, empfänglich für die unterirdischen Ströme der Gesellschaft und zur Innovation befähigt, ohne die Rosa Luxemburg Sozialismus für unmöglich hielt. Weder Verwandlung der Mitglieder der Partei in Werkzeuge der zentralen Parteiorgane noch »die absolute, blinde Unterordnung« derselben, noch die Degradierung der Arbeiter zu bloßen Wählern seien die Merkmale sozialdemokratischer Organisation, sondern diese wachse stets von neuem »aus dem elementaren Klassenkampf heraus.«²¹ Bündig formulierte sie: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.«²² Im Unterschied zu den führenden Politikern der Zweiten Internationale von der SPD bis hin zu den Bolschewiki war für sie sozialistische Organisation keine bürokratische Maschinerie mit Ingenieuren, Antriebskräften, Transmissionsriemen und kleinen Schraubchen, die sich ihrer Aufgabe »bewusst« sind, wie in der Gewerkschaftsdiskussion der russischen Kommunisten von Lenin und anderen prägnant konzipiert, sondern sei nach dem Bild der sich selbstorganisierenden Natur zu formen.²³ Auch deshalb ist sie heute um vieles moderner als viele ihrer Zeitgenossen.

Zum Horror aller derer, die sich als »Lenker der Geschichte« betrachten oder in der Verteidigung der Eigeninteressen einmal entstandener Organisationen blind werden für neue Aufgaben, ganz anders auch als rationalistische (»männliche«?) Machtphantasien vorgaukeln, behauptete Rosa Luxemburg: »Die Kampftechnik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht ›erfunden‹, sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren

19a Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 427.

20 Rosa Luxemburg: Das Offiziösentum der Theorie, in: Werke, Bd. 3, S. 319.

21 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 428.

22 Rosa Luxemburg: Taktische Fragen, a. a. O., S. 252.

23 An dieser Stelle kann dem zentralen Zusammenhang von Rosa Luxemburgs Naturverständnis und Naturliebe und ihrer Konzeption von revolutionärer Organisation und Praxis kein Raum gewidmet werden. Auf ihn hatte schon Paul Levi in seinem Vorwort vom November 1920 zu ihrer Schrift »Die russische Revolution« in Abgrenzung von den Bolschewiki hingewiesen: »Ihr war das All ein lebendiger Prozess des Werdens, in dem nicht Hebelkraft und Sauerstoffbehälter das Walten der Natur ersetzen können, in dem das Kämpfen, Ringen, Streben der Menschen, in dem der große Kampf, der dem Einzelnen, der den Geschlechtern, der den Ständen, der den Klassen obliegt, die Form des Werdens war.« Paul Levi: Einleitung zu »Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg«. In: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin, Berlin 1990, S. 223.

24 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 1.2, S. 432.

25 Ebenda, S. 433.

26 Rosa Luxemburg: Das Offiziösentum der Theorie, a. a. O., S. 321.

27 Rosa Luxemburg: Karl Marx, in: Werke, Bd. 3, S. 182 f.

28 Die Strategie der Spartakisten war nicht auf eine unmittelbare Machtergreifung aus einer Minderheitenposition gerichtet. Wie der Stabschef General Groener später bemerkte: Herr Liebknecht und Genossen haben Weihnachten gefeiert und haben sich in den Tagen, da in Berlin das mindeste an Truppen war, vollkommen ruhig verhalten.« (zit. in: Elzbieta Ettinger: Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn 1990, S. 290 f.). Sie bemühten sich um die Aufklärung der Arbeiter und um die Bildung einer eigenen Partei. Der Aufstand vom Januar 1919 ging nicht aus ihrem bewussten Entschluss hervor.

29 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: Werke, Bd. 4, S. 450.

30 Ebenda, S. 445 (Hervorheb. von mir – M. B.).

Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewußte vor dem Bewußten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger.«²⁴ Die sozialdemokratischen Leitungen, die diese Erfindungen nicht immer wieder neu aufzugreifen vermögen, würden sich schnell in konservative Bollwerke gegen »weitere Neuerung größeren Stiles«²⁵ verkehren. Wie sie an anderer Stelle schrieb: »Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt vorauszugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.«²⁶ Dazu aber müssen sie nicht das bürokratische Gehäuse einer erstarrten Organisation, sondern Teil und Seele der realen sozialen Bewegungen sein und sich aus diesen immer neu bestimmen.

Rosa Luxemburgs politische Leitfiguren blieben immer zugleich Karl Marx und Ferdinand Lassalle, der eine vor allem als Begründer einer wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, der andere als Gründer der ersten selbständigen politischen Partei dieser Klasse in Deutschland. Von diesen beiden schrieb sie – die beiden Pole einer politischen Philosophie der historischen Praxis betonend –: »Und hatte Marx der Revolutionsmacherei alten Stils den Riegel vorgeschoben mit den Worten, die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, so legte Lassalle mit umgekehrter Betonung, aber mit gleichem Recht den Nachdruck auf die befruchtende Initiative, auf die revolutionäre Energie und Entschlossenheit, indem er den deutschen Arbeitern mit flammenden Worten predigte: Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.«²⁷

Ausgehend von diesem Verständnis von Geschichte gelingt es Rosa Luxemburg, ein Verständnis von sozialistischer Revolution zu entwickeln, das zumindest vom konzeptionellen Anspruch her die Verkehrung von Zweck und Mittel, Ziel und Weg vermeidet. In dem von ihr verfassten Programm des Spartakusbundes wird in klarer, wenn auch nicht explizit vermerkter Auseinandersetzung mit den Bolschewiki jeder Machtergreifung durch einen Putsch eine Absage erteilt.²⁸ Voraussetzung dafür sei der Mehrheitswille der Arbeiter.²⁹ Aber mehr noch: Sie erteilt dem von den Bolschewiki so ausgiebig genutzten Mittel des politischen Terrors eine radikale Absage und sieht darin in deutlicher Kontinuität zu ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« eine bürgerlich-diktatorische Form einer Minderheits-herrschaft: »Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionennmasse des Volkes ...«³⁰

Will man resümierend Rosa Luxemburgs Verständnis von Geschichte und sozialistischer Bewegung nahe kommen, so stelle man sich große Ströme vor, aber eben nicht im Sinne der für die Schifffahrt begradigten deutschen Flüsse, die in brave Wasserstraßen ver-

wandelt wurden, sondern als Ströme, die mal wie im Zeitraffer ständig neu ihre Bahn brechen, mal träge und erschöpft dahinfließen, mal Gebirge durchstoßen, riesige Gebiete neu erschließen und dann scheinbar ruhig auf Zeit in großen Seen fast stillzustehen scheinen, um unerwartet von neuem alles in machtvолlem Laufe von Grund auf umzuwühlen. Große Literatin, die sie war, hat sie es mit Blick auf die Massenstreiks in der russischen Revolution von 1905 so formuliert: »Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist eine so wandelbare Erscheinung, daß er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt. Seine Anwendbarkeit, seine Wirkungskraft, seine Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpaß geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn mit voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine breite Meereswooge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe – alles läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen. Und das Bewegungsgesetz dieser Erscheinungen wird klar: Es liegt nicht in dem Massenstreik selbst, nicht in seinen technischen Besonderheiten, sondern in dem politischen und sozialen Kräfteverhältnis der Revolution.«³¹ Von dieser Revolution konnte sie in den letzten Stunden ihres Lebens gegen jene, die blutig »Ordnung« in Berlin geschaffen hatten, schreiben: »Ihr stumpfen Schergen! Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›asselnd wieder in die Höh' richten‹ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: *Ich war, ich bin, ich werde sein!*«³²

Als Rosa Luxemburg dieses ihr Vermächtnis schrieb, tobte in Russland der Bürgerkrieg. Und man wird sich heute fragen müssen, ob nicht der Unwille der Bolschewiki, das demokratische und soziale Bündnis von revolutionärer russischer Sozialdemokratie und Sozialrevolutionären auf Dauer zu stellen, ihr Beschluss, eigene revolutionäre Visionen vor den Willen des breiten Volkes zu stellen, in diktatorischer Weise eigene Machtbehauptung wichtiger als den Versuch der demokratischen Gestaltung einer sozialen Revolution zu nehmen, ob dies nicht auch das Schicksal der deutschen Revolution und das von Rosa Luxemburg vorherbestimmte. Mit der bewaffneten Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch Lenin und seine Genossen im Januar 1918 war weltpolitisch eine fatale Alternative zur Geltung gelangt: Sozialismus oder Demokratie. Diese falsche Alternative macht die Tragödie der demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten des 20. Jahrhunderts aus. Sie fanden nirgends eine Heimstatt.

Mit der Behauptung, die Konstituante spiegele vergangene Kräfteverhältnisse wider, sei nicht mehr repräsentativ, wurde sie durch

31 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 124.

32 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Werke, Bd. 4, S. 538.

die Bolschewiki auseinandergejagt und wurden nicht etwa Neuwahlen ausgeschrieben, sondern wurden demokratische Wahlen für siebzig Jahre in Russland unmöglich gemacht. Zugleich wurde das Räte-, das Sowjetsystem ausgeschaltet. Damit war der demokratischen und zivilen Konfliktlösung jeder Weg verbaut, wurde das Tor zu Bürgerkrieg und Diktatur und schließlich zum Staatsterror eröffnet. Noch einmal Rosa Luxemburg warnend im Sommer 1918: Die Geschichte zeige, »daß der ›schwerfällige Mechanismus der demokratischen (Institutionen) ...‹ ein kräftiges Korrektiv hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung ... Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«³³

33 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Werke, Bd. 4, S. 355 f. Auch an diesem Punkt wird deutlich, dass für Rosa Luxemburg die demokratischen Institutionen keinen Selbstzweck darstellten und auch nicht den Gehalt von Demokratie ausmachten – sie hielt sie für die unverzichtbare Bedingung, die emanzipativ-solidarischen Potenziale der werktätigen Klassen freizusetzen, ihr soziales Leben frei zu gestalten.

34 Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, Berlin 1920, S. 41.

35 Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt ... Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1981, S. 505.

36 Alexandra Kollontai: Brief an A. Nilsson. Zitiert in: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945. Anhang, Berlin 2003, S. 636.

Von hier ist es nur ein Schritt zu Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« aus dem Jahr 1921. Es kann hier nicht mein Anliegen sein, ihr gesamtes Werk und noch weniger ihr Leben einer Analyse zu unterziehen, auch wenn ich glaube, dass wie auch bei Rosa Luxemburg für Alexandra Kollontai gilt: Die persönliche Lebensphilosophie, die politische Tat und das schriftliche Werk sind untrennbar. Und anders als Rosa Luxemburg hatte sie in zahlreichen Schriften sich direkt der Emanzipation der Frauen zugewandt und die Züge »der neuen Frau« in Literatur und gesellschaftlicher Wirklichkeit entdeckt: »Selbstdisziplin statt Gefühlsüberschwang, die Fähigkeit, die eigene Freiheit und Unabhängigkeit zu schätzen statt der unpersönlichen Ergebenheit; die Behauptung der eigenen Individualität statt der naiven Bemühung, das fremde Bild des ›Geliebten‹ in sich auf zu nehmen... Vor uns steht nicht mehr das ›Weibchen‹, der Schatten des Mannes, – vor uns steht die Persönlichkeit das Weib als Mensch.«³⁴

Als verabscheuungswürdigsten Charakterzug nannte Alexandra Kollontai im Alter: »Beleidigung und Verletzung der Menschenwürde«³⁵. In einem Brief an eine schwedische Freundin aus dem Jahre 1938, in unmittelbarer Erwartung ihrer eigenen Verfolgung und Hinrichtung, bat sie um die Aufbewahrung ihrer Manuskripte und schrieb: »Schmerz: Ich hasse alles Brutale, Intoleranz, Ungerechtigkeit, das Leiden der Menschen.«³⁶ Sie hatte diese Ansprüche unter fast unmöglichen Bedingungen zu leben versucht.

Als Alexandra Kollontai nach 1945 in Notizbüchern einen Rückblick auf ihre »sechzigjährige revolutionäre und staatliche Tätigkeit« wirft, hat sie ihr Engagement für die *Arbeiteropposition* der Jahre 1920 und 1921 nicht erwähnt. Dafür hatte sie gute Gründe. Von heute aus betrachtet ist dieses Engagement aber eine ihrer großen politischen Leistungen. Es war eine Rebellion gegen das sich bildende eiserne und blutige Gehäuse der Hörigkeit, das eine der

größten Revolutionen der Weltgeschichte in die Zwänge einer Diktatur einspannte, war ein Aufbegehren gegen den blutig erzwungenen Schlaf der Vernunft, der noch nie gesehene Ungeheuer gebären sollte.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« erschien im Frühjahr 1921 und war ausschließlich für die Delegierten des X. Parteitages der Russischen Kommunistischen Partei bestimmt. Auf diesem Parteitag wurde das (zunächst zeitweilige) Verbot von Fraktionen beschlossen und damit der Weg in die Diktatur, der mit der Auflösung der Konstituante in der russischen Gesellschaft eingeschlagen worden war, innerhalb der Partei fortgesetzt. Die Stalinisierung der Führung nach 1924 war dann nur der nächste Schritt, die blutige Vernichtung der gesamten bolschewistischen Parteimitglieder bis auf wenige Ausnahmen in den Jahren nach 1934 die allerletzte Konsequenz.

Mit der Beendigung des Bürgerkrieges, der rund 10 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, waren Ende 1920 die inneren Probleme Sowjetrusslands an die erste Stelle gerückt. Die Bauern wandten sich in Aufständen gegen die kriegskommunistische Enteignung, die ihnen die Ergebnisse der Revolution von 1917 und des Dekrets über den Boden wieder zu nehmen schien. Der Aufstand der Arbeiter und Soldaten von Kronstadt nahm noch einmal die Forderung »Alle Macht den Sowjets« auf und wandte sie gegen die Allmacht der Parteidiktatur. Und innerhalb der Kommunistischen Partei entstanden Bewegungen für die Demokratisierung der Partei und die Wahrung der Interessen der Arbeiter.

Die Ergebnisse dieser drei Bewegungen sind bekannt: Die Neue Ökonomische Politik machte Zugeständnisse an die Bauern und die kleinbürgerlichen Schichten, bis 1928/29 die sogenannte Kollektivierung und die Industrialisierung das bäuerliche Russland einer Welle der Verstaatlichung und Enteignung unterwarf und Millionen Menschen in Arbeitslager verbrachte. Der Aufstand von Kronstadt wurde niedergeschlagen, zugleich wurden zeitweilig Schritte der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter eingeleitet. Die Parteitage von 1921 und 1922 begruben die innerparteiliche Demokratie endgültig, indem die Grundbedingungen dieser Demokratie (Meinungsfreiheit, demokratische Wahlen, Bildung von eigenständigen Gruppen) verboten wurden und die Meinungsführer aus den wichtigsten Machtpositionen entfernt wurden. Alexandra Kollontai erhielt die Möglichkeit, im diplomatischen Dienst zu arbeiten. Sie war eine der ganz wenigen aus dem inneren Führungskreis der Bolschewiki, die von Stalins Terror persönlich verschont blieb, ohne zu willfährigen Handlangern seiner Macht zu werden.

Alexandra Kollontai hat ihre Schrift »Die Arbeiteropposition« am Ende derselben als »flüchtig hingeworfene Bemerkungen«³⁷ charakterisiert. Diese Schrift ist ganz in der Leidenschaft eines heftigen Kampfes entstanden, eines kollektiven und persönlichen Aufbaus gegen die Erfahrungen einer Revolution, die ihre Ideale zu verraten schien und zu jenem Totenhaus zu werden drohte, vor dem Rosa Luxemburg gewarnt hatte. So sah Alexandra Kollontai die wichtigste Leistung der Arbeiteropposition darin, dass sie die Erstarrung einer bürokratischen Diktatur aufgebrochen habe: »Die Kri-

37 Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, in: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Herausgegeben von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten und Freiburg im Breisgau 1967, S. 237.

38 Ebenda, S. 238.

tik ist in Gang gekommen. Und wo es Kritik und Analyse gibt, wo das Denken aktiv ist, sich bewegt und sich auf der Suche befindet, dort ist Schöpfung, dort ist Leben, und das heißt: Bewegung nach vorn, in die Zukunft.«³⁸ Sie wollte nicht, dass der Strom der Geschichte in die Fesseln einer Sowjetdiktatur gelegt wird.

Das Engagement für die Arbeiteropposition entsprang bei Alexandra Kollontai vor allem aus dem Bedürfnis, der Verkehrung ihres großen emanzipativen Anspruchs durch die bolschewistische Diktatur zu widerstehen. Sie hatte auf die Verbindung der auch persönlich gelebten Befreiung von Frauen aus jahrtausendelanger Abhängigkeit und Unterordnung mit der sozialen Revolution des Kommunismus gehofft. Sie hatte hoffen können, dass die Machtergreifung der Bolschewiki im Oktober 1917 dieser Verbindung eine dauerhafte Gestalt geben würde und war die erste Ministerin der Weltgeschichte geworden.

Die Erfahrungen Alexandra Kollontais in den ersten vier Jahren der Sowjetmacht (nach ihrem Rücktritt vom Ministeramt aus Protest gegen den Brester Frieden kämpfte sie im Bürgerkrieg und war später erst stellvertretende Leiterin sowie nach dem Tod von Inès Armand Leiterin der Frauenabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Russlands) führten zu einem tiefen Konflikt mit der neuen Staatsmacht, ein Konflikt, der sie zu einer der Führerinnen der Arbeiteropposition werden ließ.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« ist durch drei sehr einfache antagonistische Grundmotive geprägt: (1) die Entgegensetzung der Interessen von Arbeiterklasse und Sowjetbürokratie, (2) die Betonung der Rolle der Arbeiter als Schöpfer der neuen Gesellschaft gegenüber Führung und Bürokratie sowie (3) die Entgegensetzung von Eigeninitiative und Bürokratie. Sie benutzt das Instrumentarium einer Klassen- und Organisationsanalyse, um dem sich herausbildenden System einer kommunistischen Staatsparteidiktatur und ihres Systems der Zentralverwaltung die Vision eines demokratischen Arbeiterkommunismus gegenüberzustellen, dessen Kern die Gewerkschaften bilden sollten. Sie formulierte (4) Forderungen nach der Demokratisierung Sowjetrusslands.

Der formelle Ausgangspunkt der Diskussion war denkbar einfach: Das Programm der Russischen Kommunistischen Partei von 1919 hatte die Zielstellung der Übergabe der Produktionsleitung an die Gewerkschaften formuliert.³⁹ Angesichts der im Widerspruch zum Programm stehenden Versuche der dauerhaften Verstaatlichung der Produktionsleitung forderte die Arbeiteropposition nach dem Ende des Kriegskommunismus also nur ein, was immer Selbstverständnis der Bolschewiki gewesen war – die Arbeiter sollten die Leitung der Produktion in ihre eigenen Hände nehmen. Kein Sozialist oder Kommunist wäre jemals auf die Idee gekommen, dass nach einer Revolution irgend eine andere Entscheidung hätte getroffen werden können.

Alexandra Kollontais Schrift »Die Arbeiteropposition« lebt erstens von dem immer offenkundigeren Gegensatz zwischen Arbeitern und Sowjetbürokratie und beruht auf einer Hervorhebung der Gewerkschaftsfunktionäre als nichtkorrumpierter Schicht. Gleich am Beginn der Schrift kann man lesen: »Die Gewerkschaften ent-

39 Vgl. Programm der KPR, angenommen auf dem VIII. Parteitag, in: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK 1898-1954, Bd. III, Berlin 1957, S. 32.

völkerten sich. Und nur die am stärksten vom proletarischen Klassengeist durchdrungenen Arbeiter, die wahre Blüte der aufsteigenden revolutionären Klasse, die nicht durch ›Macht‹, oberflächliche Eitelkeit, die Jagd nach einer ›Sowjetkarriere‹ oder durch Sowjetbürokratismus korrumpiert werden konnte, blieben innerlich mit den Massen, den Arbeitern, mit eben jenen ›unteren Schichten‹ verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen waren und deren organische Verbindung mit ihnen auch keinerlei ›hohe‹ Sowjetposten zerstört haben.«⁴⁰

Die sich nach der Revolution auftuende Kluft zwischen den »Spitzen« und den »unteren Ebenen«⁴¹, der Widerspruch zwischen der Tatsache, dass die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse erklärt worden war, gerade sie aber zu den sozialen Verlierern der Revolution zählte, während sich eine auch materiell privilegierte neue Oberschicht herauszubilden begann, »einer typischen neuen ›Gesellschaftsschicht‹ der Sowjet- und Parteispitzen«, wie Alexandra Kollontai sie nennt, der Umstand, dass diese Schicht zunehmend auch durch das alte russische Kleinbürgertum und die bürgerlichen Spezialisten geprägt war, die Tatsache, dass den Interessen der Bauern, der Kleinbürger, der Spezialisten oft in höherem Maße Rechnung getragen wurde als denen der Arbeiter – dies alles brachte die Arbeiteropposition in klarem Widerspruch zum ideologischen Schein der Sowjetgesellschaft zum Ausdruck.

Mit der Deutlichkeit ihrer politischen Sprache schrieb Alexandra Kollontai: »Von der Revolution hat unmittelbar die Bauernschaft profitiert; an die neuen Formen des Sowjetsystems und seiner Lebensbedingungen hat sich nicht nur das Spießbürgertum prächtig gewöhnt, sondern auch die Vertreter der Großbourgeoisie, die verantwortliche und führende Posten in den Sowjetorganen (besonders auf dem Gebiet der ›Wirtschaftsleitung‹), in der Industrie und bei der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem kapitalistischen Westen besetzt haben. Einzig und allein die wichtigste Klasse der Sowjetrepublik, die auf ihren Schultern die ganze Bürde der Verantwortung der Periode der Diktatur trägt, fristet in ihrer Masse ein schmachvolles jämmerliches Dasein.«⁴²

Alexandra Kollontais Schrift lebt zweitens von der These, dass es nicht nur die Interessen der Arbeiter sein müssten, die oberste Priorität im Aufbau haben müssten, sondern dass die Arbeiter auch die zentralen Subjekte des Aufbaus sein müssten: »Die Errichtung des Kommunismus kommt den Arbeitern zu.«⁴³ Auch dies nichts als eine Trivialität sozialistischen Denkens, aber eine von jenen Trivialitäten, die den Realitäten der gerade erst entstehenden Sowjetgesellschaft diametral widersprach. Kollontai definiert die Arbeiteropposition genau durch dieses eine Charakteristikum: »die Arbeiteropposition ist der durch festen Klassenzusammenhalt, Klassenbewusstsein und Klassendisziplin gekennzeichnete Teil unseres Industrieproletariats, der der Ansicht ist, dass man die große schöpferische Kraft des Proletariats beim Aufbau der kommunistischen Wirtschaft nicht durch das formale Aushängeschild einer Diktatur der Arbeiterklasse ersetzen darf.«⁴⁴ Die Arbeiteropposition reklamierte für sich nicht mehr und nicht weniger als den Titel einer Avantgarde des Proletariats und stellte damit den Führungsanspruch der Partei als Ganzes bzw. ihrer Spitze in Frage.

40 Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, a. a. O., S. 183.

41 Ebenda, S. 184.

42 Ebenda, S. 200. Es sei erinnert, dass es 1953 Arbeiter der DDR waren, die zugleich Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie freie Wahlen forderten, dass es die polnischen Arbeiter waren, die 1979/80 den Weg zur selbständigen Organisation der Werktätigen im Staatssozialismus freikämpften, dass es die Fabrikarbeiter des industriellen Zentrums der DDR waren, die die Masse der Leipziger Demonstranten stellte, dass ihre Stimmen es waren, die im März 1990 Kohls CDU zur Macht verhalfen. Die kommunistische Diktatur war niemals auf Dauer von den Arbeitern als ihre eigene Herrschaft angenommen worden, auch wenn sie oft ihren Interessen Rechnung zu tragen suchte.

43 Ebenda, S. 239.

44 Ebenda, S. 185.

Der von der Arbeiteropposition formulierte Gegensatz zwischen Masse der Arbeiter und Sowjetbürokratie fokussierte sich in der Diskussion auf die Frage, ob es die Gewerkschaften oder der Sowjetapparat sein sollte, der nach dem Bürgerkrieg die Produktion organisieren würde. Während Trotzki die Gewerkschaften unmittelbar verstaatlichen und in Handlanger der zentralstaatlichen Wirtschaftsleitung verwandeln wollte, direkt ihren Weisungen und ihrem Zwang unterworfen, betonte Lenin zum einen die Funktion der Gewerkschaften als Vertretung unmittelbarer Interessen der Arbeiter an besseren Arbeits- und Lebensbedingungen und höheren Löhnen. Zugleich wollte er in ihnen Schulen des Kommunismus sehen, Schulen der Erfahrung über die letztlich Interessensidentität von Einzel- und Gesamtinteressen. Für ihn verkörperten Sowjetstaat und Gewerkschaften jeweils Partikularinteressen, die unter Führung der Partei in ihrer Widersprüchlichkeit im Sinne des sozialistischen Aufbaus zu vermitteln seien.⁴⁵

45 Vgl. dazu Michael Brie, Lutz Kirschner, Michael Krohn, Dieter Segert: Gewerkschaften im Wandel – Wandel durch Gewerkschaften. Humboldt-Universität zu Berlin 1990, S. 8-44.

Die Arbeiteropposition vertrat in dieser Diskussion konträr zu Trotzki, der von einer auch zwangsweise herzustellenden Identität von staatlicher und gewerkschaftlicher Organisation im Sinne einer Verstaatlichung ausging, die Position einer derartigen Identität durch Vergewerkschaftlichung des Systems der Produktionsorganisation und -lenkung. Wie Alexandra Kollontai rhetorisch fragt: »Wer soll die Potenzen der Diktatur des Proletariats auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus verwirklichen? Sollen es die Organe sein, die ihrer Zusammensetzung nach Klassenorgane sind, die unmittelbar, durch lebendige Bande mit der Produktion verknüpft sind, d. h. also die Gewerkschaften, oder soll es der Sowjetapparat sein, der von der unmittelbaren, lebendigen, wirtschaftlich-produktiven Tätigkeit losgelöst ist und zudem eine gemischte soziale Zusammensetzung aufweist?«⁴⁶ Noch polemischer heißt es an anderer Stelle: »Die Arbeiter stellen durch die Arbeiteropposition die Frage: Wer sind wir? Sind wir wirklich das Rückgrat der Klassendiktatur, oder sind wir eine willenlose Herde, Arbeitsvieh, das jenen als Stütze dient, die sich von den Massen abgewandt und unter den verlässlichen Schutz des Parteifirmenschildes begeben haben und nun ohne unsere Führung, ohne unser schöpferisches Eingreifen als Klasse Politik machen und die Wirtschaft aufbauen?«⁴⁷

46 Alexandra Kollontai: Die Arbeiteropposition, a. a. O., S. 190.

47 Ebenda, S. 203.

Die Arbeiteropposition formulierte eine dritte entscheidende Frage: Was bildet nach dem Ende der kapitalistischen Lohnarbeit und Unternehmertums den eigentlichen Anreiz zu Arbeit, Innovation und Effizienzsteigerung? Wie alle Marxisten wussten – und auch heute wissen sollten –, ist die Frage einer qualitativ höheren Produktivität die Kernfrage der Durchsetzung jeder höheren Formation, so sie denn tatsächlich eine solche ist.⁴⁸ Da allein die Geschichte das praktische Feld ist, wo sich erweisen muss, ob Ansprüche auf Fortschritt und Überlegenheit auch eingelöst werden können, stand für die Gründer Sowjetrusslands die Frage, wie sie in feindlicher Umwelt und angesichts größter wirtschaftlicher Probleme die Probleme von Arbeitsanreiz, Innovation und Effizienz lösen könnten.

48 W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, S. 416.

Hatte die Phase des Kriegskommunismus sich noch auf bloßen Enthusiasmus und staatlichen Terror gestützt, mussten nun darüber hinausgehende Lösungen gefunden werden. Für Alexandra Kollontai

taï war die Antwort klar: »Einen Anreiz, einen Beweggrund für die Arbeit zu finden, ist die größte Aufgabe der Arbeiterklasse an der Schwelle zum Kommunismus. Niemand außer der Arbeiterklasse selbst in Gestalt ihres Klassenkollektivs (d. h. der Gewerkschaften – M. B.) ist der Bewältigung dieser Aufgabe gewachsen.«⁴⁹ Sie könne weder an den bürokratischen Apparat noch an bürgerliche Spezialisten delegiert werden und würde aus der schöpferischen Eigeninitiative der Arbeiter innerhalb ihrer eigenen Klassenorganisationen, den Gewerkschaften erwachsen.

49 Ebenda, S. 209.

Die von Alexandra Kollontai entwickelte Position mag nicht nur im Rückblick naiv klingen. Man kann mit Recht die Frage stellen, wie denn aus der Eigeninitiative und der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung Anreize und Organisationskraft erwachsen können, um eine Industriegesellschaft zu entwickeln. Konkrete Antworten darauf kann Alexandra Kollontai nicht geben. Was ihr bleibt, ist eine große, aber leere Hoffnung: »Das Wunder der Begeisterung bei der Steigerung der Produktivkräfte und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter kann nur durch die lebendige Initiative der interessierten Arbeitermassen vollbracht werden.«⁵⁰ Wer diese Schwäche in der Argumentation Kollontais bemerkt, wird sich aber auch erinnern müssen, dass die Verwandlung der Gesellschaft in eine zentralistische Bürokratie am Ende in Stagnation, Degeneration und Fäulnis mündete und so die Warnungen der Arbeiteropposition bestätigte.

50 Ebenda, S. 229.

Die Stärke von Alexandra Kollontais Positionen liegt nicht in der auch heute noch ausstehenden Begründung eines dem Kapitalismus überlegenen Wirtschaftssystems, sondern in ihrem Beharren auf einer lebendigen Demokratie, in ihren Forderungen nach »Rückkehr zum Demokratismus, zur Meinungsfreiheit und zur innerparteilichen Kritik«⁵¹. Ihre Stärke liegt darin, angesichts einer Verwandlung der bolschewistischen Partei in ein Nomenklaturasystem auf demokratisch gewählten Leitungsorganen zu bestehen. So lautet die vierte und politisch wichtigste Forderung ihrer Schrift: »Rückkehr unserer Partei zum Prinzip der Wählbarkeit«⁵². Die Praxis der Ernennung sei zur allgemeinen Erscheinung geworden, zerstöre die Gleichheit, fördere Strebentum und Vetternwirtschaft und vertiefe die Kluft zwischen oben und unten: »Um die Ernannten herum bildet sich gewöhnlich eine die Mitarbeiter ansteckende und die Partei diskreditierende Atmosphäre des Obrigkeitsdenkens, der Speichelleckerei und Kriecherei«.⁵³ Nach den Diskussionen zum Brester Frieden von 1918 habe es keine wirkliche Diskussion von Parteibeschlüssen vor ihrer Entscheidung an der Basis mehr gegeben. Die »Freiheit der Kritik, die Gewährleistung des Rechts der verschiedenen Richtungen auf Meinungsäußerung auf den Parteikonferenzen, das Recht auf Diskussion« – diese elementaren Selbstverständlichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung klagte die Arbeiteropposition im vierten Jahr der kommunistischen Macht als längst verlorene Güter ein – und verlor.

51 Ebenda, S. 204.

52 Ebenda, S. 233.

53 Ebenda, S. 233.

Das Schicksal der Arbeiteropposition ist bekannt: Sie war unmittelbar vom Fraktionsverbot betroffen. Ihre Vertreter verloren alle wichtigen Funktionen in der Partei. Es war das letzte Aufbäumen einer demokratischen Opposition innerhalb der Kommunistischen

Partei Russlands bis 1987. Es war die erste und letzte organisierte demokratische Rebellion von Vätern und Müttern der bolschewistischen Revolution gegen deren tragische Verkehrung in ein bürokratisches Herrschaftssystem. Die Unterzeichner der Anträge der Arbeiteropposition wurden fast alle im Großen Terror ermordet. Es blieb die Erde mit dem »Blutgeschmack unserer Opfer«. Alexandra Kollontai war eine der ganz wenigen Überlebenden. Über die verborgenen Tragödien ihres Lebens kann ich nicht sprechen. In den autobiographischen Aufzeichnungen der Jahre 1946 bis 1951 ist zu lesen: »Die sowjetische Heimat ist mir teuer als ein Wirklichkeit gewordener Traum.« Ein »aber« ist jedoch zu hören, auch wenn ein »und« es verdeckt: »Dies ist der Staat meiner Träume, und ich wünsche mir, dass er vollkommen sein möge und die Menschen in ihm sorgenfrei und glücklich leben.«⁵⁴

54 Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt, a. a. O., S. 508 (kursiv von mir – M. B.).

55 Dies.: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 624.

Alexandra Kollontai hat die Vision eines »kommunistischen Humanismus«⁵⁵ niemals aufgegeben. Freiheit blieb für sie der Bezugspunkt ihrer Hoffnungen. Wie so viele andere sah sie sich vor die Wahl gestellt, entweder mit der Sowjetunion zu brechen oder aber die Diktatur, die Verbrechen, das Leiden der Millionen Opfer des sowjetischen Kommunismus, auch von Menschen, die ihr die liebsten gewesen waren, als unvermeidliche Begleiterscheinungen einer großen Revolution hinzunehmen. Bevor der Große Terror begonnen hatte, schrieb sie in privaten Reisetexten über ihren Aufenthalt in Moskau: »Ich sah mehr als genug Tränen und Leid, erlebte die Ausweglosigkeit dieser gezeichneten Menschen, die ohne persönliche Schuld unter das Rad der Geschichte geraten sind. Es zerriß mir Herz und Seele. Und dennoch weißt du, sogar wenn du mit dem Kopf gegen die Wand schlägst, es ist vergebens. ›Zeiten‹. Es ist, als ob man gegen den Ozean kämpft.«⁵⁶

56 Ebenda, S. 610.

Die Entscheidung Alexandra Kollontais im Jahre 1922, den offenen Konflikt mit der Führung der Kommunistischen Partei für immer einzustellen, war geprägt durch ihre Erkenntnis, dass sie und die ihr Gleichgesinnten nicht fähig sein würden, ihre Vorstellungen eines kommunistischen Humanismus und Demokratismus gegen diese Macht durchzusetzen. Die Geschichte schien gegen sie. Alexandra Kollontai suchte ein Feld, wo sie dem sowjetischen Staat, den sie mit ins Leben gerufen hatte, dienen könnte, ohne sich allen internen Zwängen, wie sie hoffen konnte, beugen zu müssen – den diplomatischen Dienst. Gleichzeitig begann sie zu akzeptieren, dass auch für die sowjetische Revolution die zumindest zeitweilige Verkehrung von Zweck und Mittel, Ziel und Weg unvermeidlich sei. Im Unterschied zu vielen anderen, vor allem zu vielen Männern in der kommunistischen Bewegung, stellte sie sich bewusst dieser Tragödie. Sie wusste, dass sie die »naiven Vorstellungen«⁵⁷ früherer Jahrzehnte, wie sie es nannte, nicht aufrecht erhalten konnte. Aber sie verleugnete sie nicht. Sie wurde weder Techniker noch Zyniker der Macht.

57 Ebenda, S. 624.

Immer wieder hat sich Alexandra Kollontai mit größtem persönlichen Mut für viele im Terror Verfolgte eingesetzt. Manchmal hat sie auch etwas erreicht und den einen oder anderen, die eine oder andere aus dem »Rad der Geschichte«⁵⁸ hervorzerren können. Sie hat nicht nur ihrer Karriere, sondern ihr Leben riskiert, um den sowjetisch-

58 Ebenda, S. 634.

finnischen Krieg zu verhindern, als sie im Herbst 1939 nach Moskau fuhr und bei Molotow vorstellig wurde, der sie abwies.⁵⁹ So sehr sie dabei ihren Idealen persönlich treu zu bleiben suchte, so sehr war sie sich bewusst, dass diese Ideale in der Sowjetunion in brutalster Weise verletzt wurden. Am 25. März 1938 schrieb sie auf ein Notizblatt, das später im Staatsarchiv verschwand: »Heute, eigentlich in den letzten zwei Jahren, habe ich für das Allgemeine, für die anderen gelitten, für alle Leiden dieser Welt, für alle unschuldig Schuldigen in dieser grausamen Periode der Geschichte. Sie ist unendlich grausam. Und sehr schwer für uns, die wir in jungen Jahren in den Kampf gezogen sind für ›Gerechtigkeit‹, für ›Menschlichkeit‹, gegen Gewalt auf allen Gebieten. War das naiv? Ja. Außerdem ist jetzt eine andere Zeit. Aber wir wollten vor allem ›Toleranz‹, ›Gerechtigkeit‹, das ›Gute‹ – sogar ›Barmherzigkeit‹ und ›Großmut‹ – alles Begriffe, die in unseren Tagen unangebracht sind und sich in der Praxis nicht verwirklichen lassen.«⁶⁰

Wie viele andere Kommunistinnen und Kommunisten dieser Zeit formulierte Alexandra Kollontai für sich eine Art Fatalismus des geschichtlichen Terrors, sah für die Zeit der Periode des Übergangs zu einer neuen Gesellschaft die Verkehrung der humanistischen Ziele durch ahumane Mittel als zwangsläufig an: »So war es in der Geschichte schon immer bei Wechsel sozialökonomischer Systeme. Brutaler Kampf, keine Gerechtigkeit, stete, unvermeidliche Intoleranz und Grausamkeit...«⁶¹ Aber sie litt darunter und gestand sich dies auch ein – »denn der Schmerz bleibt«⁶². Auch der kommunistische Fortschritt schien immer noch »den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken«⁶³ zu wollen. Wo aber war dann der objektive Unterschied zu dem des Kapitalismus? Und wie kann dann Engagement für eine andere Gesellschaft überhaupt noch legitimiert werden?

1918 hatte Rosa Luxemburg geschrieben: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden.« 1936 musste Alexandra Kollontai feststellen: »Ich habe begriffen, dass Russland nicht im Verlauf weniger Jahre vom Absolutismus zur Freiheit übergehen kann. Die Diktatur Stalins oder eines anderen ... war nach dem Tode Lenins unvermeidbar. Diese Diktatur kostet Ströme von Blut, doch auch unter Lenin ist bereits Blut geflossen, und zweifellos viel unschuldiges.«⁶⁴ Ihrer beider Hoffnungen, der Verkehrung von humanem Ziel und grausamen Mitteln, der Perversion der Emanzipation zu neuer Unterdrückung zu entkommen, hatten sich nicht erfüllt.

Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai gehörten zu den »neuen Frauen«, von denen Kollontais Schrift »Die neue Moral und die Arbeiterklasse« erzählt. In ihren Partnerschaften waren sie beide der Suche nach einem neuen Ideal verpflichtet – »der Harmonie zwischen Leidenschaft und Seelennähe, der Vereinbarung der Liebe mit der Freiheit, der Kameradschaft mit beiderseitiger Unabhängigkeit«⁶⁵, voller Willen nach Unabhängigkeit, verpflichtet einer menschlichen Idee: »Vor uns steht die Frau als Persönlichkeit, vor uns steht ein eigenwertiger Mensch, mit seiner eigenen inneren Welt, vor uns steht eine Individualität, die sich selbst behauptet, die Frau, die die verrosteten Ketten ihres Geschlechts zerreißt.«⁶⁶ Und beide sahen einen

59 Ebenda, S. 514-517,

60 Ebenda, S. 634.

61 Ebenda, S. 625.

62 Ebenda.

63 Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW, Bd. 9, S. 226.

64 So gibt ihr früherer Mitarbeiter, Marcel Body, ein Gespräch mit ihm, dem des Trotzismus verdächtigten »Renegaten« wieder, das auf ihre Bitte zustande gekommen war. Zitiert in: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 614.

65 Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, a. a. O., S. 30.

66 Ebenda, S. 24.

untrennbaren Zusammenhang zwischen der Emanzipation der Frauen und der sozialistischen Emanzipationsbewegung ihrer Zeit als zweier Seiten der allgemeinen menschlichen Emanzipation. Werk und Leben sind bei ihnen, ganz anders als bei vielen männlichen Zeitgenossen, nicht zu trennen.

Rosa Luxemburg schrieb im Breslauer Gefängnis im Frühjahr 1918 in ihren Kalender: »16. März: Um 9 Uhr früh Wendehals lange gerufen. Nachmittags 4 wieder. Krähen sind fort. 17. März: Buchfink gesungen, Pirol ist da. Wendehals um $\frac{1}{5}$ und $\frac{1}{6}$ abends gerufen. 18. März: Um 10 Uhr Buchfink. Nr. 7 Brief von Mathilde, Brief von Martha. Haubenlerchen liefen im Hof.«⁶⁷ In den autobiographischen Aufzeichnungen Alexandra Kollontais, gezeichnet durch die Krankheit der bald Achtzigjährigen, lesen wir: »Vor meinem Fenster am Schreibtisch befindet sich ein Balkon. Den Meisen und den ganz gewöhnlichen Spatzen habe ich angewöhnt, dorthin zu kommen. Ich bin immer ganz gerührt, dass sie sich so zutraulich auf dem mit Butter oder Fett gefüllten Netzsäckchen niederlassen, das eigens für Meisen gedacht ist. Jetzt kommen schon drei Meisen, früher war es nur eine, noch ganz scheu. Gerade eben ist wieder eine Meise herangeflogen, und ich habe Spaß an ihrem blauschwarzen Köpfchen und ihrem Zutrauen.«⁶⁸

In Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai waren revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit nie erstorben. Uns aber hat der Strom der Geschichte – durch die Mauern selbstverschuldeten Unmündigkeit hindurchbrechend – auf neue Große Fahrt mitgerissen. Ob wir es wollen oder nicht, fährt die Geschichte mit. Es wird auch von unserem Rückblick auf das Wirken Rosa Luxemburgs und Alexandra Kollontais abhängen, ob sie zur humanen Zukunft wird.

67 Zit. in Fredrik Hetmann: Eine Kerze, die an beiden Enden brennt. Das Leben der Rosa Luxemburg. Freiburg – Basel – Wien 1998, S. 152 f.

68 Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie, a. a. O., S. 503.

OTTO LACIS

Woran ist die KPdSU gescheitert?

Die linke Presse nennt mich gelegentlich einen Überläufer. Denn als ehemaliges KPdSU-Mitglied bin ich nicht Mitglied der KPRF¹ geworden und habe diese sogar mehrfach kritisiert. Die KPRF vereint, wenn man ihren offiziellen Angaben glauben darf, nicht mehr als vier Prozent der ehemaligen KPdSU-Mitglieder Rußlands. Ich gehöre somit zur »Partei« der 96 Prozent, die nicht zu den Sjuganow-Anhängern gegangen sind.

Es sind vielmehr die Führer der KPRF, die Verrat an den Werktätigen, an der Sache einer gerechten Gesellschaftsordnung üben. Davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man sich mit der offiziellen Ideologie dieser Partei vertraut macht. Sie betreiben die Wiederbelebung der mit »nationalem Sozialismus« verbrämten verhängnisvollen stalinistischen Ideologie. Sie kolportieren Legenden über Vergangenheit und Gegenwart Rußlands. Sie verbrüdern sich mit der den Bolschewiki wesensfremden Kirche. Sie – und das ist das wichtigste – lehnen die für Rußland lebensnotwendigen marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen ab. Und sie wollen glauben machen, sie seien die rechtmäßigen Erben der kommunistischen Revolutionäre. Es wäre interessant zu sehen, wie Dzierzynski mit Makaschow² umgegangen wäre, wenn sie sich hätten begegnen können. Die KPRF ist die grausamste Verhöhnung der Menschen des Roten Oktober.

Ich habe mich nicht von der KPdSU losgesagt und sage mich auch heute nicht von ihr los. Doch diese Partei existiert nicht mehr. Bis zum letzten Tag war ich an der Seite derer, die den Selbstmord dieser Partei zu verhindern suchten, weil sie überzeugt waren, daß es für sie eine Möglichkeit gab, auch im dritten Jahrtausend weiter zu bestehen: Sie hätte sich an der Verwirklichung der für das Land so notwendigen Reformen aktiv beteiligen müssen. Dazu wäre es in erster Linie notwendig gewesen, die Partei selbst zu reformieren. Das ist nicht gelungen. Die Partei war nicht reformierbar. Denn die ihr von Stalin zugefügte Deformierung war nicht mehr rückgängig zu machen. Man kann uns vorwerfen, mit dem Versuch, die KPdSU zu reformieren, gescheitert zu sein. Doch dumm wäre es, das Scheitern zu leugnen.

Man kann den Zerfall des großen Staates, in dem wir geboren wurden und aufgewachsen sind, bedauern. Es wäre jedoch töricht, so zu tun, als brauchte man bloß die Abmachungen von Belaja Wesha³ zu annullieren, damit die Leiche wieder zum Leben erwacht. Die UdSSR hauchte ihr Leben am 19. August 1991 aus, nachdem ihr die

Otto Lacis, Jg. 1934, Dr. sc. ök., Sohn lettischer Kommunisten, 1951-1956 Studium der Journalistik an der Moskauer Universität; 1975-1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomie des sozialistischen Weltsystems (heute Institut für Internationale ökonomische und politische Forschungen der Akademie der Wissenschaften Rußlands); davor und danach insgesamt 37 Jahre Presstätigkeit (darunter »Probleme des Friedens und des Sozialismus«, Prag, und »Kommunist«, Moskau); Autor von 12 Büchern. 1990/1991 Mitglied des ZK der KPdSU, 1993-1996 Mitglied des Präsidentenrates, den er aus Protest gegen den Krieg in Tschetschenien verließ. Heute stellv. Chefredakteur der Zeitung »Russkij kurjer« (Russischer Kurier), Moskau, lebt in Moskau.

Der Beitrag stellt das Schlußkapitel des jüngsten – autobiographischen – Buches des Autors dar: »Tschatel'no splanirovannoe samoubijstvo« (Der sorgfältig geplante Selbstmord), Moskau 2001. Darin berichtet der Autor über seine Arbeit als Journalist und seine Begegnungen mit führenden Politikern der UdSSR und Rußlands in den 80er und 90er Jahren.

Der Autor über sein Buch: Es sei »ein Buch über Hoffnungen und Enttäuschungen, über Gewinne und Verluste unserer Generation, über verpasste Chancen und das dramatische Ende des Landes, in dem wir geboren wurden und lebten.«

1 KPRF – Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation.

2 Ehemaliger sowjetischer General, der 1992-93 beim Kampf gegen Jelzins Politik auch ein Bündnis mit russischen Faschisten einging, was das Schlagwort von der »rot-braunen Koalition« hervorbrachte.

3 Hier, im sog. Urwald von Belaja Wesha, nahe der polnischen Grenze, beschloss die Staatschefs Rußlands (Jelzin), der Ukraine (Krawtschuk) und Belorußlands (Schuschkewitsch) nach den im Gefolge des gescheiterten Moskauer Augustputsches erfolgten Unabhängigkeitserklärungen der sog. Unionsrepubliken am 8. Dezember 1991 die Gründung eines Bundes ihrer Republiken, was de facto der Auflösung der Sowjetunion gleichkam.

Putschisten den Todesstoß versetzt hatten. Im Wald von Belaja Wesha wurde im Dezember lediglich der Totenschein ausgestellt. Es ist lächerlich und unehrlich, auf den Volksentscheid vom März 1991 zu verweisen. Unehrllich nicht nur deshalb, weil die Formulierung der Fragestellung damals zwiespältig war, sondern auch deshalb, weil bis zum 19. August das Volk seine Meinung zu dem eigenen Staat geändert hatte. Im März stimmte die Ukraine für die UdSSR, im Dezemberreferendum für die eigene Unabhängigkeit. Bis zum August nahmen die baltischen Republiken die ihnen aufgezwungene fünfjährige Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit widerwillig hin. Es gab ja die vage Hoffnung, daß sich die Sache in den fünf Jahren irgendwie erledigt haben würde. Nach dem 19. August war die Unabhängigkeit eine vollendete Tatsache.

Man kann bedauern, daß der Versuch, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu schaffen, der fast geglückt schien, wieder einmal nicht gelang. Dabei hatte die Großmacht, die 74 Jahre unter der Flagge des Sozialismus lebte, gewaltige Siege errungen, von der Einnahme Berlins 1945 bis zum Eintritt in den Kosmos 1961. Und dennoch: Der 19. August bedeutete das endgültige Scheitern dieses grandiosen Versuchs.

Man kann das Ende der KPdSU bedauern. Bedauern heißt aber nicht, die Augen zu verschließen und so zu tun, als ob die Totengräber der KPdSU, repräsentiert durch die Sjuganowleute, ihre Nachfolger werden könnten.

Um nichts durcheinander zu bringen, sollte man zunächst einige Begriffe klären. Was ist Sozialismus? Was bedeutet »kommunistische Perspektive«? Was heißt Bolschewismus und die Sache Lenins?

Sozialismus

Eine allgemein akzeptierte Definition des Sozialismus existiert nicht. Nach Ansicht westlicher Soziologen und Politikwissenschaftler ist das vor allem die Entscheidung für (oft illusorische) soziale Sicherheit bei Verzicht auf politische und ökonomische Freiheit. Für die meisten Autoren unterschiedlichster Richtungen ist es außerdem der Verzicht auf Marktwirtschaft zugunsten einer Plan- und Verteilungswirtschaft. In der politischen Praxis versteht man unter Sozialismus die Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der achtziger Jahre in der UdSSR sowie in Ländern Mittel- und Osteuropas existierte und nunmehr in China, der KVDR und auf Kuba weiterlebt. Manche Publizisten bezeichnen als Sozialismus eine Gesellschaft mit weitgehenden sozialen Sicherheiten vom Typ der schwedischen.

Es macht wenig Sinn, all diese Varianten im Detail zu betrachten. Ich will versuchen, das nach Ausdehnung und Lebensdauer bedeutendste Muster sozialistischer Praxis kurz zu beurteilen, und zwar nach den Gesetzen, welche diese Gesellschaftsordnung sich selbst vorschrieb.

Die sowjetische Gesellschaftsordnung galt als sozialistisch wegen ihres Hauptmerkmals, der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Ob angebracht oder nicht, zitiert wurde immer wieder aus dem Kommunistischen Manifest: »In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhe-

bung des Privateigentums, zusammenfassen«.⁴ Fast immer wird der Anfang dieses Satzes weggelassen. »In diesem Sinne« das klingt erst einmal einschränkend und verweist zweitens auf vorausgegangene Überlegungen. Welche sind das? Davor stehen die Sätze: »Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht.«

Was brachte nun der sowjetische Sozialismus anstelle des bürgerlichen (kapitalistischen) Privateigentums hervor? Er erzeugte etwas, was am Ende eine verkappte Variante des Privateigentums war, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruhte und sich für die Lohnarbeitenden als viel ungünstiger als das bürgerliche Eigentum erwies. Es war das Staatseigentum, das zur höchsten Form des gesellschaftlichen Eigentums deklariert wurde. Allerdings kamen Lenin, vor seinem Tode, Zweifel an den Vorteilen der Verstaatlichung, und er schlug vor, auf die Genossenschaften zu setzen.

Stalin machte schnell Schluß mit diesen angeblich falschen Ideen. In der Praxis ersetzte er die Genossenschaften durch die Kolchosen, durch eine Struktur also, die eher vorkapitalistisch bzw. frühfeudal war. Und in der Theorie legte er kategorisch fest, daß das staatliche Eigentum die höchste Form sozialistischen Eigentums sei. Für den Übergang zum Kommunismus komme es folglich nur noch darauf an, das rückständige Kolchoseigentum in staatliches Eigentum zu verwandeln. Damit könnten dann auch als letztes Überbleibsel des Kapitalismus die Ware-Geld-Beziehungen aufgehoben werden.

Theoretiker vom Format eines Richard Kosolapov folgen heute noch den Stalinschen Ideen über die Vorzüge einer totalen Verstaatlichung gegenüber den Genossenschaften. Vernünftiger Analytiker der sowjetischen Wirtschaft erlaubten es sich während der Stagnationszeit, das Gegenteil zu behaupten: Die Genossenschaftsform sei effektiver. Sich für die Privatwirtschaft einzusetzen, war niemandem erlaubt. Unabhängig von diesen Unterschieden wurde die Vorherrschaft des Staatseigentums in der Wirtschaft nicht in Frage gestellt, so daß zwischen *staatlich* und *sozialistisch* immer ein Gleichheitszeichen stand. Die nächste sich logisch aufdrängende Frage – Wem gehört der Staat? – war in den der Zensur unterliegenden Medien streng verboten.

Dabei war Karl Marx vom Staat niemals so begeistert gewesen wie seine sowjetischen Adepten. Zur selben Zeit, als das Kommunistische Manifest entstand, schrieb Marx, die Bürokratie betrachte den Staat als ihr Privateigentum.

Der sowjetische Staat wurde als Privateigentum der sowjetischen Bürokratie zur Vollkommenheit gebracht. Die Demokratie als eine Form der Kontrolle über den Staat und des Machtwechsels wurde völlig liquidiert. Das Machtmonopol der einzigen zugelassenen Partei war in der Verfassung festgeschrieben. Der Nomenklaturmechanismus der Kaderauswahl wurde zur konkreten Form der Verteilung einzelner Teile des Staates. Diese wurden damit zum Privateigentum der Bürokratie. Das Planungs- und Verteilungssystem in der Wirt-

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, S. 475.

schaft, welches die Marktmechanismen ersetzte, wurde zum Machtmechanismus der Bürokratie über die materiellen Ressourcen. Zu ihrem höchsten und geheimen Ziel wurde die Verteilung materieller Güter mittels des Systems der Nomenklaturversorgung.

Natürlich hat jedes System seine Nachteile, die man hinnehmen muß, wenn man von ihren Vorzügen profitieren will. Der sowjetische Sozialismus, als eine Form der Realisierung bürokratischen Eigentums, war vom Standpunkt seiner herrschenden Klasse ebenfalls nicht fehlerfrei. Er gewährte der Klasse der Bürokratie kein persönliches Eigentum, sondern nur ein korporatives. Er gewährte kein Eigentum auf Lebenszeit, sondern nur für die Zeit des Verbleibs in der Dienststellung. Letzteres war übrigens nicht nur ein Nachteil. Der Beamte war von den ihm übergeordneten abhängig, von ihm selbst hingen seine Untergebenen ab. Das ergab die Möglichkeit, die Macht an sich auszukosten, und es stimulierte das Streben zum Aufstieg auf der Karriereleiter. Schließlich bestand ein Nachteil in der fehlenden Möglichkeit, Teile des Staates als Eigentum zu vererben.

Die Bürokratie versuchte – nicht ohne Erfolg –, die Nachteile des Systems zu minimieren. Das Fehlen eines lebenslangen Eigentums wurde durch Unterschlagung, Bestechung und andere Formen illegaler Aneignung kompensiert, was durch die in den Händen der Bürokratie liegende Macht erleichtert wurde. Das Fehlen eines Vererbungsmechanismus' für eine solch spezifische Form des Eigentums wie das Eigentum an Teilen der Staatsmacht wurde durch den gleichen Nomenklaturmechanismus wieder wettgemacht – durch Auswahl leitender Kader in Verbindung mit dem System privilegierter Schulen und Hochschulen, durch Privilegien bei längeren oder kürzeren Auslandsreisen. Das ermöglichte es zwar nicht, konkrete Teile des Staatseigentums zu erben, erleichterte es jedoch, in der Klasse der bürokratischen Eigentümer zu verbleiben.

Sie verfügten über das Staatseigentum, als wäre es ihr Eigentum, und sie verschleuderten es, als wäre es fremdes. Dieser Aphorismus von Milovan Djilas aus seinem Buch »Die neue Klasse« bringt das Wesen des Eigentums im sozialistischen Sowjetstaat am besten zum Ausdruck. In ihm war alles zur Zufriedenheit der Bürokratie angelegt. Die angeführten Nachteile galten als untergeordneter, kaum beunruhigender Faktor, den die Bürokratie des postsowjetischen Rußland übrigens möglichst schnell zu beseitigen verstand.

Der Untergang des Systems war Folge einer uneffektiven Steuerung der gesellschaftlichen Produktion und der unbefriedigenden Lösung sozialer Probleme. Es ging auf Grund seiner ökonomischen Uneffektivität unter, deren Hauptursache in der Ablehnung marktwirtschaftlicher Beziehungen zugunsten der Plan- und Verteilungsbeziehungen bestand.

Streng genommen gibt es keine Gründe für die Gleichsetzung von Sozialismus mit Nichtmarktwirtschaft und zentralisierter Planung. Mehr noch, historische Tatsachen beweisen, daß es eine zentralisierte staatliche Planung und Verteilung ebenso wie staatliches Eigentum in Rußland lange vor der Oktoberrevolution gegeben hat. Aus der sattsam bekannten Stalinschen fünfteiligen Klassifizierung der Gesellschaftsordnungen (Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Kommunismus mit der ersten Phase Sozialis-

mus) wurde die von Marx beschriebene asiatische Despotie sorgfältig ausgeradiert. Als Variante des frühen Feudalismus, in seiner unmenschlichsten Form, erinnerte sie mit ihren Hauptcharakteristika zu sehr an den Sozialismus sowjetischer Prägung: Staatliches Eigentum an den damals entscheidenden Produktionsmitteln (Bewässerungssysteme, Straßen), staatliche Planung beim Bau staatlicher Objekte, staatliche Verteilung einer Vielzahl von Ressourcen. Den Sowjetmenschen die Möglichkeit zu geben, über diese Charakteristika der asiatischen Despotie nachzudenken, hätte bedeutet, Schwankungen im sozialistischen Glauben zuzulassen.

Es wurde versucht totzuschweigen, daß die Hauptmerkmale des »Kriegskommunismus« (Requirierung der Lebensmittel in Form einer Abgabepflicht, die staatliche zentralisierte Lenkung der Industrie) nicht nur vor Oktober- und Februarrevolution entstanden, sondern bereits im zaristischen Rußland, im kaiserlichen Deutschland und im demokratischen Großbritannien während des Ersten Weltkrieges zur Befriedigung der Bedürfnisse der Front. Der Sozialismus neigte natürlich stärker zur Anwendung eines nichtmarktwirtschaftlichen Systems, besaß darauf aber weder das Monopol noch das Urheberrecht.

Mehr noch, es zeigte sich, daß die »sozialistische Planwirtschaft« in der Realität eine planmäßige Entwicklung wesentlich schlechter gewährleistete als die kapitalistische, marktwirtschaftliche. Nach Lenin bedeutet Planmäßigkeit eine ständige und bewußte Aufrechterhaltung der Proportionalität. Das Element bewußter Handlungen des Staates war in der sowjetischen Wirtschaft, im Unterschied zur marktwirtschaftlichen Spontanität, voll ausgeprägt. Aber das, was durch diese bewußten Handlungen erreicht wurde, konnte man unter keinen Umständen als Proportionalität bezeichnen. Das waren durchgängige Disproportionen, die sich auf dem Verbraucherniveau in dem fürchterlichen, alles durchdringenden Wort »Mangelware« manifestierten. Alles war Mangelware, und das bedeutete Disproportionen, deren allgemeinsten Ausdruck die Disproportionalität der Ware-Geld-Beziehungen war. Es besteht kein Zweifel daran, daß die spontanen Kräfte des Marktes die Proportionalität zwar nicht ideal, aber auf alle Fälle erfolgreicher aufrechterhalten als die erlebte sozialistische Planwirtschaft. Der »Sozialismus« gebar die bürokratisierte Anarchie – eine schreckliche Verhöhnung der kommunistischen Utopisten. Das heißt, daß hinsichtlich der Planmäßigkeit ein zweifacher Widerspruch zwischen Dogma und Realität entstand: Die Planmäßigkeit ist im Kapitalismus durchaus vorhanden, der Sozialismus aber beherrschte sie nicht.

Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise dafür, daß sich Markt und Sozialismus nicht vereinbaren lassen. Zumal keine Einigkeit darüber besteht, was Sozialismus eigentlich ist. Eine ganz andere Frage ist die Tatsache, daß es für eine solche Möglichkeit nur wenige praktische Beispiele gibt. Im wesentlichen beschränken sie sich auf Erfahrungen der NÖP in der UdSSR und der chinesischen Wirtschaft nach Beginn der Reformen in den achtziger Jahren. Weder die einen noch die anderen Erfahrungen können als unumstößliche Beweise für die Lebensfähigkeit eines Marktsozialismus als einer langandauernden Gesellschaftsformation und nicht nur einer Übergangsphase

angesehen werden. Allerdings wurde die NÖP nicht ökonomisch überwunden, sondern durch eine politische Willensentscheidung, nachdem sie 1927 eine bestimmte Krise, die Krise im Getreideaufkommen, durchlebte. Und niemand weiß, ob es eine praktische Möglichkeit der Verlängerung der NÖP, das heißt Beibehaltung des Marktes mit sozialistischer Perspektive, wirklich gegeben hätte.

Was das moderne China angeht, so besteht kein Zweifel an einer zwar langsamen, aber auch unbeirrten Evolution der Wirtschaft in Richtung Verringerung des Staatseigentums und der staatlichen Planungstätigkeit. Das Leben selbst trennt China von diesen Merkmalen der Gesellschaftsordnung, die mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht wurden. Nimmt man die andere Seite dieser Gesellschaftsordnung – das System sozialer Sicherungen für die Bevölkerung –, so war diese, in dem immer noch Arme-Leute-Land, niemals stark entwickelt. Anders ausgedrückt: Die Gesellschaftsordnung Chinas war in praxi niemals so sozialistisch, wie das dargestellt wird, und die Mächtigen Chinas legen auf die Planwirtschaft als Kennzeichen des Sozialismus gar nicht so großen Wert. Für diese in höchstem Maße pragmatischen Machtorgane sind die äußeren Attribute des Sozialismus in erster Linie eine bequeme ideologische Verkleidung bei der Erfüllung einer äußerst komplizierten historischen Aufgabe: der Modernisierung des Landes.

Fazit: Welche Kennzeichen des Sozialismus verbleiben uns nicht in Worten, sondern in der Tat, wenn man die nicht bis zu Ende erprobte Praxis des Marktsozialismus ausklammert?

Das *Staatseigentum* in der sowjetischen Ausprägung entfällt, weil der Staat selbst kein gesellschaftliches Eigentum war. Und eine andere Form des gesellschaftlichen Eigentums bietet die sowjetische Erfahrung nicht an. Selbst das Aktieneigentum, das sich in den kapitalistischen Ländern entwickelte, ist in der Realität eher ein gesellschaftliches Eigentum als das Staatseigentum.

Das *zentralisierte Planungs- und Verteilungssystem* entfällt, weil es zuallererst in den kapitalistischen Ländern entstand und je nach Notwendigkeit auch heute dort angewendet wird.

Es bleibt das *System breiter sozialer Sicherungen*. Das erwies sich als wesentlich wirksamer in den reichen kapitalistischen Ländern des Westens. Dort aber entstand es nicht als der Gesellschaftsordnung immanentes Phänomen. Es ist keine unabdingbare und natürliche Folge des Kapitalismus und der Marktbeziehungen, sondern die Folge bestimmter, bewußter politischer Entscheidungen, die auch ausbleiben können. »Soziale Marktwirtschaft«, »sozial orientierte Marktwirtschaft« – das klingt nicht sehr bestimmt und fügt sich nicht in die harten Grenzen der fünfteiligen Formationsgliederung. Hat es doch das Leben selbst abgelehnt, sich diesen Grenzen anzupassen.

Sozialismus in dieser Form – als ein System sozialer Sicherungen – kann bei niemandem auf Widerspruch stoßen, so lange dieses System die ökonomischen Realitäten berücksichtigt. Diesem System abzuschwören ist unnötig – im Gegenteil, ein solcher Sozialismus muß in Rußland allseitig kultiviert werden. Nur ist das keine Gesellschaftsordnung in dem Sinne, wie wir das in den marxistischen (aber vom Wesen her stalinistischen) Schulungen gelernt haben. Das ist eher eine sozial-politische und kulturelle Tendenz.

Die kommunistische Idee

Mit der kommunistischen Idee ist es komplizierter. Das uns versprochene kommunistische Morgen wird in der Regel wie eine dumme Anekdote belächelt – zu Unrecht.

Erstens ist diese Idee, wenn man sie nicht vulgär, sondern wissenschaftlich betrachtet, überhaupt nicht illusorisch. Zweitens kann ihre Umsetzung – ohne gründliches Nachdenken und seriöse Vorbereitung – uns (genauer gesagt: unseren Nachkommen) eher zur Hölle als zum Paradies geraten.

Nikita Chruschtschow wird vorgeworfen, daß er den Sowjetmenschen den Kommunismus ab 1980 versprochen und sie betrogen habe. In Wirklichkeit hat es ein solch wörtliches Versprechen Chruschtschows nicht gegeben. Es handelte sich vielmehr um eine spätere Interpretation der Parteipropagandisten, die von denen, die ins letzte Parteiprogramm geschrieben hatten, »die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben«, nicht vorgesehen war. Allerdings ist Nikita Sergejewitsch, bei all seinen Verdiensten um die Entlarvung des Stalinismus, schuld an der Kultivierung vulgärer Vorstellungen über den Kommunismus. Im Verständnis des »Mannes von der Straße« kam dieser zunehmend einem allen zugänglichen Verteiler kostenloser Wurst gleich. Die Begründer des Marxismus hatten sich diese Gesellschaftsordnung anders vorgestellt.

Von der Stimmung des Kriegskommunismus – im unvergeßlichen Jahr 1919 – hatte sich Lenin zur Arbeit *Die große Initiative*⁵, dieser bei den Propagandisten der Suslowschen⁶ Schule so beliebten Arbeit, verleiten lassen. Er hatte die prinzipielle Bedeutung der Subbotniks als Vorbote einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit, beruhend auf Enthusiasmus, übertrieben. Er vermutete, daß vielleicht die Subbotniks der Weg zum Kommunismus sein könnten. Er fügte aber auch sofort hinzu, daß es nicht unbedingt so kommen müsse. Seine Definition der kommunistischen Arbeit aber ist in ihrer Kürze und Verständlichkeit ideal: Arbeit ohne Erwartung einer Entlohnung. Daraus entstand die verbreitete Vorstellung vom Kommunismus als einer Gesellschaft ohne Geld (es gibt alles umsonst) und die logische Schlußfolgerung, daß man im Kommunismus leben kann, ohne zu arbeiten. Früher, in seiner Arbeit *Staat und Revolution*⁷ hatte Lenin bereits präzisiert, daß die Vorstellungen von Marx und Engels über diese Gesellschaftsordnung nicht den heutigen Spießern und nicht die heutige Arbeitsproduktivität voraussetzten. Sehen wir uns jede dieser Bedingungen etwas näher an.

Die klarste Beschreibung der Entwicklung der Produktivkräfte gab Marx in einer Arbeit, die Lenin nicht kannte, da sie erstmalig im Original 1939–1941 und in Russisch Ende der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts erschien. Es handelt sich um eine Vorarbeit für das *Kapital*, die 1983 als »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« in einem Ergänzungsband der Werke⁸ erschien. In dieser Arbeit wird als Triebkraft für die Entstehung einer künftigen Gesellschaft die Entwicklung von Wissenschaft und Technik dargestellt, die eine solche Stufe erreicht, daß der Wert als Ergebnis lebendiger Arbeit abstirbt. Folglich würden alle gesellschaftliche Verhältnisse, die auf Schaffung, Aneignung und Konsum des Wertes aufbauen, eine tiefe

5 W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 397–424.

6 Michail Suslow (1902–1982), Mitglied des Politbüros der KPdSU, galt als Chefideologe der Partei.

7 W. I. Lenin, a. a. O., Bd. 25, S. 393–506.

8 MEW, Bd. 42.

Veränderung erfahren. Hier der Text von Marx: »Der Austausch von lebendiger Arbeit gegen vergegenständlichte – d. h. das Setzen der gesellschaftlichen Arbeit in der Form des Gegensatzes von Kapital und Lohnarbeit – ist die letzte Entwicklung des Wertverhältnisses und der auf dem Wert beruhenden Produktion. Ihre Voraussetzung ist und bleibt – die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums. In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder – deren powerful effectiveness – selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion.«⁹

9 Ebenda, S. 600.

In den vergangenen fast anderthalb Jahrhunderten ist dieser Mechanismus weder vom Leben selbst noch in der Theorie widerlegt worden. Allerdings ist er auch von der Praxis bisher nicht bestätigt worden, weil es sich hier um den Versuch handelte, sehr weit nach vorn zu schauen. In allerletzter Zeit mehren sich die Anzeichen – im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und besonders im Zusammenhang mit der Computerrevolution – für eine Bestätigung eben dieser Entwicklungstendenz.

Die Veröffentlichung der »ökonomischen Manuskripte« wurde von der offiziellen sowjetischen Propaganda verständlicherweise ohne große Begeisterung aufgenommen. Interesse fanden sie nur bei Gesellschaftswissenschaftlern liberaler Couleur. Denn aus dem zitierten Absatz ergeben sich für jeden Marxisten allzu viele unbequeme Fragen.

Als erstes kommt einem der berühmte, von Lenin so geliebte, siebente Abschnitt des vierundzwanzigsten Kapitels des ersten Bandes des *Kapital* in den Sinn, der ganzen Generationen marxistischer Revolutionäre das Vaterunser ersetzte. Diese Seiten sind zweifellos in einem Zustand flammender Begeisterung geschrieben worden und künden von der letzten Stunde des Privateigentums, von der Expropriation der Expropriateure. Wer konnte an der Größe eines Wissenschaftlers zweifeln, der fünfzig Jahre vor der Oktoberrevolution ihr wichtigstes Ereignis voraussagte, und wer konnte an der Rechtmäßigkeit und Unvermeidbarkeit der Revolution zweifeln, wenn sie fünfzig Jahre zuvor von einem großen Gelehrten vorausgesagt worden war?

Und nun stellte sich nach einem halben Jahrhundert heraus, daß dieser große Gelehrte gleichzeitig auch einen ganz anderen Mechanismus des Übergangs zu einer Gesellschaft der Zukunft vorausgesagt hatte, in dem die Expropriation überhaupt nicht erwähnt wird, weil sie bei diesem Mechanismus sinnlos ist. Zwar schließen die Ereignisse, die sich nach den Gesetzen des einen Mechanismus entwickeln, eine künftige Möglichkeit des anderen Weges nicht aus, die Triebkräfte sind aber hier und dort prinzipiell verschieden.

Wenn man sich nach dem zweiten Szenario orientiert – die Handlungen nach dem ersten führten nach 74 Jahren zum Mißerfolg, so daß uns nunmehr kaum eine andere Wahl bleibt –, so ergibt sich, daß der Versuch der Bolschewiki nach dem Oktober 1917, die Zeiger einer Volks- und Bauernrevolution in Richtung Sozialismus zu stellen, die gesellschaftliche Entwicklung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte vorbereitet wird, um mindestens 200 Jahre vorweggenommen hat.

Was für die sowjetische Propaganda besonders peinlich, für das Schicksal der Menschheit aber nicht mehr so wichtig ist, das ist die Tatsache, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in Richtung kommunistische Arbeit, kommunistische Arbeitsproduktivität früher und erfolgreicher in den kapitalistischen Ländern begann als in den sozialistischen, wo sie stagnierte. Damit wurde die These vom Sozialismus als der ersten Phase und des geraden Weges zum Kommunismus in Frage gestellt.

Dennoch, welch propagandistische und sogar sehr ernste politische Fragen, die sich bei einer solchen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, wie Marx sie in seinen Manuskripten beschrieb, sich auch ergeben könnten, sie lassen keinen Zweifel an der Richtigkeit der strategischen Perspektive aufkommen. Ja, die Entwicklung der Produktivkräfte führt eben zu der Gesellschaftsordnung, die Marx zwar nicht direkt Kommunismus nannte, die aber mit der wissenschaftlichen Vorstellung vom Kommunismus übereinstimmt.

Wesentlich komplizierter verhält es sich mit der Gruppe von Fragen, die Lenin in den Worten »und nicht den heutigen Spießherren« erfaßte. Das heißt, der Kommunismus setzt einen Menschen voraus, der nicht durch die vorausgegangene Entwicklung geprägt ist.

Wenn wir zu der Ausgangscharakteristik der kommunistischen Arbeit als einer Arbeit ohne Erwartung von Belohnung zurückkehren und damit zu der sich daraus ergebenden Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft als einer Gesellschaft, in der man ohne Arbeitseinkommen leben kann, oder anders gesagt, ohne zu arbeiten – die materiellen Voraussetzungen dafür werden durch die erhöhte Arbeitsproduktivität geschaffen –, so können wir feststellen, daß es bereits heute einen solchen Menschentyp gibt. Das sind die Obdachlosen. In den USA etwa 60000 allein in New York und zirka eine Million im ganzen Land. Wieviel es heute in Rußland gibt, wo sie *bomshi*¹⁰ genannt werden, ist nicht bekannt.

10 Abkürzung für »ohne festen Wohnort«.

Eine gescheiterte Moral

Was passiert mit der Menschheit, wenn die produktive Arbeit ihre unbedingte Notwendigkeit verliert und der ökonomische Zwang zur Arbeit nicht mehr vorhanden ist? Bisher haben die Futurologen, als sei es eine Selbstverständlichkeit, über das nie dagewesene Aufblühen schöpferischer Tätigkeiten (Kunst, Wissenschaft) geschrieben. Dazu wird es kommen. Daran besteht kein Zweifel. Wird es aber nur so sein? Welcher Teil der Bevölkerung wird sich dieser ehrenwerten Tätigkeit widmen, welcher Teil einer virtuellen Computerwelt und welcher Teil zum Beispiel dem Zeitvertreib der Fans, die sich in den Stadien nicht zum Fußball, sondern zum Prügeln versammeln? Es wird angenommen, daß sich die Menschen mit ihrer

Selbstvervollkommnung beschäftigen werden. Doch das ist Arbeit, und die ist nicht mehr lebensnotwendig. Die beispiellose Aufgabe, die Menschen zum Leben unter völlig neuen Bedingungen zu erziehen, könnte sich als absolut notwendig erweisen, um die Menschheit vor der Selbstvernichtung zu bewahren. Doch niemand hat bisher eine Vorstellung, wie man eine solche Erziehung bewerkstelligen könnte.

Natürlich besteht keine Notwendigkeit, dieses Problem jetzt schon anzugehen. Die heutige Generation wird es nicht mehr erleben. Und bisher hat die Menschheit immer neue Lösungen für neu entstehende Aufgaben gefunden. Nur müssen wir zwei Dinge im Auge behalten. Erstens: Der Kommunismus ist trotz aller Verhöhnungen möglich. Zweitens: Der Kommunismus kann entgegen allen früheren Trümereien mehr neue Probleme hervorbringen als alte lösen.

Vielmehr brennen uns die Probleme der neuen russischen Gesellschaftsordnung auf den Nägeln, die sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Rußland herauszubilden beginnt. Klammern wir die ökonomischen Ungereimtheiten einmal aus, über die tagtäglich in den Zeitungen berichtet wird. Man kann nur hoffen, daß Rußland, angesichts langer und bitterer Erfahrungen, nicht wieder zur Ablehnung der Marktwirtschaft zurückkehrt und daß ihm wenigstens in dieser Hinsicht kein Unheil droht, obwohl das Verständnis für das Wesen des Marktes noch kein Allgemeingut ist. Aber das unerwartete Ende der Sache Lenins, nach Jahrzehnten der Siege, zwingt uns zum Nachdenken über seine Ursachen und über die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung politischer Krankheiten, die den Bolschewismus zu Grabe getragen haben.

Es ist heute in Mode gekommen, über die Grausamkeiten Lenins und der Bolschewiki zu palavern, die Stalin übernommen und am Ende gegen die revolutionäre Partei selbst gerichtet und diese ebenso erbarmungslos ausgerottet habe wie es die Bolschewiki in den Tagen der Revolution und des Bürgerkrieges mit ihren Feinden taten. Die Erbsünde der Revolution hätte gleichsam die Helden des Oktober 1917 zu Grunde gerichtet. Diese Gedankengänge werden durch die Behauptung ergänzt, die Zeugnisse Leninscher Grausamkeit seien früher geheimgehalten worden und erst nach der Öffnung der Archive bekannt geworden. In Wirklichkeit sind die neu entdeckten Dokumente derselben Art, wie sie seit jeher in Lenins gesammelten Werken vorkommen. Befehle zu Erschießung von Bauern waren kein Geheimnis. Es wurde lediglich empfohlen, sie nicht besonders zu propagieren. Aber Spezialisten wußten davon. Und wenn sich heute jemand beschwert, ihm sei etwas vorenthalten worden, dann sieht es mehr nach einer Schutzbehauptung von Historikern aus, die früher genau das Gegenteil schrieben. Unkenntnis über die Grausamkeiten der Bolschewiki gab es bei den heutigen Historikern nicht. Grausamkeiten gab es und keine geringen. Aber war das eine ausschließliche Eigenschaft der Bolschewiki und dann auch die Ursache für ihr Scheitern? Die Bolschewiki siegten im Bürgerkrieg in einem Land mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung. Sie konnten nur siegen, weil deren Mehrheit, wenn auch ohne Begeisterung, den Roten vor den Weißen den Vorzug gab. Dabei gab es Momente, daß die Weißen zwei Drittel des Territoriums Rußlands

besetzt hielten und unter ihrer Herrschaft sich ein wesentlich größerer Anteil der Bevölkerung befand als unter der Herrschaft der Roten. Hinzu kam die Unterstützung der Weißen durch ausländische Interventionen. Gerade nach den größten Siegen der Weißen, nach der Übernahme der Macht über größere Teile der Bevölkerung, begann die Zerschlagung aller ihrer Offensiven. Daß die Armee Koltshaks und das tschechoslowakische Korps vorwiegend von sibirischen Bauern besiegt wurden, ist eine Binsenwahrheit.

Die Repressalien der Weißen gegen die Bevölkerung waren schwerwiegender als die der Roten. Doch die Grausamkeit der jeweils Herrschenden war nicht der Hauptfaktor für die politische Entscheidung. Das Wichtigste in den Augen der Bauern war die Landpolitik der Bolschewiki, denn sie entsprach den Interessen der Bauern. Daß diese sich später als heuchlerisch herausstellen würde, konnte damals niemand ahnen.

Grausamkeiten waren in diesem Land übrigens schon zur Norm geworden, nachdem der Weltkrieg Millionen von Menschen gezwungen hatte, sich jahrelang mit Töten zu beschäftigen. Auch die Klassenverhältnisse vor dem Krieg regten nicht gerade zur Friedfertigkeit an. Erinnert sei nur daran, wie Soldaten und Matrosen auch anständige Offiziere und Generale umbrachten, wie Herrenhäuser geplündert wurden, um zu verstehen, daß die Bolschewiki überhaupt keine Ausnahme bildeten bei der Mißachtung menschlichen Lebens.

Nein, nicht die Erbsünde der Grausamkeit führte zur Niederlage der Revolutionäre. Gescheitert sind sie an der Widersprüchlichkeit der von ihnen selbst aufgestellten revolutionären Moral. Das Wesen dieser Moral hatte Lenin in seiner berühmten Rede »Die Aufgaben der Jugendverbände« auf dem dritten Kongreß des Komsomol¹¹ formuliert. Es war im Oktober 1920, gerade war der Bürgerkrieg zu Ende gegangen. Die Ideologie des »Kriegskommunismus« hatte ihre Perspektive verloren. Die von den Fronten des Krieges und der Arbeit angereizte Jugend war natürlich verblüfft, als Lenin sie nicht zur Weltrevolution aufrief, sondern zur Aneignung der Reichtümer der Weltkultur. Denn diese waren ja früher, das heißt in der Ausbeutergesellschaft, geschaffen worden.

Und gleichzeitig, in derselben Rede, sprach Lenin über die kommunistische Moral, indem er jene Moral als Betrug brandmarkte, die aus einem »übernatürlichen, klassenlosen Begriff abgeleitet« werde. Denn »... unsere Sittlichkeit ist von den Interessen des proletarischen Klassenkampfes abgeleitet«¹². Diese neue revolutionäre Moral ähnelte in erschreckender Weise dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel.

Mit gutem Grund war Dostojewski zu Sowjetzeiten wenig beliebt und wurde unter Stalin an den Schulen überhaupt »nicht durchgenommen«. Es ging dabei noch nicht mal um den Roman »Die Dämonen«, in dem die Revolutionäre nicht allzu gut wegkommen. Die Ursache war Dostojewskis grundsätzliche moralische Position, die seine Werke in einem Maße durchdringt, daß, wollte man sie weglassen, nichts zu lesen übrigbleibt.

Auf die Frage, ob man ein Kind zu Tode quälen darf, wenn es um das Glück der gesamten Menschheit geht, gab die revolutionäre Moral eine eindeutige Antwort: Man darf. Und erst viel später haben die

11 W. I. Lenin, a. a. O., Bd. 31, S. 272–290.

12 Ebenda, S. 281.

Anhänger dieses Glaubens bemerkt, daß man auf diese Art für niemanden das Glück erringen kann – es folgen nur immer neue zu Tode Gequälte. Begeistert von Lenins Aufruf, allen Reichtum der Weltkultur zu erobern, bemerkten wir nicht den Widerspruch: Was ist das für ein Reichtum der Weltkultur, wenn ihr der Kern, die Moral, entrissen wird?

Aus anderen Äußerungen Lenins folgte, daß auch die bürgerliche politische Kultur abgelegt werden müsse, da die Bolschewiki auf die bürgerliche Demokratie, die Parteienvielfalt und das bürgerliche Recht, einschließlich der Unschuldsprämie, voller Verachtung herabsahen. Sie kamen nicht auf den Gedanken, daß die revolutionäre Moral sehr bald zur Hauptwaffe der Vernichtung ihrer selbst werden würde. Und zwar in Maßstäben, die alle bisherigen Untaten der Konterrevolution in den Schatten stellten. Zuerst wurde ungesetzlich und grausam mit den »klassenmäßig fremden Elementen« umgegangen – mit Geistlichen, Menschewiki, oppositionellen Gruppen und Kulaken. Später, als die Gesetzlosigkeit zur Gewohnheit und für manche zum Beruf geworden war, wurde es möglich, unter dem Geheul von Meetings, auf denen die Todesstrafe gefordert wurde, die revolutionäre Partei selbst zu zerschlagen. 1937 dann war es ein leichtes, dem Volk zu erklären, daß die Hinrichtung der »Volksfeinde« im Interesse des Landes geschähe.

Im neuen Rußland kommt es heute niemandem in den Sinn zu erklären: »Das Ziel heiligt die Mittel.« Verkündet wird so etwas nicht. Bedeutet das aber, daß es niemand in der Praxis anwendet? Viele Handlungen oder Unterlassungen von Politikern mit der besten demokratischen Reputation können nur damit erklärt werden, daß sie dieses Prinzip verinnerlicht haben. Im Grunde entsprach die Unterstützung Jelzins durch die Mehrzahl der demokratisch gesinnten Menschen, die 1996 auf diese Weise Sjuganow nicht an die Macht kommen lassen wollten, genau diesem Prinzip. Man muß das eingestehen, obwohl ich auch heute noch nicht weiß, wie wir in dieser Situation hätten anders handeln sollen.

Verschiedene Faktoren, auf die die russische Krise am Ende des 20. Jahrhunderts zurückzuführen ist, wirkten im Laufe von Jahrzehnten, andere sogar jahrhundertlang. Die Überwindung dieser Krise wird noch viele Jahre dauern. Das Sinnloseste, was man sich in einer solchen Situation einfallen lassen kann, ist die Besserwisserie im Rückblick. Die größte Geschmacklosigkeit aber ist es, sich als Nihilist zu gebärden, das heißt, all das abzulehnen, was man früher bejaht hat: wenn beispielsweise früher der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als Heldentat verherrlicht wurde und heute die Restauration des Kapitalismus gepriesen wird. Der heutige Nihilismus ist nicht besser als der frühere Konformismus. Er ist ebenfalls Konformismus. Nur steht dieser auf dem Kopf.

Nützlich wäre da schon ein Nonkonformismus, der uns zu der Frage anregt, ob man die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt in die starren Grenzen von »Formationen« pressen darf. Karl Marx, dem man gewöhnlich die Erfindung der Formationsanalyse zuschreibt, hielt sich überhaupt nicht an exakte Abgrenzungen. Das war im 19. Jahrhundert. Sollen wir uns, die wir in einer ganz anderen Epoche leben, durch diese Grenzen einengen lassen?

Ein Paradoxon der Ideologie: Wir sind überzeugt, uns von dem im tiefsten Innern des Sowjetmenschen sitzenden Marxismus getrennt zu haben. In Wirklichkeit hat unsere Gesellschaft aber all das beiseite gelegt, was im Marxismus wirklich wissenschaftlich ist und im Unterbewußtsein all das bewahrt, was in der Marxschen Lehre schwach ist. Außerdem hat sie die terminologische Struktur bewahrt, die Sprache der sozial-politischen Analyse, die von der Stalinschen Vulgarisierung des Marxismus geprägt ist.

Der Politiker Marx hat des öfteren den Wissenschaftler Marx behindert. Der Wissenschaftler verband den künftigen gesellschaftlichen Umsturz mit dem Anwachsen des materiellen Reichtums auf der Grundlage der technischen Entwicklung. Marx als Politiker setzte auf die Expropriation. Der Gelehrte strebte nach der allseitigen Beschreibung kompliziertester Prozesse und nutzte für die Erforschung von historischen Gesetzmäßigkeiten die Abstraktion der Gesellschaftsformation. Der Politiker vergaß, daß er es mit Abstraktionen zu tun hat, die er selbst für die wissenschaftliche Analyse entwickelt hatte, und erhob die Ablösung der bestehenden Gesellschaftsformation zur unmittelbaren Aufgabe einer politischen Partei.

Seine russischen Anhänger gingen noch weiter. Es wäre notwendig gewesen, eine wohlhabende, gerechte, demokratische Gesellschaft für alle Bürger des Landes zu errichten, um erst dann den Männern der Wissenschaft es zu überlassen festzustellen, was daraus geworden ist und welchen Namen man dieser Gesellschaft geben sollte. Statt dessen wurde dem großen Land vorgeschrieben, eine am Schreibtisch erfundene Gesellschaftsformation aufzubauen und das Leben darin nach diesem Leitbild mit der Axt zurechtzustutzen.

Noch lächerlicher ist aber, was wir ständig dazu von uns geben. Eine der häufigsten Thesen lautet, daß Rußland 1917 aus der Weltzivilisation herausgefallen sei. Mehr als sieben Jahrzehnte habe es dann gleichsam nicht existiert, und nun bestehe seine Aufgabe darin, an den Ausgangspunkt, in die Weltzivilisation zurückzukehren, um von dort aus seinen historischen Weg fortzusetzen. Aus der Zivilisation fällt man nicht heraus. Gerade im 20. Jahrhundert löste Rußland auf höchst aktive Weise eine allgemeinzivilisatorische Aufgabe, um die kein Volk herunkommt: Es vollzog den Übergang von einem Agrarland zu einem Industrieland. Die sowjetische Propaganda schrieb der neuen Gesellschaftsformation alle positiven Folgen einer neuen Zivilisation zu. Die Industrialisierung wurde nicht anders als die sozialistische bezeichnet und als ein besonderes Verdienst des Sozialismus (in erster Linie Stalins) hingestellt (die Sjuganowleute trommeln noch heute darauf herum). Als ob sich Westeuropa und die USA nicht vor dem Sozialismus und ohne ihn industrialisiert hätten. Gleichzeitig wurden alle negativen Folgen der industriellen, städtischen Zivilisation auf die alte Gesellschaftsformation als »Überbleibsel des Kapitalismus« geschoben. Der heutige Nihilismus verlangt ebenso, alle Sünden des zivilisatorischen Übergangs auf die heute nicht mehr opportune sozialistische Gesellschaftsformation zu schieben.

Dessenungeachtet war eines der entscheidenden Ergebnisse des 20. Jahrhunderts in Rußland die Vollendung einer großen zivilisatorischen Umwälzung. Leider hat Rußland, unter Stalins Führung, den

schlechtesten Ansatz für diesen Übergang gewählt, einen Übergang, der mit den größten Opfern verbunden war und nicht die beste Qualität der geschaffenen industriellen Zivilisation ergab. Aber der Übergang ist geschehen, und das heißt, Rußland war keineswegs aus der Weltzivilisation herausgefallen.

Rußland gehörte sogar zu den aktivsten Kräften der Zivilisation des 20. Jahrhunderts. Das wird nicht nur durch die Tatsache bestätigt, daß der erste Mensch im Kosmos ein Sowjetmensch war. Es gibt auch andere Beweise. Deutschland zum Beispiel, das den Hitlerfaschismus hervorgebracht hatte, fand nicht die Kraft, dieses Ungeheuer aus eigener Kraft zu stürzen – das mußten äußere Kräfte tun. Aber niemand behauptet, daß Deutschland aus der Weltzivilisation herausgefallen sei. Und Rußland, das mit Hilfe seiner Verbündeten Hitler vernichtet hatte, befreite sich dann selbst qualvoll vom Stalinismus. Das dauerte lange. Und vielleicht ist der Prozeß noch nicht ganz abgeschlossen. Jedenfalls in dem Maße, wie es bisher möglich war, aber auf alle Fälle aus eigener Kraft.

Der Hauptmangel in all diesem Durcheinander besteht nicht darin, daß die Geschichte falsch beurteilt wird, obwohl natürlich die Fehldeutung historischer Erfahrungen zur Wiederholung historischer Fehler führen kann. Der Hauptmangel besteht darin, daß immer wieder vorgeschlagen wird, etwas nach einem vorgegebenen Formationsplan aufzubauen. Nur soll es diesmal nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus sein. Das Ergebnis kann ebenso traurig werden. Schaffen sollte man eine zivilisierte Gesellschaft, einen Rechtsstaat, ein gefahrloses und materiell abgesichertes Leben. Die Bestimmung der Formation, die im Ergebnis entsteht, sollten die Politiker den Historikern überlassen.

Der Maulwurf der Geschichte ist blind. Er sieht nicht, wohin seine Gänge führen, die er unter der Erde gräbt. Aber die Gänge, die er schon gegraben hat, sind an der Oberfläche klar zu erkennen – man muß nur den Mut haben, sie mit offenen Augen anzuschauen.

Aus dem Russischen von KARL HARMS

WILHELM ERSIL

Kerneuropa: Drohungen und Tendenzen

In der Europäischen Union herrscht nach dem Scheitern des Verfassungsgipfels im Dezember 2003 eine beispiellose Krisenstimmung. Das hat tiefere Ursachen als nur die polnische und spanische Unnachgiebigkeit im Streit über künftige Mehrheitsabstimmungen. Der Krieg der USA gegen den Irak spaltete die EU und hatte tiefgehende Brüche zur Folge. Gemeinsam mit Großbritannien und anderen Alt-EU-Staaten standen die mittelosteuropäischen Beitrittsländer an der Seite Washingtons, wohingegen Frankreich und Deutschland Gegner dieses Krieges waren. Am Beginn der Erweiterung der EU auf 25 Staaten befindet sich die Union in einer komplizierten Situation. Polarisierungen erlangen eine bislang nicht gekannte Schärfe. Nationale Interessenvertretung wird härter. Die unausgesprochene Hierarchie in der Union stößt auf schärfere Kritik. Der Bruch des Stabilitätspaktes zeigt, daß die Hauptmächte die immer wieder beschworene »Rechtsgemeinschaft« in Frage stellen, wenn sie ihren Interessen widerspricht. Langwierige Konflikte über die künftige Finanzverteilung zeichnen sich ab. Die absehbaren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stimulieren die Auseinandersetzung über die Zukunft der Union. Das Bürgervertrauen in die EU sinkt rapide. Nach dem jüngsten Euro-Barometer (für Herbst 2003) haben nur noch 39 % der Deutschen von der EU ein positives Bild. Möglichkeiten, die Gestaltung der größeren Union zu beeinflussen, werden kaum gesehen. Die Zukunft der Europäischen Union ist offener denn je. Eine klare Antwort auf die Frage, wohin dieses Gebilde treibt, hat niemand, urteilte die »Süddeutsche Zeitung« am 14. 1. 2004.

Wilhelm Ersil – Jg. 1928,
Prof. Dr. habil., Potsdam;
Fachgebiet: Europäische
Integration, Außenpolitik
der Bundesrepublik
Deutschland

Kerneuropa als Drohkulisse

Nach dem Brüsseler Desaster wird insbesondere von Deutschland und Frankreich massiver Druck ausgeübt, um »Widerständler« zum Einlenken zu veranlassen. Verbesserte Handlungsfähigkeit der erweiterten Union soll unter maximaler Berücksichtigung ihrer hegemonalen Interessen durchgesetzt werden. Von deutscher Seite wird die Finanzkeule geschwungen und mit einem Europa »unterschiedlicher Geschwindigkeiten« gedroht. Sollte die gewünschte Einigung über den Verfassungsvertrag nicht in absehbarer Zeit erreicht werden, dann müsse, so Bundeskanzler Schröder, mit einem Kern weitergegangen werden.¹ Für Außenminister Fischer wird sich die EU unausweichlich in ein Europa »unterschiedlicher Geschwindigkeiten« auseinander entwickeln, wenn keine Einigung erreicht werde. »Diejenigen, die weitergehen wollen – in der Sicherheits- und Ver-

¹ Handelsblatt, 4. 1. 2004;
Frankfurter Rundschau,
16. 12. 2003.

teidigungspolitik, in der Zusammenarbeit bei der Innenpolitik, bei Justiz und Recht –, werden weitergehen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es umso entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, dass dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben.«²

2 Der Spiegel, Nr. 52, 20. 12. 2003, S. 26.

Kommissionspräsident Prodi bekundet Sympathie für derartige Vorstellungen. Eine solche Entwicklung könne jedoch erst akut werden, falls in diesem Jahr keine Einigung erreicht werde. Dann werde Europa »nicht stehen bleiben können«. Mit dem Hinweis, die EU könne sich »nicht immer nach dem Langsamsten richten«, wiederholte er seine Warnung, die Union werde ohne eine Verfassung in eine Gemeinschaft unterschiedlicher Entwicklungen verfallen.³ Der Luxemburger Ministerpräsident Juncker ist ebenfalls der Ansicht, bei einem Scheitern der Regierungskonferenz werde es zwangsläufig zu einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten oder auch zu einem Kerneuropa kommen. Eine solche Neugründung – beispielsweise aus Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien – wird von ihm nicht ausgeschlossen. »Vielleicht steckt der Karren irgendwann so fest, daß ein paar von uns allein weitermachen müssen. Wer aber schon heute mit einer solchen Drohung in die Verhandlungen geht, hilft nur denjenigen, die die EU sowieso zu gerne nur als großes Benefizkonzert sähen. Es gibt nun mal sechs Gründungsmitglieder, die einst das ganze Risiko eingegangen sind und die wissen, worum es bei der kontinentalen Sache geht. Alle anderen haben erst später mitgemacht, als sie sahen, wie gut das Ganze funktioniert – wobei ich das explizit nicht als Vorwurf an die Neumitglieder meine. Wer aber wie die Briten und Spanier schon länger dabei ist und bislang wenig für Europa getan hat, sollte diese Neuhinzugekommenen nicht dauernd mit seinem halbfertigen Wissen belasten.«⁴

3 Handelsblatt, 4. 1. 2004.

4 Die Zeit, 11. 12. 2003.

Derartige Drohungen widersprechen grob den mit der »Osterweiterung« verbundenen Erwartungen und Hoffnungen auf eine demokratisch und sozial verfaßte Union gleichberechtigter Mitgliedstaaten.

Die reale Renaissance der Kerneuropa-Idee

Erwägungen über »Kerneuropa« fungieren einerseits als Drohkulisse. Andererseits gibt es aber auch eine tatsächliche Renaissance derartiger Ideen, über die seit langem kontrovers diskutiert wird. Stichworte sind dabei: »variable Geometrie«, »Europa der konzentrischen Kreise«, »Europa à la carte«, »abgestufte Integration«. Forderungen nach einem Kerneuropa wurden in einem von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble im September 1994 vorgestellten Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich formuliert. Ex-Kommissionspräsident Jacques Delors sprach sich Anfang 2000 für eine »Avantgarde« in einer vertraglich – »Vertrag im Vertrag« – konstituierten »Föderation von Nationalstaaten« mit eigenen Institutionen und Regeln aus, die parallel zur EU-Erweiterung tätig werden und eine bessere Abstimmung der Währungspolitik, eine wirkungsvolle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Schaffung eines »Raumes der Sicherheit« ermöglichen sollte.⁵

5 Dokumente. Zeitschrift für die Zukunft des deutsch-französischen Dialogs, 56(2000)3, S. 232-234.

Außenminister Fischer engagierte sich für ein »Gravitationszentrum« in der Union. Staatspräsident Chirac regte im Bundestag an, die Dynamik der Integrationsprozesse durch »Pioniergruppen« zu fördern, notfalls auch außerhalb der Verträge.⁶ Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing nannten als Teilnehmer einer Avantgarde die Staaten der Euro-Zone.⁷

Mit derartigen Absichten waren stets weitreichende strategische und machtpolitische Überlegungen westeuropäischer Führungskreise verknüpft. Offener denn je wird nunmehr die Machtfrage in der Union gestellt. Eine Staatengruppe soll zur Basis europäischer Neuordnung werden, die die Richtung der Integration bestimmt und die Peripherie daran bindet. Bei den verschiedenen Varianten dominieren in der Regel außen- und sicherheitspolitische sowie militärische Bezüge.

Die Probleme und Spaltungen in der Union in Verknüpfung mit der nahenden Osterweiterung und dem Irak-Krieg veranlaßten intellektuelle zu Wortmeldungen zur Zukunft der Union. Jürgen Habermas beschrieb die durch die unterschiedliche Haltung zum Irak-Krieg entstandene Situation so: »Offensichtlich wurde eine Kluft zwischen dem ›alten Europa‹ auf der einen und den mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten auf der anderen Seite. Die mittelosteuropäischen Länder streben zwar in die EU, ohne jedoch schon bereit zu sein, ihre eben erst gewonnene Souveränität wieder einschränken zu lassen. Sie tendieren auch dazu, am bestehenden Modus des intergouvernementalen Regierens festzuhalten. Einstweilen sind wohl nur die kerneuropäischen Mitgliedstaaten bereit, der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen. Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ›verstärkten Zusammenarbeit‹ Gebrauch machen, um in einem ›Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‹ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.«⁸

Nach dem Scheitern des Verfassungsgipfels warb der französische Staatspräsident erneut für »Pioniergruppen«. Für Außenminister Fischer ist es eine Aufgabe von »historischer Dimension«, die Osterweiterung der EU durch eine stärkere Integration zu ergänzen. Ein Scheitern des Verfassungsprojekts werde »fast zwangsläufig die Entwicklung eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Kerne« nach sich ziehen. Seiner Ansicht nach werde es nicht »das Kerneuropa« geben. Vielmehr werde man es mit »unterschiedlichen Kernen, unterschiedlichen Geschwindigkeiten« zu tun haben. Aber es werde »eine Gruppe von Ländern geben, die überall dabei sind – sozusagen der Kern des Kerns.« Es werde »unterschiedliche Teilmengen geben«, aber auch eine, an der alle beteiligt sind.⁹ Auch EU-Kommissar Verheugen verbirgt seine Sympathie für Kerneuropa nicht, wie er im Januar im Europa-Ausschuß des Bundestages bekundete. Er bevorzuge aber den flexibleren Begriff »Gravitationszentren«. Der Terminus »Kerneuropa« sei zu starr und abgrenzend, das Wort »Pioniergruppen« wiederum zu militärisch geprägt.

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28. 6. 2000.

7 FAZ, 11. 4. 2000.

8 FAZ, 31. 5. 2003.

9 Der Spiegel, Nr. 52, 20. 12. 2003, S. 26

Diffuse Ansichten

Mit »Kerneuropa« werden zentrale politische, wirtschaftliche und militärische, institutionelle, konstitutionelle und rechtliche Fragen aufgeworfen. Wird von Kerneuropa gesprochen, so ist in der Regel eine Union mit einem machtpolitischen Zentrum von Mitgliedstaaten im Blick, die sich um das deutsch-französische Tandem scharen und die bereit sind, schneller voranzugehen. Derartige Vorstellungen und Projekte zielen *zum einen* auf engere Integration innerhalb der EU-Verträge bzw. innerhalb einer etwaigen Verfassung. Romano Prodi kann sich mehr Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie in der Innen- und Rechtspolitik sowie im justitiellen Bereich vorstellen.

Zum anderen wird aber auch die Konstituierung einer engeren Staatengruppe außerhalb des verfassungsmäßigen EU-Rahmens mit eigenen Institutionen und Entscheidungsmechanismen nicht ausgeschlossen. Für manche Politiker und Analytiker muß sich ein Abschied von der alten Einheits-EU zu einer neuen Ebene politischer Integration vollziehen, damit die mit der Osterweiterung heterogener werdende Gemeinschaft funktionieren könne.

Derartige Vorstellungen bergen – wie in der »Süddeutschen Zeitung« zu lesen war – große Gefahren in sich. »Zum einen könnten viele Pioniergruppen mit wechselnden Mitgliedern entstehen. Die EU würde zerfallen. Zum anderen werden die Pioniere versuchen, Kerneuropa unter sich auszumachen ...«. ¹⁰ Großeuropa und Kerneuropa liefen auf eine Doppelstruktur hinaus, auf eine EU innerhalb der EU.

Daß in manchen elitären Kreisen so gedacht wird, widerspiegelt sich in der Ansicht von Jacques Attali, vormaliger Präsident der Europäischen Entwicklungsbank, wonach es die dazu bereiten Länder wagen müßten, »außerhalb der bestehenden Strukturen der Union durch die Koordination ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Systeme, solange diese noch existieren, eine echte europäische Gemeinschaft zu gründen.« ¹¹ Ähnlich sieht auch Jacques Delors die Dinge, falls die Zustimmung der Bevölkerung zum Verfassungsprojekt nicht erreicht werde: »Im nicht unwahrscheinlichen Extremfall könnte sich der Klub integrationswilliger Staaten vor der Alternative sehen, die übrigen Mitglieder in den Austritt aus der Gemeinschaft zu treiben oder die Verfassungskrise mit der Bildung eines autonomen Staatenbunds außerhalb der EU zu beantworten.« ¹²

Gegen ein Mehrklasseneuropa

Allergisch reagieren sowohl einige Alt-EU-Staaten als auch Neumitglieder auf exklusive Kerneuropa-Ambitionen, wobei die Schlußfolgerungen jeweils unterschiedlich ausfallen. Deutsch-französische Ansprüche auf einen privilegierten Status in der Union werden mehr oder minder deutlich zurückgewiesen. Warnungen vor desintegrativen Gefahren, vor einem karolingischen Kerneuropa, kennzeichnen viele Reaktionen. Kerneuropa-Absichten würden Gefahren für die Einheit der Union heraufbeschwören und könnten zu ihrer Spaltung in ein »Mehrklasseneuropa« führen.

Der irische Ratspräsident, Bertie Ahern, lehnt die Idee eines »Europa der zwei Geschwindigkeiten« rundweg als »grundlegend

10 Süddeutsche Zeitung (SZ), 13. 10. 2003.

11 Die Tageszeitung (taz), 2. 1. 2004.

12 Financial Times Deutschland (FTD), 29. 1. 2004. – Nach einem Bericht des Handelsblatts vom 16. 12. 2003 kamen bereits in Brüssel einige Staaten überein, notfalls auch außerhalb der EU-Verträge voranzuschreiten. Außer Frankreich und den Benelux-Staaten wurden Tschechien, Ungarn, Slowenien und Griechenland genannt.

schlecht« ab. Er könne nicht erkennen, wo und wie eine solche EU funktionieren könne. Das würde eine Menge von Teilungen und Schwierigkeiten schaffen. In den jetzigen Verträgen seien erweiterte Kooperationsmechanismen fixiert, die es Mitgliedstaaten gestatten, weiter zu gehen, so wie es mit dem Euro geschehen sei. »Unter einem System mit einem Kerneuropa, das ein anderes Programm verfolge als der Rest der Staaten, würden auch der Zusammenhalt und die Solidarität in der Europäischen Union leiden.«¹³

Sorgen über Ausgrenzungen widerspiegeln sich insbesondere in Stellungnahmen aus den Beitrittsländern. Innerhalb der Union dürfe kein exklusiver, sie ausschließender Klub entstehen, wodurch sie in die Peripherie gedrängt würden. Die Propagierung einer Avantgarde wird als »Vertrauensbruch« verstanden. Nobelpreisträger Imre Kertész erklärte im Deutschen Bundestag, die Idee eines »Kerneuropa« sei von den mittelosteuropäischen Staaten als »hochmütige Theorie« wahrgenommen worden, sie von Entscheidungen fernzuhalten.¹⁴ Peter Báalás, designierter ungarischer EU-Kommissar, sieht neben der Frage der doppelten Mehrheit im Ministerrat in der Kerneuropa-Frage ein weiteres zentrales Hindernis für die Annahme einer Verfassung, obwohl dieses Thema beim Dezenbergipfel noch kein Verhandlungsthema war. »Die zweite Schwierigkeit sind die neuen Ideen der großen Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland, eine neue Art der verstärkten Zusammenarbeit zu schaffen. Die Frage ist, ob wir über die existierenden Strukturen reden, die schon engere Kooperationen zulassen, oder nicht. Bisher gibt es nur einen zeitlichen Unterschied zwischen denen, die früher, und denen, die später bei einer neuen Politik mitmachen wollen, aber keinen politischen. ... Auch Ungarn ist sich klar, daß man nicht alle Projekte mit 25 Mitgliedstaaten wird angehen können. Aber die Vorhaben sollten immer transparent sein, und es muß immer offen bleiben für Staaten, sich später anzuschließen. Wenn manche Staaten außerhalb der Europäischen Union eine neue Struktur aufbauen wollen, ist das weniger gut.«¹⁵

Führende Kreise in Warschau sehen in Kerneuropa eine Gefahr für Polen und Europa. Eine spezielle Zusammenarbeit von Mitgliedern innerhalb oder außerhalb der EU-Struktur würde den Zusammenhalt in der Union schwächen. Außenministerin Danuta warnt vor einem Kerneuropa als Folge eines endgültigen Scheiterns der Verfassung. »Wir dürfen auf keinen Fall den Binnenmarkt und die Wettbewerbspolitik untergraben.« Polen werde eine engere Zusammenarbeit integrationswilliger Staaten in politischen Bereichen wie etwa der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen.¹⁶ Für Ex-Botschafter Reiter wäre das »eine sehr unerfreuliche, um nicht zu sagen verhängnisvolle Entwicklung«, die er aber »nicht so kommen sehe.« Sie habe »eigentlich keinen großen politischen Sinn. Insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik, wo das von größerer Bedeutung wäre, vor allem solange Großbritannien dabei ist, wird es eben keine kleineuropäische Lösung geben.« Polen jedoch müsse dennoch erkennen, daß dies eine Frage sei, »auf die man in Polen Rücksicht nehmen sollte.«¹⁷ Für Adam Michnik sind die deutsch-polnischen Beziehungen erneut spannungsgeladen. Dazu trügen die unterschiedlichen Antworten zu den Fragen bei, welches Europa anvi-

13 Wiener Zeitung, 23. 12. 2003.

14 FAZ, 4. 10. 2003.

15 Der Standard, 4. 2. 2004.

16 FTD, 12. 1. 2004.

17 Die Zeit, 11. 12. 2003.

siert, wie die EU konstruiert, wie das Verhältnis zu den USA gestaltet werden soll. Polen fürchte nicht neue Unterdrückung. »Aber man fürchtet, als jüngerer, etwas mißratener Bruder behandelt zu werden, dem man diktieren kann, was er zu tun hat, oder den man diskriminiert und ohne den man wichtige Entscheidungen trifft. ... Machen wir uns nichts vor: Die EU wird sowieso vom deutsch-französischen Konzert dominiert werden. Die Frage ist nur: in welchem Maß? Wir glauben, es sei im Namen der Prinzipien der EU, der Solidarität und Kohärenz besser, ihren Einfluß etwas zurückzubinden. Warum sollte man Chiracs oder Schröders Sorge um ihre jeweiligen nationalen Interessen als europäisch deklarieren, aber die Sorge des polnischen Premiers Miller als ethnischen Egoismus abtun?«¹⁸

18 Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 6. 2. 2004.

Die Bereitschaft Polens, seine Interessen so stark zu verteidigen, findet den Beifall des tschechischen Staatspräsidenten Klaus. Für ihn brauche Europa keine »Beschleunigung der Integration«. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Spidla hingegen befürwortet eine Teilnahme Tschechiens an einem Kerneuropa, »dem Teil mit der höchsten Geschwindigkeit«.¹⁹

19 NZZ, 23. 12. 2003;
Die Presse, 23. 12. 2003.

Die lettische Präsidentin Vike-Freiberga äußerte gleichfalls Besorgnis, die erweiterte Union könne nach dem Riß über die künftige Verfassung zu einer zweigeteilten Gemeinschaft werden.²⁰

20 FAZ, 10. 1. 2004.

Der vormalige Ministerpräsident Sloweniens, Alojz Peterle, einziger Vertreter der Beitrittsländer im Präsidium des Konvents, konstatiert zwar, es sei nichts dagegen einzuwenden, daß einige Länder rascher vorangingen als andere, denn Fortschritte in Europa seien immer über Differenzierung erreicht worden. Eine solche müsse jedoch im Rahmen eines offenen Modells erfolgen, ohne Zuschauer und Statisten, ohne »zwei Familien«. Wenn von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten die Rede sei, werde das in den Beitrittsländern als »Bestrafung« verstanden. Zudem wecke der in Frankreich positiv besetzte Begriff »Avantgarde« in Beitrittsländern »aufgrund historischer Erfahrungen negative Assoziationen«.²¹ Expräsident Milan Kučan schlägt in die gleiche Kerbe, wenn er vermerkt: »Wenn die Großen nur ihre Macht untereinander aufteilen, werden die Kleinen bald weg sein.« Ständige Allianzen, wie die Bildung eines »Kerneuropa«, seien negativ. »Da würde sich eine Seite gegen die andere stellen, das ist weit entfernt vom Geist eines gemeinsamen Europa.«²² Und Außenminister Dimitrij Rupel fügt hinzu: »Ein Europa der zwei Entwicklungsgeschwindigkeiten ist kein optimales Ziel, es wäre nur die äußerste Lösung.«²³ Wenn es sie aber gebe, dann müsse man sich den schnelleren EU-Mitgliedern anschließen.

21 FAZ, 13. 1. 2004.

22 Der Standard,
23. 1. 2004.

23 Ebenda, 4. 2. 2004.

Zu den Warnern gehört auch Ungarns Premier Peter Medgyessi. Die EU dürfe »auf das Scheitern der Verfassungsverhandlungen« keinesfalls »mit einem Kern besonders integrationswilliger Staaten ... reagieren.« Nur ein »erweitertes, starkes und integriertes Europa« könne »die Herausforderungen meistern, die ihm gestellt werden – sei es die Macht der USA, das wachsende Gewicht Chinas oder die Renaissance Japans.« Die Bildung eines harten Kerns sei jedoch unabwendbar, wenn sich die erweiterte EU nicht auf eine Verfassung einige. Die verstärkte Zusammenarbeit von Staatengruppen innerhalb der EU werde erst dann zur richtigen Antwort, wenn es anders nicht funktioniert. »Wenn wir mit 25 Staaten nicht vorankommen,

wird ein harter Kern entstehen. Dann wird jeder entscheiden müssen, ob er draußen bleiben oder dazu gehören will.« Wenn es aber doch zu einer stärker integrierten Staatengruppe komme, dann – freilich – wolle Ungarn dazugehören.²⁴

24 FTD, 23. 12. 2003.

Es ist unübersehbar, daß in manchen Beitrittsländern sehr ernsthaft überlegt wird, wie im Falle einer eigentlich nicht gewünschten EU-Entwicklung Ausgrenzung verhindert und Teilnahme am »Kern« erreicht werden kann.

Ansätze eines Kerneuropa

Kerneuropa ist nicht nur eine Frage der Zukunft oder längerfristiger politischer und strategischer Überlegungen. Anzeichen, daß ein solcher Weg gegangen werden könnte, sind bereits jetzt klar erkennbar. Deutschland und Frankreich setzen auf die Dynamik ihrer bilateralen Beziehungen und engagieren sich für eine Gruppenbildung – auch, weil sie ein Gegengewicht zu den USA schaffen wollen. Das demonstrierte beispielhaft der Vierer-Gipfel Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs im April 2003, der sich für eine Vertiefung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit außerhalb des vertraglichen Rahmens der EU entschied, den Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten befürwortete und sich für eine eigene Planungs- und Führungskapazität unabhängig von der NATO aussprach.

Deutsch-französische Arroganz zeigte sich auch im Bruch des Stabilitätspaktes zur Währungsunion. Einige kleinere Mitglieder widersetzten sich vehement der Aussetzung von Kernbestimmungen dieses Vertrages. Eine andere Konstellation zeichnet sich in der Kontroverse um die künftige Finanzverteilung ab, die der immer wieder beschworenen Solidargemeinschaft weiteren Glanz nehmen werde. Als »Problem in Europa« bewertet Italiens Europa-Minister Rocco Buttiglione das enge deutsch-französische Verhältnis. Die Verständigung zwischen beiden Ländern sei zwar wichtig. Ihre »besonderen Beziehungen« seien jedoch aus dem Blickwinkel der Nachbarn zuweilen nur »schwer zu ertragen«. Insbesondere die neuen Länder müßten spüren, »daß es für sie auch Raum gibt.«²⁵ Für die spanische Außenministerin Ana Palacio ist es mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis an der Zeit, eine »gewisse Gründerzeitnostalgie« zu überwinden, die einfach nicht realistisch sei. »Wir sind alle Europäer, alle 25, alle haben ihren Anteil an der Union.«²⁶

25 SZ, 9. 1. 2004.

26 Die Welt, 7. 10. 2003.

Großbritannien nähert sich zögernd der deutsch-französischen Achse an – einerseits mit der Absicht, einen elitären Kern zu verhindern, andererseits mit dem Wunsch, in einer Art informellem Sicherheitsrat die Positionen zu Fragen der Sicherheit und Verteidigung abzustimmen und in einem engeren Kreis die Standpunkte zur EU-Entwicklung zu koordinieren. Spitzentreffen sollen regelmäßig stattfinden, auch mit der Absicht, gemeinsam mit Deutschland und Frankreich den Einfluß der kleineren EU-Staaten in der erweiterten Union zu begrenzen.

Daran zeigt sich: Keiner der »Großen« ist letztlich gewillt, die Gleichwertigkeit der in Untergruppen agierenden »Kleinen« anzuerkennen. Proteste gegen exklusive Dreiertreffen und ein etwaiges deutsch-französisch-britisches »Direktorium« bleiben daher nicht

aus. Andererseits gibt es immer wieder Symptome einer »Gegenachse« Großbritanniens, Italiens, Spaniens, Polens und anderer Länder gegen das deutsch-französische Sonderbündnis, wobei das transatlantische Verhältnis eine besondere Rolle spielt. Der deutsche und der französische Europaminister bedauern polnische Versuche, eine Gegenallianz zu Deutschland und Frankreich aufzubauen, nachdem Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz Spanien, Italien und Großbritannien als »Schlüsselpartner« seines Landes bezeichnet hatte. »Es ist nicht unsere Absicht, nationale Interessen in Europa neu zu gruppieren und dadurch eine Gegenbewegung zu provozieren«, beschwichtigte die französische Ministerin Lenoir.²⁷ Es ist dieser Hintergrund, vor dem sich sie neuerdings häufiger artikulierte Bereitschaft zur Revitalisierung des »Weimarer Dreiecks« erklärt – jener Anfang 1991 von Deutschland, Frankreich und Polen begründeten trilateralen Zusammenarbeit.

27 FTD, 23. 1. 2003.

In der Summe all dessen ist unübersehbar: In der EU agieren sehr unterschiedliche Interessenkoalitionen, die nicht einfach auf Formeln wie »Große gegen Kleine«, »Alt- gegen Neumitglieder«, »Mitglieder oder Nichtteilnehmer an der Währungsunion«, »Reiche gegen Ärmere«, »Teilnehmer an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) oder Mitglieder mit neutralem Status oder NATO-Mitglieder« zu reduzieren sind.²⁸ Und es ist völlig offen, in welchen Allianzen die Beitrittsländer ihre Interessen künftig in der EU vertreten werden. Die Kooperation zwischen den Visegrad-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn kann durchaus enger werden und Österreich einbeziehen. Traditionelle Verbindungen zwischen baltischen Ländern und nordischen EU-Staaten dürften manche neue Ausgestaltung erfahren.

28 Vgl. Wilhelm Ersil: Politische Beziehungen in der erweiterten Union, in: Marxistische Blätter, Heft 1/2004, S. 43-49.

Kerneuropa und Europäische Union

Welche Kerneuropa-Ideen auch immer verfolgt und umgesetzt werden: Immer ergeben sich komplizierte Wechselbeziehungen mit der Gesamtentwicklung der Union. Das betrifft selbstverständlich die Politik für einen »gemeinsamen Raum der Sicherheit und des Rechts« – die Zusammenarbeit in Bereichen der Innen- und Justizpolitik. Jede Gefährdung des Binnenmarktes und seiner weiteren neoliberalen Ausgestaltung, des Handels sowie weitestgehender Wettbewerbsfreiheit für die »Marktkräfte« soll ausgeschlossen sein. Und es betrifft natürlich auch die Währungsunion, der derzeit 12 EU-Staaten angehören und die in diesem Bereich faktisch als eine Art Kerneuropa fungiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht in unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten keine negativen Konsequenzen für die EZB und den Währungsverbund, solange die entsprechenden Bestimmungen des Maastricht-Vertrages sowie der Stabilitätspakt von 1997 nicht in Frage gestellt werden. Das sei der Fall, so Direktoriumsmitglied Tommaso Padoa-Schioppa, solange die Verpflichtung auf die Preisstabilität, die Unabhängigkeit der Geldpolitik und der Notenbank sowie deren konstitutionelle Verankerung nicht in Frage gestellt werden. Solange diese Prinzipien nicht angetastet werden, sei die Währungsunion solide genug, um mit neuen Schwierigkeiten umzugehen.²⁹

29 FAZ, 23. 12. 2003; FTD, 27. 1. 2004.

Solche Schwierigkeiten können aber entstehen, wenn es zu einer wirklichen wirtschafts- und finanzpolitischen Koordination in der Währungsunion kommen sollte, die von einer Kerngruppe initiiert wird. Finnland, die Niederlande und Österreich waren Wortführer der »kleinen Länder« gegen die Verletzung des Stabilitätspaktes durch Deutschland und Frankreich – gewiß auch mit der Absicht, dem deutsch-französischen Machtkern Grenzen aufzuzeigen. Die »Kleinen« sind nicht bereit, von den »Großen« nach Belieben dominiert zu werden. Die Mehrheitsentscheidung im Finanzministerrat belastet das Klima zwischen großen und kleinen EU-Ländern und trug zum Scheitern des Verfassungsgipfels bei, meinte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 15. Januar. Für eine restriktive Arbeitskräftepolitik gegenüber den Beitrittsländern nach der Erweiterung engagieren sich nunmehr neben Deutschland und Österreich auch die meisten anderen EU-Länder. In den Konflikten um die künftige Finanzverteilung bilden sich wiederum andere Konstellationen heraus. Acht Nettozahler – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Österreich, die Niederlande und Schweden – verlangten in einem Brief an die EU-Kommission im Dezember 2003, der künftige Gemeinschaftshaushalt – erstmals für 25 Staaten – dürfe trotz der Osterweiterung nicht über 1 % der gemeinsamen Wirtschaftsleistung ansteigen. Erwogen wird, zusätzliche Ausgaben durch Leistungsumschichtung aus dem Süden nach Mittelosteuropa zu finanzieren. Ungarns Ministerpräsident kommentierte die Achterinitiative mit den Worten: »Das war nicht sehr freundschaftlich. Es geht hier nicht um milde Gaben, sondern um Solidarität.« Es sei merkwürdig, wenn diese Länder, die sich stets für eine große EU-Erweiterung eingesetzt hätten, heute entdeckten, »daß dies Geld kosten wird.«³⁰ Von einer Solidargemeinschaft ist angesichts dringend notwendiger Hilfe für die wirtschaftsschwächeren Beitrittsländer und notwendiger Umverteilungen wenig zu spüren!

30 FTD, 23. 12. 2003.

Kerneuropa und Militärunion

Gravierend sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Ländern hinsichtlich einer eigenständigen Rolle und Funktion der EU als internationaler Akteur, insbesondere im transatlantischen Verhältnis.

Frankreich und Deutschland engagieren sich seit langem für eine autonome Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Dafür hatte bereits der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992 Weichen gestellt. Während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien wurde 1999 das Projekt einer »Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (ESVP) sowie einer »Europäischen Verteidigungsidentität« verabschiedet. Neue Gremien wurden eingerichtet – ein Politisches und sicherheitspolitisches Komitee, ein Militärausschuß, ein Militärstab –, und die EU-Staaten (mit Ausnahme Dänemarks, das bislang generell an der ESVP nicht teilnimmt) verständigten sich über die Aufstellung militärischer Einsatzkräfte auf Basis nationaler Mittel und mit einer Stärke von 60 000 Mann. Sie sollen in Kombination mit bereits bestehenden europäischen multinationalen Streitkräften – so dem Eurokorps – und in Abstimmung mit der NATO

von der EU geführte militärische Operationen ermöglichen. London stimmt dieser westeuropäischen Kooperation zu. Deutsch-französische Anstrengungen in Richtung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion führten allerdings im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg zu einem scharfen Konflikt mit Großbritannien und anderen eng mit der Politik der Bush-Administration verbundenen Regierungen.

Trotzdem gewannen in den Führungskreisen einiger EU-Mitglieder vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Irak-Krieges Vorstellungen Raum, die Union müsse über eine eigenständige, weltweit handlungsfähige und auf längere Sicht gegebenenfalls von der NATO und damit von den USA unabhängige Interventionsstreitmacht verfügen. Aus Sicht des britischen Generalsekretärs des Konvents, John Kerr, »muß die EU im militärischen Bereich wie bei der Währungsunion ganz konkrete Etappen und Maßstäbe festlegen.« Damit ist eine Verbesserung der Fähigkeiten der EU, militärisch zu agieren, gemeint, wenn die NATO sich als Ganzes nicht engagieren will. Daß dies alles ohne Großbritannien keinen Sinn macht, ist seit dem »Pralinengipfel« vom April 2003 ziemlich klar. Und so haben sich Berlin/Paris auf der einen und London auf der anderen Seite aufeinander zu bewegt. Im Grunde garantiert das Mitmachen der Briten, daß dabei kein neuer Versuch einer Gegenmachtbildung gegen Amerika herauskommt – und damit wird dieses Projekt nicht nur akzeptabel, sondern attraktiv für Polen und andere »Neu-Europäer«.³¹

31 Die Welt, 6. 10. 2003.

Damit erklärt sich die Zustimmung der USA-Beflissenen zu der vom Brüsseler Gipfel angenommenen gemeinsamen Sicherheitsstrategie »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, in der der Streitpunkt Aufbau der EU als Gegenmacht zu den USA umgangen wurde. Und es erklärt sich auch die Billigung eines in Brüssel angesiedelten EU-Gremiums, das eigenständige militärische Einsätze der EU planen und leiten soll, nachdem sich die USA lange selbst gegen jeden begrenzten Schritt zu einer EU-Militärstruktur gewehrt hatten. Die meisten Beitrittsländer akzeptieren eine gemeinsame EU-Sicherheitspolitik sowie eine engere militärische Zusammenarbeit, solange »kollektive Verteidigung« und Bündnisverpflichtungen in der NATO unangetastet bleiben.

Anhänger Kerneuropas bestehen jedoch auf der »Perspektive einer europäischen Verteidigung«. Die dazu bereiten Staaten müßten, so die französische Verteidigungsministerin, die Rolle eines Motors spielen.³² Im Blick ist dabei letztlich eine Militärunion mit einer integrierten Armee und einem gemeinsamen Kommando.

32 SZ, 6. 2. 2004.

Dies aber führt erneut zu widerstreitenden Ansichten. Schweden und Finnland – in den Worten ihrer Außenminister Laila Freivolda und Erkki Tuomioja – beispielsweise unterstützen zwar die GASP und die GSVP, sie wenden sich aber gegen die Entwicklung der EU in eine militärische Allianz mit verpflichtenden Verteidigungsgarantien und gegen die Möglichkeit militärischer Einsätze einer begrenzten Zahl von EU-Staaten in Krisengebieten, weil das zu einer Spaltung der EU in außenpolitischen Fragen führen könnte.³³ In einer von der irischen Regierung dem Europäischen Rat in Sevilla (21./22. 6. 2002) vorgelegten »Nationalen Erklärung Irlands« wird bekräftigt, daß die die GASP betreffenden Bestimmungen des

33 Junge Welt,
20. 11. 2003.

Nizza-Vertrages die traditionelle Politik der militärischen Neutralität Irlands nicht berührten. Nach diesem Dokument ist Irland nicht durch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung gebunden. »Irland tritt außerdem nicht für Pläne zum Aufbau einer europäischen Armee ein.«³⁴

Ausweg »Strukturierte Zusammenarbeit«?

Als Ausweg aus dieser Konfliktsituation wird versucht, die vertraglichen Möglichkeiten einer differenzierten EU-Entwicklung zu erweitern. Im Verfassungsentwurf des Konvents wird die in Amsterdam eingeführte und in Nizza erweiterte Methode der verstärkten Zusammenarbeit ausgestaltet.³⁵

Demnach soll »verstärkte Zusammenarbeit« erstmals auch im Bereich der ESVP möglich werden (Art. III-210-214). Auch im geplanten Europäischen Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten sollen spezifische Gruppen von Mitgliedstaaten tätig werden können. Jene Staaten aber, »die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen festere Verpflichtungen eingegangen sind,« sollen eine »strukturierte Zusammenarbeit« im Rahmen der Union begründen können (Art. III-213). Diese Bestimmungen können für den weiteren Weg der Union von entscheidender Bedeutung werden. Sonderkoalitionen unter dem Dach der EU zur Durchführung von Kampfeinsätzen werden auf diese Weise jederzeit möglich. »Ohne solche Konzepte ist die Parallelität von Erweiterung und Vertiefung der Union nicht mehr denkbar«, heißt es in einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung. »Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erschließen sich mit den Instrumenten der strukturierten und der engeren Zusammenarbeit neue Möglichkeiten flexibler Integration, die den Weg in Richtung einer Verteidigungsunion ebnen können.«³⁶

Dabei kann jedoch nicht übersehen werden, daß eine verstärkte Zusammenarbeit außerhalb des EU-Vertragsrahmens bereits praktiziert wird – so etwa beim Lufttransport von Einsatzkräften und in der Rüstung. Prozesse in Richtung einer Militärunion werden sehr widersprüchlich verlaufen. Sie können zur Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten führen. Auch im Falle eines Inkrafttretens der Verfassung werden sich Großbritannien, Polen und andere Mitgliedstaaten dafür engagieren, daß die Möglichkeiten einer eigenständigen »Verteidigung« und damit eines militärischen Kerneuopas durch strikte Einordnung in den Nordatlantikpakt begrenzt bleiben.

Für eine Union der Solidarität und Gleichberechtigung

Die Kontroverse um die künftige Gestalt der Europäischen Union wird andauern. Initiativen für »Kerneuropa« sind für linke und andere progressive Kräfte eine große Herausforderung – auch wenn sie nur schrittweise umgesetzt werden. Derartige Ambitionen beeinflussen bereits jetzt die Zukunftsdebatte. Sie schaffen dafür ein bestimmtes Klima. Latent ist die Möglichkeit, daß sich auf der Basis des deutsch-französischen Sonderbündnisses eine besondere Staatengruppe formiert, wozu die Instrumente »strukturierte« und

34 EU-Nachrichten. Dokumentation Nr. 2, 2002, S. 18.

35 Entwurf. Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg 2003; vgl. Für eine friedensfähige EU-Verfassung, in: UTOPIE kreativ, Heft 159 (Januar 2004), S. 54-58.

36 Janis A. Emmanoulidis: Differenzierung im Verfassungsentwurf – auf dem Weg zu einer neuen Integrationslogik, in: Claus Giering (Hrsg.): Der EU-Reformkonvent – Analyse und Dokumentation, Gütersloh/München 2003, S. 64-65.

»engere Zusammenarbeit« genutzt werden. Im Extremfall ist sogar eine konstitutionelle Neugründung nicht ausgeschlossen.

Als Konsequenz solcher Entwicklungen drohen die Spaltung der EU in ein Mehr-Klassen-Europa, ein minderere Status der neuen Mitglieder und neue Rüstungsanstrengungen auf Kosten sozialer Belange. Das widerspricht den Erfordernissen einer sozialen und zivilen Union, einer demokratischen Einigung.

»Der Gefahr eines Zwei-Klassen-Europas, die sich auch in der strukturierten Zusammenarbeit einiger Staaten in der Verteidigungspolitik abzeichnet, muß begegnet werden.« heißt es kurz im Europawahlprogramm der PDS.³⁷ Versuche, die EU-Erweiterung in Konzepte eines »harten Kerns« einzuordnen, verlangen Widerstand. Die Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten in der erweiterten Union muß gewährleistet werden. Die demokratischen Elemente in der EU müssen erweitert und dürfen durch exklusive Zusammenarbeit nicht ausgehöhlt oder gar eliminiert werden. Das betrifft Mitentscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments ebenso wie die der nationalen Parlamente. Eine solidarische Ausgleichspolitik muß zentrales Anliegen bleiben. Mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Union gegenüber der globalen Machtpolitik der USA sind nötig, ohne dabei einen Kurs der Militarisierung zu verfolgen, wofür immense finanzielle Mittel aufgebracht werden müßten, die dringend für soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Zwecke innerhalb und außerhalb der EU benötigt werden.

Zugleich muß aber auch berücksichtigt werden, daß Kerneuropa-Pläne und flexible Integration nicht deckungsgleich sind. Letztere ist nicht à priori negativ. Durch sie kann der Vielfalt der Gegebenheiten Rechnung getragen werden, ohne dem einheitlichen institutionellen Rahmen der Union Abbruch zu tun.

Entscheidendes Kriterium für die Position linker Kräfte kann dabei nur sein: Differenzierung und Flexibilität in der EU müssen zu gesellschaftlichem, sozialem, ökologischem und demokratischem Fortschritt beitragen und die Gleichheit aller Staaten und Bürger der Union fördern. All das erfordert aber auch in den Reihen der Linken eine grundsätzliche Debatte über die künftige Gestalt und Wirksamkeit der europäischen Integration.

Nachbemerkung

Am Vorabend der EU-Erweiterung hat sich Außenminister Fischer von Vorstellungen für eine »Föderation europäischer Kernstaaten«, wie er sie im Mai 2000 in seiner Humboldt-Rede propagiert hatte, wieder losgesagt.³⁸ Dadurch soll *erstens* eine Einigung über die Verfassung erleichtert werden, nachdem die Proteste gegen hegemoniale Ansprüche Deutschlands und Frankreichs, aber auch gegen Ansätze eines Dreier-Direktoriums mit dem europaskeptischen Großbritannien größere Ausmaße erlangt haben. Fischers Ausführungen dokumentieren aber *zweitens* auch langfristige machtpolitische Überlegungen. Mit »kleineuropäischen Vorstellungen« könne die EU die »strategische Dimension« notwendigen Handelns in »kontinentalen Größenordnungen« nicht gewährleisten.³⁹ Fischer nimmt aber nicht generell Abschied von Kerneuropa. Die Idee einer »Avantgarde« lebt weiter.⁴⁰

37 Disput, Nr. 2/2004, S. 14.

38 Berliner Zeitung, 28. 2. 2004.

39 Sicherheitspolitische Aufgaben sollen in unmittelbarer und weiterer Nachbarschaft – Naher Osten, Iran, Auseinandersetzung mit der arabischen Welt – bewältigt werden, wobei die Türkei als Brückenkopf gesehen wird. Globales Handeln erfordere ein neues Herangehen an die Gesamtheit der Union, die als globale Macht agieren müsse. Bei der Beurteilung der veränderten Position Fischers darf aber auch folgender Aspekt nicht übersehen werden: »... letztlich ist der Abschied von Kerneuropa eine Wiederannäherung an Amerika, ebenso wie der neuerdings bekundete Wille, mit den Vereinigten Staaten bei der Modernisierung der islamischen Welt zusammenzuarbeiten« (Die Zeit, 4. 3. 2004).

40 Siehe z. B. das Plädoyer von Edouard Balladour für »differenzierte Integration« (vgl. Berliner Zeitung, 11. 3. 2004) und die jüngsten Pro-Kerneuropa-Äußerungen von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (vgl. Tagesspiegel, 3. 3. 2004), darüber hinaus aber auch das »Ja« zu »Kerneuropa« von Jürgen Habermas (vgl. Die Presse, 8. 3. 2004).

ASSIA TEODOSSIEVA

Bulgarien zwischen Jahrtausendgeschichte und Globalisierung

Bulgarien fühlt sich heute von der Welt und insbesondere von Europa geradezu vergessen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat man Europa in Westeuropa und Osteuropa eingeteilt, in kapitalistische und sozialistische Länder, seit den 90er Jahren besteht Europa aus alten und neuen Demokratien, aus EU-Mitgliedern und Nicht-EU-Mitgliedern. Der Irak-Krieg führte zu einer neuen Teilung: US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld meinte aus den geteilten Meinungen über eine Unterstützung der Koalition für einen Krieg gegen den Irak den Schluss ziehen zu können, es gebe nun ein »Altes« und ein »Neues« Europa.

Wo aber befindet sich Bulgarien? Irgendwo zwischen diesen Begriffen, zwischen Neuzeit und Vergangenheit, versucht das Land seine neue Identität zu finden – sich anzupassen, den gestellten Anforderungen Rechnung zu tragen, die Hoffnungen zu erfüllen.

Das historische Gedächtnis der Bulgaren bewahrt noch die Erinnerung an die Pracht der geheimnisvollen Kulturen, an einen Staat an drei Meeren, wo Renaissance Spuren zu finden sind, die weiter zurück reichen als die italienischen, an goldene Zeiten, in denen das Land als kulturelles und religiöses Zentrum der slawischen Völker galt und europäische Geschichte gestaltete. Aber wem ist das heute noch wichtig? Sind nicht auch manche großen Zivilisationen der Vergangenheit schon einmal an ihr Ende gekommen und in Vergessenheit geraten?

Und nun dieses Heute: Bulgarien an der Peripherie eines vereinigten Europas. Seine günstigste Perspektive für die Zukunft: eine Außengrenze der EU zu sein. Indes: Außengrenze von Europa war Bulgarien – geopolitisch gesehen – immer. Mehr noch: Es hat ständig an geographischen Kreuzwegen gelegen. Die Geschichte solcher Völker ist bekannt: ewiges Streiten, ewiger Krieg mit Nachbarvölkern oder mit Durchziehenden.

Unbekanntes Bulgarien

Vor mehr als 2000 Jahren lebten die ersten Urbulgaren in Mittelasien irgendwo in den Gebieten des heutigen Pamir und Hindukusch. In der Zeit der Großen Völkerwanderung zogen sie Richtung Europa und gründeten zwischen Kaukasus und Krim das sogenannte Alt-Großbulgarien. Über diese alten Bulgaren weiß man wenig. Sie waren ein Viehzuchtvolk, das auf Pferderücken lebte, Pferdemilch trank und einen Pferdeschwanz als Flagge führte. Zugleich besaßen sie einen Kalender, der die Forscher der astronomischen Kenntnisse

Assia Teodossieva – Jg. 1972; Juristin; 1996 Absolventin der Universität »Sw. Kliment Ohridki«, Sofia (Bulgarien), in den Fächern Jura und Wirtschaftswissenschaft, 2001 des L.L.M.-Aufbaustudienganges an der TU Dresden im Fach Europarecht mit Schwerpunkt EU-Erweiterung; Magister Legum in Europäischem Integrationsrecht; seit April 2002 Promovendin an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin auf dem Gebiet Europarecht und EU-Osterweiterung zum Thema »Niederlassungsfreiheit auf der Grundlage der Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedern und den Staaten Mittel- und Osteuropas und ihre Umsetzung im deutschen Ausländerrecht«; Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

wegen, die in ihm gebündelt sind, auch heute noch in Erstaunen versetzt. Was ist sonst noch von ihnen geblieben? Ein paar Wörter und ein uralter Brauch, der auch heute noch zu den Lieblingsbräuchen der Bulgaren gehört: Am Frühlingsanfang bastelten sie aus weißen und roten Bändern die Martenitzi. Die waren mehr als nur Schmuck: Wer sie trug, würde das ganze Jahr über weiß und rot – also: gesund – bleiben. Abnehmen konnte man sie, wenn man den ersten Frühlingsvogel – den Storch – entdeckte.

Und eine Sage ist von den Urbulgaren überliefert: König Kubrat ließ vor dem Tod seine Söhne zu sich kommen, gab jedem einen Halm Stroh und befahl ihnen, diesen in zwei Teile zu brechen. Leicht fiel es ihnen, diese Aufgabe zu erfüllen. Dann gab er ihnen eine ganze Garbe in die Hand – aber auch dem Kräftigsten gelang es nicht, diese Garbe zu zerbrechen. »Haltet ihr zusammen, seid ihr unbesiegbar,« sagte der König, »geht ihr aber getrennte Wege, seid ihr schwach wie ein Halm.« Die Söhne haben den Rat ihres Vaters missachtet: Nach seinem Tode teilten sie untereinander das Volk und machten sich auf den Weg nach fruchtbaren Ländern in Europa. Ein Teil des Volkes siedelte sich in Italien an – und hat dort Spuren hinterlassen, die bis ins Heute reichen. Ein anderer Teil lebt heute in Russland, in der Gegend von Kasan. Und ein dritter Teil gründete im Jahre 681 zusammen mit den auf der Balkanhalbinsel lebenden südslawischen Stämmen in ewigem Streit mit dem Ostteil des Byzantinischen Imperiums an der Donau und am Schwarzen Meer einen neuen Staat: das heutige Bulgarien.

Seitdem sind mehr als 1300 Jahre vergangen, und ihre Uneinigkeit hat den Bulgaren in dieser Zeit noch oft Unglück gebracht. 200 Jahre litten sie unter byzantinischer und 500 Jahre unter türkischer Herrschaft. Während der letzteren haben Akte des Genozid und Bestrebungen, die muslimische Religion mit Gewalt durchzusetzen, fast zur Auslöschung der alten bulgarischen Kultur- und Schriftdenkmale, der Literatur, der Kirchen, Burgen und archäologischen Schätze geführt.

Mit Zähigkeit hat das Volk überlebt – und am Ende gelernt, mit seiner heldenhaften und bitteren Geschichte friedlich umzugehen. Obgleich die Erschütterungen nicht abrisen: Im 19. Jahrhundert wurde in der Folge des russisch-türkischen Krieges ein kleiner Teil der ursprünglichen bulgarischen Territorien befreit, der Rest blieb unter türkischer Herrschaft. Im 19. und 20. Jahrhundert lag das Schicksal des Landes in den Händen der Großmächte und ihrer Machtkämpfe, sie zerkleinerten Bulgarien weiter, weil geopolitisch kein starkes Land auf dem Balkan existieren sollte. Seit den Balkan- und Weltkrieg im 20. Jahrhundert leben Bulgaren sowohl im heutigen Bulgarien als auch in den Nachbarländern.

In der Hoffnung, verlorene Territorien zurück zu gewinnen, ging Bulgarien sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg ein Bündnis mit Deutschland ein. Der damalige deutschstämmige König Boris III. musste unter dem Druck Hitlers die bis dahin gewahrte Neutralität des Landes aufgeben. Trotzdem wagten er und die Regierung nicht, bulgarische Soldaten an die Ostfront zu senden, da die Russen als Befreier Bulgariens von der türkischen Herrschaft (1878) sehr beliebt waren und von der Bevölkerung als slawisches Bruder-

volk betrachtet wurde. So war es eine sehr realistische Erwartung, dass die bulgarischen Soldaten sich eher der Roten Armee anschließen würden, als gegen die Russen zu kämpfen.

Während des Zweiten Weltkrieges verweigerte Bulgarien auch die Deportation von 40 000 im Lande lebenden Juden nach Polen. Das rettete ihr Leben. Bulgarische Historiker glauben heute, dass diese Eigenwilligkeit Bulgariens gegenüber dem Hitler-Regime den plötzlichen und geheimnisvollen Tod von Boris III. erklären könnte. Sie halten es für nicht ausgeschlossen, dass der König bei einem Besuch bei Hitler, in dessen unmittelbarer Folge er verstarb, vergiftet wurde.

Es ist wenig bekannt, dass die bulgarischen Fürsten, nachdem das Land seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich erlangte, deutsch-stämmig waren. Die Wurzeln der ursprünglichen bulgarischen Königsfamilien waren in den vorangegangenen 500 Jahren für immer verloren gegangen. Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine Delegation nach Europa entsandt, um unter den dortigen Adligen einen Thronfolger zu finden. So wurde Alexander von Battenberg zu einem neuen Fürsten gewählt. Sein Nachfolger war Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha. Im Vergleich mit diesen beiden, die vom Thron gestürzt wurden, war der Sohn von Ferdinand – Boris III. – in der Bevölkerung sehr beliebt. Sein Enkel Simeon Sachsen-Coburg-Gotha wurde 1944 als kleines Kind zusammen mit seiner Familie von der sowjetischen Besatzungsmacht und der neuen Landesführung ins Exil getrieben. Nach der Wende ist er den langen Weg zum Premierminister Bulgariens gegangen, und seit einigen Jahren steht seine Partei »Nationale Bewegung Simeon II.« an der Spitze des politischen Lebens in Bulgarien.

Heute ist der bulgarische Staat stolz auf seine Jahrtausendgeschichte und Kultur. Nach dem Zweiten Weltkrieg verzichtete das Land offiziell für immer auf alle Territorialansprüche, die in der Vergangenheit zu zwei Nationalkatastrophen geführt haben.

In Vergessenheit geraten ist nach der Wende leider der Name von Georgi Dimitroff – jenem Bulgaren, den die Nationalsozialisten 1933 im berühmten Leipziger Reichstagsbrandprozess als Brandstifter verurteilen wollten. Der kommunistische Parteifunktionär, der damals in Deutschland lebte, hat sich nicht nur ohne einen Anwalt erfolgreich selbst verteidigt und alle Beschuldigungen, die Kommunisten seien die Brandstifter gewesen, zurück gewiesen, sondern den Prozess auch als Tribüne benutzt, um die Ideen der internationalen Arbeiterbewegung weltweit zu propagieren. Der Leipziger Prozess wurde in Deutschland und im Ausland mit großem Interesse verfolgt. Dimitroff wurde unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit freigesprochen und als Held im Kampf gegen das Nazi-Regime gefeiert.

Am 9. September 1944 stürzte dank des Einmarsches der sowjetischen Armee das bulgarische faschistische Regime, und das Land geriet damit in die sowjetische Einflusszone. Dies bestimmte die Entwicklung Bulgariens in den folgenden fünfzig Jahren. »Hätte nun«, spekuliert man heute hier und da in Bulgarien, »die amerikanische Armee damals auch uns befreit, genau wie Griechenland, könnten wir längst in einer normalen Welt wie die Griechen leben, schließlich war Bulgarien damals – im Jahre 1944 – im Vergleich mit

Griechenland wirtschaftlich besser entwickelt.« Wiewohl – was nützt da Spekulieren?

Was Bulgarien einzubringen hat

Im ersten Jahrhundert besiedelten die Thraker das heutige Bulgarien. Nach der Legende der antiken Welt wurden dort zwei berühmte Personen geboren: der mythische Sänger Orpheus und der Gladiator Spartakus, der den größten Aufstand der Sklaven gegen Rom führte. Von den 300 Kultur- und Naturdenkmalen auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes befinden sich allein neun in Bulgarien.

»Das älteste Gold der Welt und die älteste Zivilisation in Europa« behaupten die Fachleute in einer großen Grabstätte in der Nähe der Stadt Varna gefunden zu haben. Das Alter des sensationellen Funds – der sogenannten Varnaer Nekropole – liegt bei rund 7000 Jahren. Weltberühmt mit ihren Wandmalereien von 1259 ist die Kirche von Bojana. Sie waren ein Aufstand gegen den mittelalterlichen Kanon, sind Zeichen eines frühen Renaissance-Realismus – ein ganzes Jahrhundert vor Giotto's berühmten Fresken in Assisi.

Zu römischen Zeiten galten die Territorien des heutigen Bulgarien als Heilanstalt von Rom. Es gab dafür viele Gründe. In Bulgarien gibt es über tausend Mineralquellen, in denen man seit ältesten Zeiten viele Krankheiten heilt. Mehr noch: In der südwestlichen Stadt Sandanski findet man – bedingt durch das spezifische Klima – ein auf dem Kontinent einzigartiges Naturphänomen. Dort entstehen Wolken von negativen Ionen, die eine heilende Wirkung auf die erkrankten Atemwege haben. Bulgarien ist heute einer der größten Exporteure von ökologisch angebauten Heilkräutern in Europa.

Einzigartig in der Welt ist der bulgarische Joghurt – die Kost der Hundertjährigen. Das Bakterium überlebt erstaunlicherweise nur in diesen geographischen und Klimabedingungen und ist nicht zum Export geeignet.

Bulgarien hat es geschafft, sich in außergewöhnlichen Nischen einen Platz zu sichern. Das Land exportiert Rosenöl in die ganze Welt. Nur wenige wissen, dass das bulgarische Rosenöl eine wesentliche Substanz für die Weltkosmetik ist – 80 % der Weltproduktion stammen von bulgarischen ölhaltigen Rosen.

Und: Bulgarien ist auch weltweit berühmt für seine Weine. Es ist das einzige Land, wo noch der Wein der alten Thraker – der rote Mavrud – hergestellt wird.

Und noch einmal sei ein historischer Rückblick gestattet: Als Bulgarien entstand (681 n. Ch.), existierten in Europa nur noch zwei Staaten: das Westliche Römische Imperium und das Östliche Römische Imperium (Byzanz). Nur ein Jahrhundert später war Bulgarien schon die dritte Macht in Europa. Die einzigen Rivalen waren Byzanz und das Königreich von Karl dem Großen.

Im Jahre 864 führte Fürst Boris die christliche Religion ein. Seitdem ist das Land ein Teil der orthodoxen christlichen Zivilisation.

Das vierte Weltalphabet ist das Slawische. Damals galten als heilig nur diese drei Sprachen: hebräisch, altgriechisch und lateinisch. Dementsprechend wurden Gottesdienste in einer Sprache geführt, die für die einfachen Leute unverständlich war. Der Philosoph Konstantin Kyrill erkämpfte in einem Disput mit dem römischen Papst

Gemeint sind z. B. die Grabmäler von Kabanak und Sweschteri – einmalige Denkmäler der thrakischen Kunst; die Madara-Reiter – ein monumentales Felsenrelief, einzigartig in ganz Europa; die Bojana-Kirche – der Beginn der Porträtmalerei in der europäischen Kunst; das imposante Rila-Kloster; die altertümliche, im Ganzen ein Museum darstellende Stadt Nessebar; das Felsenkloster bei Iwanowo – ein Museum der bulgarischen mittelalterlichen Malerei; der Nationalpark Pirin; das Naturreiservat »Srebarna«.

das Recht für das bulgarische Volk, in seiner eigenen Sprache mit Gott zu reden. So brach er, unterstützt von seinem Bruder Method, im 9. Jahrhundert das Drei-Sprachen-Dogma und machte damit den Weg frei für das Schrifttum der slawischen Völker. Es folgten Jahre eines nie gekannten Kultur- und Literaturaufschwungs. Die Herrschaft des Boris-Sohns Zar Simeon ging als das »Goldene Zeitalter« der bulgarischen geistigen Kultur ein. Mehr noch, die Schrift, das Wissen, die literarischen Werke und deren Übersetzungen wurden unter den anderen slawischen Völkern weiter verbreitet.

Und heute? Wer weiß denn schon, dass der Computer-Erfinder John Atanasow der Sohn eines bulgarischen Emigranten in Amerika war und der berühmte Christo (Jawaschew), der 1995 den Reichstag verpackte, auch Bulgare ist?

Bulgarien hat der Welt einige der größten Stimmen der Opernkunst gegeben – Boris Christow, Nikolai Gjaurov, Raina Kabaiwanska, Gena Dimitrowa. Aber was die Fachleute noch mehr in Erstaunen versetzt, ist das »Mysterium« der bulgarischen Stimmen. Die bulgarischen Volkslieder sind einzigartig wegen der besonderen Singtechnik. So ist es kein Zufall, dass das bulgarische Volkslied »Isljazal e Deljo Haidutin«, gesungen von Valja Balkanska, neben der Neunten Sinfonie Beethovens mit den Orbitalstationen »Voyager-1« und »Voyager-2«, die nach Kontakt mit außerirdischen Zivilisationen suchen, als Botschaft der Menschheit ins All geschickt wurde.

Bulgarien ist ein kleines Land: 111 000 Quadratkilometer auf der Balkanhalbinsel in Süd-Ost-Europa, 8 Millionen Einwohner. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte das Land einen ausgeprägten Agrarcharakter. Die zweite Hälfte – die sogenannten sozialistischen Zeiten – war durch das Bestreben nach Modernisierung geprägt. Es gab eine Industrialisierung, wie sie das Land zuvor nie erlebt hatte. Die Leicht- und die Schwerindustrie wurden entwickelt, moderne Technologien eingeführt, ein IT-Bereich wurde aufgebaut. Nach der Wende wurde diese Basis leider nicht bewahrt und weiterentwickelt, sondern alles wurde erst einmal zerstört. Das Land verlor große Märkte in der Ex-Sowjetunion und in den Ländern der ehemaligen sowjetischen Einflusszone, in Westeuropa, in vielen arabischen Ländern und auch anderswo in der Welt. Der Wiederaufbau des Landes in der neuen demokratischen Zeit begann auf den Trümmern des Alten und belastet mit dem Erbe enormer Auslandsschulden. Es folgten Jahre der Staatsumstrukturierung und des Abbaus des Staatsmonopols. Private Unternehmer versuchten, die Marktwirtschaft wieder zu beleben, und die Regierungen begannen, das Land in die europäischen Strukturen einzugliedern.

Die Jahre der Transformation und Reformen waren aber auch durch Bankkrisen, Konkurse und schwerwiegende Fehler bei der Privatisierung der ehemals sozialistischen Betriebe gekennzeichnet. Ein gravierendes Beispiel war der Versuch der Privatisierung der nationalen Fluggesellschaft »Balkan«, die an ein ausländisches Unternehmen verkauft wurde, das sie – anstatt sie vertragsgemäß weiter zu betreiben – still legte, die Fluglinien und Immobilien verkaufte und die Arbeitsplätze abschaffte.

Am 1. Juli 1997 wurde ein Währungsrat eingeführt, dessen Aufgabe darin besteht, die Währung stabil zu halten und die Finanzdis-

Bulgarien ist auch ein Land der Informationstechnologien. Schon vor der Wende (1989) zeichnete sich das Land durch eine gute Informatikausbildung aus. Heutzutage verfügt es über qualifizierte Fachleute, führende Hardware-Hersteller und vielfältige IT-Anwendungen (vgl. »Ein Land geht online«, in: Ost-West Kontakt 12/2000, S. 64).

»Es gibt ein fast unbegrenztes Reservoir an gut ausgebildeten Arbeitskräften, die mittlerweile viel billiger sind als in Polen, Ungarn oder Tschechien«, meint Werner Fick von der BNP Dresdner Bank.

»Gebrauch davon macht bereits die westeuropäische Textilindustrie, Marken wie C&A oder Boss lassen in dem Balkanland schneiden. Deutschland ist in dieser und anderen Branchen seit Jahren Investor Nummer eins. ... Ein deutliches Zeichen für die steigende Attraktivität des Marktes ist der Zustrom der ausländischen Handelsketten, was bei einem Land von nur acht Millionen Einwohnern eher überrascht. Metro Cash&Carry, die Rewe-Tochter Billa haben schon Großflächenmärkte eröffnet« (Stabilität auch ohne Pakt?, in: Ost-West Kontakt 12/2000, S.59-60).

Nach dem Prinzip »Investitionen gegen Leistungen« sind zahlreiche Hotels in Seebädern renoviert worden. Die großen europäischen Reiseveranstalter Neckermann, TUI u. a. verstärken ihre Aktivitäten in Bulgarien. (Mariana Assenova, stellvertretende Wirtschaftsministerin, in dem Beitrag »Goldgrube Tourismus« in: Ost-West Kontakt 12/2000, S. 61).

ziplin zu stärken. Die Ergebnisse spürt man deutlich, in den letzten Jahren verzeichnet das Land – im Unterschied zu den entsprechenden Wirtschaftsdaten in einigen westeuropäischen Ländern – ein Wirtschaftswachstum um durchschnittlich 3 Prozent. Trotz dieser positiven Entwicklung der Wirtschaft mangelt es dem Land immer noch an zwei wichtigen Wirtschaftsfaktoren: an direkten ausländischen Investitionen und einer positiven Außenhandelsbilanz. Die Grundlagen dafür sind gegeben: Das Ausbildungsniveau ist überall hoch, die Löhne sind niedrig und damit konkurrenzfähig.

Viele Bulgaren sehen sich als Opfer der instabilen Verhältnisse in der Region – der jugoslawischen Konflikte und besonders des Kosovo-Krieges. Das Land erlitt große wirtschaftliche Verluste. Der ursprüngliche Transportkorridor Richtung Westen durch Jugoslawien z. B. war jahrelang gesperrt. Der Bau der zweiten Donaubrücke sollte eine Entlastung bringen, aber bis jetzt scheiterten die Versuche an dem passiven Widerstand Rumäniens, da das Projekt von keinerlei Interesse für den Nachbarstaat ist.

Ein anderes Problem, mit dem das Land fertig werden muss, ist das Kozludui-Dilemma. Aus Sicherheitsgründen fordert die Europäische Kommission eine Schließung von vier der sechs Atomreaktoren des in den sozialistischen Zeiten nach dem sowjetischen Modell gebauten Atomkraftwerks. Diese Forderung trifft in der Öffentlichkeit im Land auf Widerstand, da das Atomkraftwerk eines der strategisch bedeutsamsten Projekte im Land ist. Es liefert fast die Hälfte der Elektrizität Bulgariens, sichert seine Energienunabhängigkeit und ist zugleich eine wichtige Einnahmequelle. Im Laufe der zwölfjährigen Diskussionen pro und contra wurden die fraglichen vier Reaktoren mittlerweile rekonstruiert und gemäß den geltenden Sicherheitsstandards renoviert. Während die Kommission mit einer Blockierung der EU-Verhandlungen droht, versuchen die Regierenden, einen Kompromiss zu finden.

Bulgarien ist ein beliebtes Reiseziel. Das Land hat wunderschöne Sommer- und Winterurlaubsorte, bietet Ökotourismus und Reisetouren in alte historische Städte zur Besichtigung der Natur- und Kulturdenkmale. Die Zahl der ausländischen Touristen aus Westeuropa, aber auch aus den ehemaligen sozialistischen Ländern erhöht sich ständig, was sich auch mit verhältnismäßig niedrigen Preisen erklären lässt.

Die Bulgaren leben heute friedlich mit Türken, Roma, Armeniern und Juden, die sich im Laufe der Geschichte auf bulgarischem Territorium angesiedelt haben, zusammen. Die türkische ethnische Partei »Bewegung für Rechte und Freiheiten« spielt seit einem Jahrzehnt in der politischen Geschichte Bulgariens eine bedeutende Rolle und ist zur Zeit Koalitionspartner der regierenden »Nationalen Bewegung Simeon II.«

1989 – vor der Wende – hatte es im Zusammenhang mit der Minderheitenpolitik in Bulgarien schwere Unruhen gegeben. Grund dafür war die minderheitenfeindliche Politik der damaligen kommunistischen Partei und Regierung unter Todor Shiwkow, die zur Auswanderung Hunderttausender bulgarischer Türken in die Türkei führte. Die damalige sozialistische Propaganda erklärte die Unruhen mit angeblichen Territorialansprüchen der türkischen Minderheit.

Jahre später entstanden ähnliche Probleme in anderen Balkanländern – in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien. Und immer wieder wurden die alten Argumente bemüht. Man beschwor wieder eine angebliche »Invasion des Islams in Europa«. Manche glauben gar, an der Schwelle des neuen Jahrtausends einen künftigen »Krieg der Kulturen« heraufziehen sehen zu müssen.

Die Wurzel des Konflikts zwischen den christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen in der Region reichen weit in die Geschichte zurück. Während der Invasion des Osmanischen Imperiums in Europa wurden große Teile der Bevölkerung auf dem Balkan bei Strafe ihres Lebens unter Druck gesetzt, eine Abkehr vom Christentum zu vollziehen und den muslimischen Glauben anzunehmen. Der muslimische Glaube konnte den Konvertierten nicht nur das Leben retten, sondern auch einige Rechte sichern. Alle Nicht-Konvertierten wurden als Sklaven behandelt. Im Volksgedächtnis haben sich bis heute schreckliche Bilder aus jener Zeit eingepägt. Und es verfestigte sich eine Haltung, die im Glauben einen Teil Volksidentität sieht. Das Aufgeben des Glaubens hingegen wurde als Verrat gesehen. So standen auf dem Balkan bald nicht mehr nur zwei Religionen gegeneinander, sondern Volksgruppen. Und nie wurde die Vergangenheit vergessen – weil sie nicht vergessen werden konnte? Oder nicht vergessen werden wollte?

Wie die Politik die Religionsunterschiede für eigene Interessen nutzt, kann man nicht nur in der Geschichte nachvollziehen, sondern auch heute erleben. Das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen ist eine Frage der Toleranz, der Akzeptanz des Anderen und Andersartigen. Man muss den Respekt voreinander erlernen und pflegen, Kompromissbereitschaft zeigen – das sind Grundsätze, von denen das heutige Bulgarien glaubt, dass es mit ihnen seinen Beitrag zum Frieden auf dem Balkan leisten kann. Auch, um zu helfen, die Kriegswunden in Ex-Jugoslawien zu heilen.

Was Bulgarien von Europa erwartet

Diplomatische Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Bulgarien bestehen seit 1988. Ein Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde im Mai 1990 geschlossen. Das Assoziierungsabkommen – das sogenannte Europa-Abkommen – mit Bulgarien wurde am 8. März 1993 unterzeichnet und trat am 1. Februar 1995 in Kraft. Ein Interimsabkommen, das die wirtschaftlichen Aspekte des Europa-Abkommens abdeckt, trat am 31. Dezember 1993 in Kraft und ersetzt das Abkommen aus dem Jahre 1990.

Die EU-Mitgliedschaft wird seitens Bulgariens als ein wichtiger Faktor für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes betrachtet. Bulgarien stellte seinen Antrag auf Beitritt zur EU am 14. Dezember 1995. Doch mit einem schnellen Beitritt konnte das Land nicht rechnen. Das wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Lage aus. Von den Handelsbeziehungen mit der Gemeinschaft profitiert meistens vor allem die Gemeinschaft – wie übrigens bei allen anderen Beitrittskandidaten auch. Schon seit Jahren ist die EU Netto-Importeur Nr. 1 für Bulgarien, während das bulgarische Handelssaldo negativ bleibt – wegen des fehlenden Zugangs zum

Gemeinsamen Markt. Die bulgarischen Exporte sind strikt quotenreguliert. Kein Wunder, dass der EU-Beitritt regierungsseitig als ein unbedingt zu erreichendes Ziel gesehen wird.

Gemäß der Athener Erklärung vom Frühjahr 2003 erweitert sich die Union im Mai 2004 um 10 neue Mitglieder. Bulgarien hat es nicht geschafft, alle Kriterien zu erfüllen, um schon in diesem Jahr zu den Beitretenden gehören zu können. Die Hoffnungen des Landes sind nun auf das Jahr 2007 gerichtet – ein Datum, mit dem sich die Union politisch engagiert hat, denn sie will dann Bulgarien und Rumänien gleichzeitig aufnehmen, wenn beide Länder bis dahin die Beitrittskriterien erfüllen. Mittlerweile stellten auch weitere Länder aus Südosteuropa Beitrittsanträge. Kroatien z. B. hat sich das Ziel gestellt, zusammen mit Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 in die EU einzutreten.

Trotz der ständigen Versicherung seitens verschiedener EU-Politiker, dass das Kopenhagener Kriterium bei der Beurteilung jedes Beitrittskandidaten beibehalten wird, befürchtet Bulgarien, dass möglicherweise nach dem Prinzip des Gruppenbeitritts – was eine Senkung der Beitrittskosten mit sich bringt – der Erfolg des Landes von den Leistungen des Nachbarn Rumänien abhängig gemacht werden kann.

Was sind die Erwartungen der Bulgaren an eine EU-Mitgliedschaft? 78,7 % der bulgarischen Bevölkerung sind – nach einer Befragung des Nationalzentrums für Meinungsforschung in Bulgarien – für einen EU-Beitritt. Im Vergleich mit anderen Beitrittskandidaten gibt es in Bulgarien keinen Euroskeptizismus. Nur 30 % der Bevölkerung haben Angst, dass infolge des EU-Beitritts Teile der nationalen Identität verloren gehen könnten. 80 % sind Optimisten. Nach einem Beitritt erwarten sie einen Marktwirtschaftsaufschwung, wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einheimischen und ausländischen Unternehmen, ausländische Investitionen und Know-how, eine Erweiterung des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs, finanzielle Unterstützung seitens der Union, Verstärkung der Rechte der Minderheiten und eine Eröffnung der europäischen Märkte für bulgarische Unternehmen. Was die persönlichen Erwartungen der Bulgaren betrifft, so glauben 60 %, dass ein Beitritt mehr Arbeit bringt, auch bessere Löhne und freizügigen Reiseverkehr nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Die Bulgaren glauben außerdem, dass ein EU-Beitritt dem Land mehr Respekt und Selbstwertgefühl bringen und bessere Zukunftsplanungen ermöglichen wird. 69 % der Bulgaren wollen nicht im Ausland arbeiten und leben, und 78 % sind stolz, Bulgaren zu sein. 60 % geben zu, dass sie sich nicht genug informiert fühlen darüber, was die Ziele und die Aufgaben der Gemeinschaft betrifft. 62 % wollen mehr darüber wissen, was für Rechte und Verpflichtungen mit einer EU-Mitgliedschaft verbunden sind und mit welchen ganz konkreten Vor- und Nachteilen sie zu rechnen haben.

In dieser Statistik gibt es aber auch einige traurige Zahlen: Obwohl sie eher positive Erwartungen haben, fühlen sich 70 % der Bulgaren noch nicht als »Europäer«. Wo liegen die Ursachen für diesen Mangel an europäischem Selbstbewusstsein?

Vor allem fühlen sich die Bulgaren von Europa vernachlässigt. Obwohl der Staat als Insel der Stabilität auf dem Balkan gilt, wird

Jedes Land wird nach seiner eigenen Leistung bei der Beitrittsvorbereitung bewertet.

Im Konkurrenzkampf um die besten Noten auf dem Balkan glauben die Bulgaren Rumänien bereits um einige Längen voraus zu sein.

Мила Иванова: »Празникът на Европа и българските подарци«, in: »Втората България«, Ausgabe: май 2003, S. 11.

sein Bestreben, der EU beizutreten, stets von seiner geopolitischen Lage abhängig gemacht. In diesem Sinne fühlen sich die Bulgaren als Opfer der »balkanischen Vorurteile«. Das Land ist klein und wirtschaftlich nicht stark genug, um genügend Anziehungskraft für die EU zu haben – wie etwa Polen mit seinem Territorium, seinen Absatzmärkten und dem Kaufkraftpotenzial einer großen Bevölkerung. Aber gerade, um solche Nachteile auszugleichen, ringen die kleinen Länder so intensiv darum, im Staatenbund EU Mitglied zu werden und politische Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität, Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewinnen.

Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsversuchs im Dezember 2003 in Rom wegen Mangels an Kompromissbereitschaft ist für die Kleinen die Bedrohung wieder gewachsen, in die Peripherie Europas abzuleiten.

Nach der Wende gewannen die Staaten Mittel- und Osteuropas ihre Souveränität zurück. Nun haben sie Angst, als nicht gleichberechtigte Partner auf der politischen Szene angesehen zu werden. Die Irak-Krise hat deutlich gezeigt, dass das »alte« Europa von den »Neuen« vor dem EU-Beitritt eine besondere Form der »Loyalität« erwartet. Wenn sie eine abweichende Meinung haben, sollten sie diese – wenn sie in die EU wollen – lieber nicht äußern. Vor solchem Hintergrund ist es logisch, dass die »Neuen« eine EU-Mitgliedschaft zweiter Klasse fürchten.

Das Zentrum Europas, meinte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, verschiebe sich ostwärts. Gutes könnte das aber nur bedeuten, wenn das Zeichen dafür aus Europa selbst käme. Nach dem Dezember-Scheitern des EU-Verfassungsvorhabens deutet indes alles darauf hin, dass den »Neuen« aus Mangel an Alternativen immer noch das Modell eines »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« droht. Ist das Schicksal der kleinen Länder – ein Satellit zu sein – für Bulgarien noch zu vermeiden?

Sprachliche Bearbeitung: WOLFRAM ADOLPHI

WOLFGANG METHLING

Umweltpolitik – Impulse für technologische Innovation und Regionalentwicklung

Wie soll ausgerechnet die Umweltpolitik Impulse für technologische Innovationen liefern, von der Regionalentwicklung ganz zu schweigen? Weit verbreitet ist die Auffassung: Für Technologieentwicklung ist das Wirtschaftsministerium zuständig, allenfalls noch das Bildungsministerium, und für die Regionalentwicklung haben wir die Abteilung »Raumplanung und Landesentwicklung« im Arbeits- und Bauministerium. Umweltpolitik steht in dem dauernden Verdacht, Innovationen zu bremsen. Erst kürzlich unterstellte mir eine große deutsche Boulevardzeitung, ich wollte das ganze Land zu einem Naturschutzreservat machen. Wobei selbst dies nicht gleichbedeutend mit einem innovativen Stillstand wäre.

Eine erste Innovation sollte darin bestehen, dieses Ressortdenken aufzugeben. Bemühungen um einen effizienten Umweltschutz können sehr gut zu technologischen Innovationen führen und mit ihren landesspezifischen Auswirkungen auch die Regionalentwicklung mitbestimmen. Ich meine damit selbstverständlich nicht nur die technischen Errungenschaften des nachsorgenden Umweltschutzes, wie z. B. Rauchgasfilter oder Kläranlagen. Moderner Umweltschutz, also in die Prozesse integrierter Umweltschutz, ist vielfach als solcher gar nicht mehr wahrnehmbar und beinhaltet dennoch ein großes Potenzial für nachhaltige Entwicklung. Das bedeutet vor allem: Naturvernichtung und Arbeitsplatzvernichtung haben häufig dieselben Ursachen. Wirtschaftsformen, die die Natur als frei verfügbares Gut betrachten, welches sich beliebig ausbeuten, manipulieren und substituieren lässt, sind nicht länger zeitgemäß. Nachhaltige Entwicklung beinhaltet auch die Bereiche

- Wirtschaftlichkeit,
- Produkte und Produktmuster,
- Konsummuster,
- Verfahren zur Rohstoffgewinnung bzw. deren Recycling und der Produktverteilung

Ein Bereich ist besonders hervorzuheben: Das sind die Anforderungen an Produkte und Produkteigenschaften. Ein weitestgehend schonender Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Flächen sowie die größtmögliche Nutzung erneuerbarer Ressourcen sind die Kriterien, welche Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zukünftig aufweisen müssen. Sie bilden gleichzeitig die Grundlagen für einen vorsorgenden, integrierten Umweltschutz.

Dies erfordert z. B. einen Effizienzsprung beim Materialverbrauch, der u. a. erreichbar ist durch:

Wolfgang Methling –
Jg. 1947, Prof. Dr.,
Veterinärmediziner;
Stellvertretender Minister-
präsident und Minister
für Umwelt des Landes
Mecklenburg-Vorpommern.

Der Beitrag basiert auf
einem Vortrag im Workshop
der Rosa-Luxemburg-Stif-
tung »Forschung und
Technologie für nachhaltige
Entwicklung: Innovation,
Regionalentwicklung,
Politik – Perspektiven
gestalten«, 28. und
29. November 2003
in Rostock-Warnemünde.

- die Steigerung der Lebensdauer der Produkte,
- die Steigerung der Reparaturfreundlichkeit der Produkte,
- die intensivere Nutzung und Wiederverwertung (Recycling),
- die Miniaturisierung der Produkte,
- ein ökologisches Produktdesign,
- eine zunehmende Nutzung erneuerbarer Rohstoffe.

Zum Erreichen dieser ehrgeizigen Anforderungen werden eine ganze Reihe von Innovationen notwendig sein. Mittlerweile gibt es viele Beispiele für einen gelungenen Rekurs auf erneuerbare Rohstoffe, zu verweisen ist auf die Verwendung von Seegras. Moderner Umweltschutz ist daher durchaus auch ein Motor für Innovationen.

Aber nicht nur das: einige der genannten Kriterien, wie beispielsweise die Reparaturfähigkeit der Produkte, berühren unmittelbar die Interessen der für Mecklenburg-Vorpommern typischen kleinen Handwerksbetriebe. Vor wenigen Tagen schrieb die Pasewalker Zeitung: »Die Auswüchse der Wegwerfgesellschaft verleiten die Menschen dazu, lieber bei Billiganbietern zu kaufen und kaum etwas reparieren zu lassen.« Diese Aussage kommt meiner Sicht der Dinge sehr nahe. Moderner Umweltschutz ist also auch im Interesse des Handwerks und damit sind nicht allein die Solarteure und andere Berufsfelder gemeint, die sich unmittelbar mit regenerativen Energien befassen.

Welche Faktoren sind für die Fragen der möglichen technologischen Innovation und der Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bestimmend?

- Flächenland mit hoher naturräumlicher Ausstattung,
- Tourismus als Wachstumsfaktor,
- geringe Industrialisierung,
- Landwirtschaft mit steigender Tendenz im ökologischen Landbau.

Davon abgeleitet bestimmt jedes Ressort zunächst einmal seine spezifischen Entwicklungsziele, die dann in einen Zusammenhang gebracht werden müssen. Um Konflikte dabei möglichst klein zu halten oder gar zu vermeiden, müssen die verbindenden Elemente zwischen Naturschutz, Tourismus, Landwirtschaft und technologischer Entwicklung für die regionale Wertschöpfung gefunden und genutzt werden.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien kann ein solches verbindendes Element sein. Die Notwendigkeit zur Umstrukturierung der Energiewirtschaft ergibt sich nicht nur aus den vor uns liegenden Problemen eines drohenden Klimawandels, sondern auch aus den zunehmenden Abhängigkeiten von Energieimporten und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen und politischen Risiken. Im übrigen sind die fossilen Energieressourcen, auch Uranvorkommen begrenzt. Bei der Diskussion um Produktionsstandorte, um Steuereinnahmen und um Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern werden die sich dafür bietenden Möglichkeiten durch Energieproduktion noch immer unterbewertet. Dabei sind wir, trotz aller zu verzeichnenden Erfolge bei der Nutzung der Potenziale erneuerbarer Energiequellen, noch immer am Anfang. Gerade im zukunftsreichen Bereich der regenerativen Energien besitzt Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Potenziale:

Als küstennaher Standort verfügen wir über ausgezeichnete Voraussetzungen hinsichtlich der Nutzung von Windenergien. In diesem

»Am 31. 8. 2001 wurde durch den Umweltminister, den Wirtschaftsminister, die Präsidenten der drei Industrie- und Handelskammern, der beiden Handwerkskammern sowie der Vereinigung der Unternehmensverbände M-V die »Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern« unterzeichnet. Diese Vereinbarung dient dem Ziel einer freiwilligen, langfristig angelegten Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung.« www.um.mv-regierung.de/bericht/pages/01.htm.
»Mit der Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern gehen die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und die unterzeichnende mecklenburg-vorpommersche Wirtschaft eine freiwillige und langfristig angelegte Vereinbarung ein, deren Ziel die ständige Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ist.« Beitrag der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Nachhaltigen Entwicklung. Industrie- und Handelskammern Mecklenburg-Vorpommern (2001), S. 8.

»Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern wird bei der Erarbeitung bzw. Fortschreibung bundesrechtlicher und landesrechtlicher Umweltvorschriften die Ziele der Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern im Sinne einer umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung der mecklenburg-vorpommerschen Wirtschaft vertreten.«
Ebenda, S. 10.

Bereich gibt es auch bereits eine erfreuliche Entwicklung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der weitere Ausbau dieser Nutzungsform muß aber auch mit Augenmaß betrieben werden.

Mit 1600 bis 1800 Sonnenstunden pro Jahr gehört Mecklenburg-Vorpommern zu den sonnenreichsten Standorten Deutschlands, was nicht nur für den Tourismus sondern auch für die verschiedenen Möglichkeiten der Solarenergienutzung von Bedeutung ist.

Veränderte Rahmenbedingungen im Agrarbereich erfordern eine Neuorientierung bei der Flächennutzung. Die energetische, aber auch stoffliche Nutzung der Biomasse kann zu einem besonderen Schwerpunkt für Mecklenburg-Vorpommern werden. Neben den dafür notwendigen technischen Innovationen ergeben sich auch erhebliche Beschäftigungspotenziale für Land- und Forstwirtschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Produkte kann sich allerdings nicht allein aus ökologischen Vorteilen tragen, es gilt eine Vielzahl von Problemen im logistischen und technologischen Bereich zu lösen. Aber auch darin besteht eine Chance für Innovationen, Technologien und regionale Strukturen.

Ökologisches Bauen ist nicht nur eine Zukunftsoption und ein Erfordernis im Sinne des Klimaschutzes, sondern ein verbindendes Element zwischen den verschiedenen Interessen. Die Einmaligkeit touristischer Regionen kann dadurch aufgewertet werden und der Anspruch auf eine nachhaltige Entwicklung unmittelbar dokumentiert werden. Mit den Möglichkeiten der Energieeinsparung, des Einsatzes ökologischer Baustoffe und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen können die Betriebskosten gesenkt und ein neuer Imagefaktor entwickelt werden. Das heißt, eine nachhaltige touristische und wirtschaftliche Entwicklung wird ermöglicht.

In den letzten Jahren ist es gelungen, in diesem Land Pilotvorhaben auf den Weg zu bringen und beispielgebend in vielen Lebensbereichen Maßnahmen zu initiieren, die den oben genannten Möglichkeiten bereits Rechnung tragen. Beispielhaft seien genannt:

Erstens: Im Heizkraftwerk Friedland wird erstmals in Deutschland das Organic-Rankine-Cycle-Verfahren (Möglichkeit der Nutzung der Niedertemperaturwärme für die Stromerzeugung – ORC-Verfahren) bei der Biomasseverwertung angewendet; Planung und Begleitung liegen bei der Gesellschaft für Motoren und Kraftanlagen mbH (GMK) aus Bargeshagen.

Zweitens: Das erste ORC-Verfahren in Deutschland im Bereich Geothermie kommt in Neustadt-Glewe zur Anwendung; Planung und Begleitung liegen bei Geothermie Neubrandenburg GmbH (GTN).

Drittens: In Rostock wurde ein großer Wohnblock mit Solaranlagen ausgerüstet, die Wohnungen mit Wärme versorgen, die überschüssige Wärme wird im Grundwasser gespeichert. Nach dem gleichen Prinzip soll in Neubrandenburg demnächst überschüssige Sommerwärme des GuD-Kraftwerks der Stadtwerke im Untergrund für eine Nutzung im Winter gespeichert werden, Planungen für dieses System erfolgten ebenfalls von GTN.

Viertens: Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen Vorreiter bei der Anwendung multifunktionaler Photovoltaikanlagen, z. B. bei fassadenintegrierter Anlagen-Verschattung, Wetterschutz und photo-

voltaische Energiewandlung, die größte Anlage im Land ging am 8. Dezember 2003 am Klinikum Süd in Rostock ans Netz.

Fünftens: Den Umweltpreis des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Gedenken an Ernst Boll 2001/2002 erhielt das Amt Klützer Winkel für das Projekt »Entsorgung durch Verwertung von Seegrass und Algen«. In der Begründung der Jury hieß es: »...das damit ein hervorragendes Beispiel für die Verknüpfung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsbeständigen Entwicklung liefert. Projekt-Gegenstand ist ein typisches Umweltproblem von Küstengebieten: Durch Verwertung des angespülten organischen Treibgutes wird nicht nur die Umwelt entlastet, sondern zugleich die regionale Wertschöpfung erhöht. Bemerkenswert ist der Einsatz der Projektinitiatoren, der weit über das übliche Maß hinausgeht. Im Amtsbereich auf einer Anregung einer Diplomarbeit entstanden, wird das Projekt mittlerweile von einem Verbund mit neun Partnern aus drei europäischen Ländern getragen und finanziell mit Mitteln der Europäischen Union im Rahmen der Initiative »Life Umwelt« gefördert. Das innovative Pilotvorhaben hat Modellcharakter für europäische Küstenregionen.«

Sechstens: Das Pilotvorhaben zur Wasserstofferzeugung und Nutzung auf der Kläranlage Barth hat inzwischen auch international Beachtung gefunden und dies, obwohl der vorgesehene Wasserstoffbus erst 2004 geliefert werden kann.

Siebtens: Ein Solarzentrum, welches als Informations-, Demonstrations- und Weiterbildungszentrum dient, ist am Standort Wietow entstanden. Es ist eingebunden in das Projekt »100 Prozent regenerativ versorgte Region Lübow-Krassow« im Rahmen des EU-Forschungsprojektes »100 PERCENT RENET« und gleichzeitig ein hervorragendes Beispiel für ökologisches Bauen.

Achtens: Beispiel »ProWinSun« in Wismar: eine kleine Firma, die durch die gleichzeitige Nutzung von Wind und Sonne vom Stromnetz völlig autarke Beleuchtung für Buswartehäuschen, Straßenlaternen, Informationstafeln, Werbeträgern bieten kann.

Neuntens: Die Firma »Saria« (Rethmann) entwickelte in Malchin ein Verfahren zur Erzeugung von Biodiesel aus tierischen Fetten.

Zehntens: An der Universität Rostock wurde in Zusammenarbeit mit der OVVD Rosenow ein Verfahren zur Verwertung von Deponegas mit niedrigem Methangehalt entwickelt.

Neben der beispielhaften Anwendung entsprechender Verfahren im Lande selbst sind auch Anstrengungen zur Weiterentwicklung entsprechender Technologien und Praktiken zu nennen. Vor allem im Bereich der Verstärkung der Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energiequellen besteht noch erheblicher Forschungs- und Entwicklungsbedarf, z. B. bei der Speicherung und Umwandlung der regenerativen Energien (Wärme, Elektroenergie, Wasserstoff).

Herausforderungen und Anregungen ergeben sich hier nicht nur für die Absolventen unserer Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen hinsichtlich interessanter und zukunftssträchtiger Arbeitsplätze. Es ist ein Gebot der Stunde, dass trotz aller konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame Strategie zwischen den Bereichen Wirtschaft, For-

schung und Entwicklung sowie Politik entwickelt wird, aus der die Gesellschaft auch ihre Möglichkeiten zur sozialen Stabilität schöpfen kann. Indikator für den Erfolg einer nachhaltigen Entwicklung ist die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten der heutigen sowie auch zukünftiger Generationen.

Die verschiedenen Förderinstrumente, so auch die Klimaschutz-Förderrichtlinie des Umweltministeriums, bieten finanzielle Anreize zur Unterstützung von Maßnahmen, die der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der Energieeinsparung dienen. Für eine breit angelegte Strategie muß es aber gelingen, die verschiedensten Synergien insbesondere im Bau- und Technologiebereich effektiv zu nutzen, da die spezifischen Förderinstrumente allein nicht ausreichen werden, um die notwendigen Schritte im Sinne der Reduzierung von Treibhausgasemissionen einzuleiten.

Die naturräumliche Ausstattung und die Siedlungsstrukturen, die Verbindung zwischen Naturschutz und Tourismus und der damit verbundene Anspruch an einen sorgsamen Umgang mit den Ressourcen erfordern geradezu eine komplexe Strategie für ökologisches Bauen und erneuerbare Energien. Dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien ist eine Chance für regionale Wertschöpfung, für Innovation, neue Produkte und Verfahren.

All das wird sich allerdings nicht kurzfristig einstellen und bedarf einer Untersetzung in allen gesellschaftlichen Ebenen. Ich erinnere an das eingangs dargestellte Ressortdenken. Akteure verschiedener Herkunft und Fachrichtungen müssen Möglichkeiten zur Kooperation bekommen. Hierzu sind Plattformen und Netzwerke notwendig, die geschaffen werden müssen, um Akteuren verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ein Zusammentreffen und ein gemeinsames Wirken zu ermöglichen. Dazu einige Beispiele:

Mit den etwa 200 Lokalen Agenden wurden auf kommunaler Ebene Foren für eine übergreifende Zusammenarbeit geschaffen. Dafür haben wir Fördermöglichkeiten geschaffen und in einigen Bereichen beachtliche Erfolge erzielt. Der nächste Schritt muß die Abstimmung mehrerer Kommunen zu regionalen Agenden sein. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Stadt-Umland-Beziehungen.

Mit der Koalitionsvereinbarung wurde im Herbst 2002 der Auftrag an die Verwaltung ausgegeben, eine Landesagenda für Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Unter der Federführung des Umweltministeriums hat eine interministerielle Arbeitsgruppe unlängst mit den Arbeiten hierzu begonnen.

Neben den Kommunen ist die Wirtschaft mit ihren Kammern und Verbänden ein sehr wichtiger Akteur hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung. Es erscheint wenig zukunftsfähig, wenn der Dialog zwischen der Wirtschaft und der Umweltverwaltung allein aus gesetzlichen Vorschriften besteht. Partner hingegen versuchen, einen Konsens herzustellen, bevor sie sich Vorschriften machen.

Genau dies ist mit der im August 2001 geschlossenen »Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern« beabsichtigt, die auch der Wirtschaftsminister und die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern unterzeichnet haben. Besondere Anstrengungen der Unternehmen auf dem Gebiet des

»Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine anschauliche Umweltberatung auch zu betrieblichen Umweltmanagementsystemen mit Hilfe von Modellprojekten und entsprechenden Handreichungen ein.«
Ebenda, S. 11.

Umweltschutzes werden durch die Behörden im Gegenzug durch weniger Bürokratie und Kontrollen belohnt, wo immer dies möglich ist. Das hilft der Umwelt, hilft den Unternehmen und führt gleichzeitig zu einer Entlastung unserer Behörden. Derzeit sind u. a. folgende ausgewählte Schwerpunktthemen Inhalt der Sitzungen der Umweltallianz:

1. Verfahrenserleichterungen und Gebührenermäßigungen für Unternehmen: Das Umweltministerium prüft den Ermessensspielraum des Landes zur rechtlichen Umsetzung von Erleichterungen, so dass im Ergebnis ein überarbeiteter Erleichterungserlass vorliegen und in Kraft gesetzt werden soll.

2. Bürokratieabbau: Hier soll in einem ersten Schritt der bürokratische Aufwand in ausgewählten Unternehmen untersucht werden, der durch Berichtspflichten u. a. entsteht. Dabei wird eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft (Uni Rostock) entwickelt.

3. Verbesserung der Kommunikation zwischen Behörden und Wirtschaft: Zu bestimmten Schwerpunktthemen werden Konferenzen durchgeführt, zu denen Vertreter von (Vollzugs-)Behörden und der Wirtschaft geladen werden. Den Auftakt machte Ende August eine Veranstaltung zur EU-Wasserrahmenrichtlinie, im Oktober erfolgte eine zweite Veranstaltung zur Störfallverordnung. Beide Veranstaltungen waren mit insgesamt etwa 170 Teilnehmern sehr gut besucht.

Ähnlich den lokalen Agenden ist auch die Umweltallianz kein statisches Gebilde, sie lebt durch die Personen, die sich für sie engagieren. Sie bietet den Unternehmern die Möglichkeit, sich in diesen Prozess einzubringen und ihren Status als Unternehmer auch dazu zu nutzen, die Gesellschaft mitzugestalten, etwas zu unternehmen. Ich sehe hier durchaus auch ein bürgerschaftliches Engagement, denn die Unternehmer sind freiwillig aktiv.

Eine gerade für unser Land wichtige Fachallianz habe ich im September des vergangenen Jahres unterzeichnet: die Allianz »Umwelt und Landwirtschaft«. Zusammen mit dem Landwirtschaftsminister und dem Landesbauernverband u. a. sollen im Rahmen dieser Allianz ganz konkrete und wichtige Fragestellungen bei der Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik bearbeitet und Lösungen möglichst im Konsens entwickelt werden. Ziel ist die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft, also einer umweltverträglichen und gleichzeitig betriebswirtschaftlich und sozial stabilen Landwirtschaft mit möglichst günstigen volkswirtschaftlichen Effekten für das Land. Die Ergebnisse der Allianz sollen auch die weitere finanzielle Förderung der Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik unter Beachtung der Umweltbelange sicherstellen. Hierbei steht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der langfristige Erhalt einer gewinnbringenden Landwirtschaft im Vordergrund und nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung.

Ein weiterer wichtiger Partner auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist die Wissenschaft. Nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess. Immer neue Erkenntnisse aus den Wissenschaften führen zur notwendigen Überprüfung der Zielstellungen und Wege. Sind unsere Visionen kompatibel mit der Tragfähigkeit unserer natürlichen Systeme? Und wenn ja: Wie können wir diese Visionen am schnellsten und erfolgreichsten realisieren?

»Die mecklenburg-vorpommersche Wirtschaft sieht in der Weiterentwicklung des betrieblichen Umweltschutzes einen wesentlichen Baustein der Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern. Sie wird sich daher für die Verbesserung der Kenntnisse der Umweltvorschriften in Unternehmen einsetzen.«
Ebenda.

Die aufgeworfenen Fragen können nicht allein in Amtsstuben entschieden werden, sie müssen vorher und hinterher wissenschaftlich geklärt und erläutert werden. Kurz: es muss eine Plattform geben, auf der sich Vertreter von Wissenschaft und Verwaltung austauschen können. Deshalb habe ich Ende 1999 den Wissenschaftlichen Beirat des Umweltministeriums (WBU) ins Leben gerufen. Über 60 Wissenschaftler aus nahezu allen wissenschaftlichen Institutionen des Landes haben hier drei Jahre engagiert mitgearbeitet und das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung vor dem Hintergrund der von ihnen vertretenen Disziplinen interpretiert.

Als ein wesentliches Ergebnis der Arbeiten des Beirates nenne ich hier die »Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für ökologische Grundlagen einer Nachhaltigen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern«. Hier finden sich selbstverständlich auch Hinweise für Maßnahmen, die den ländlichen Raum betreffen. Ich nannte bereits die Stadt-Land-Partnerschaften.

Andere Empfehlungen thematisieren beispielsweise die Rolle der Baukultur als Identitätsstifter. Die baulich-architektonische Kulturlandschaft ist sicher ein tragendes Element der Identität ländlicher Regionen, besonders in Mecklenburg-Vorpommern.

Wie ein roter Faden zieht sich der Bereich Umweltbildung/Bildung für Nachhaltigkeit durch nahezu alle Empfehlungen. Gerade die jungen Menschen sind einerseits hoch sensibel, wenn ihnen Nachhaltigkeit als Aufruf zum Verzicht vorgestellt wird, andererseits kann man sie leicht für Engagement begeistern, wenn sie von einer Sache überzeugt sind. Schutz von Umwelt und Natur rangieren in der Werteskala von Jugendlichen sehr weit oben. Das Freiwillige Ökologische Jahr ist ein Instrument, welches zum Mitmachen einlädt und über praktische Arbeit Einsichten vermittelt. Wir möchten möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich im Bereich der Ökologie und des Umweltschutzes umzuschauen und zu bewähren. Glaubt man den Rückmeldungen, die uns erreichen, so macht es den meisten auch noch sehr viel Spaß. Das Umweltministerium hat die Zahl der Stellen für das Freiwillige Ökologische Jahr von 80 (1998) auf heute 132 erhöht. Dabei sind mittlerweile Jugendliche aus Polen und den baltischen Staaten. Seit seiner Einführung im Jahr 1993 haben mehr als 1000 Jugendliche das Freiwillige Ökologische Jahr absolviert.

Ebenso wichtig wie das Freiwillige Ökologische Jahr ist die tagtägliche Umweltbildung in Schulen, Hochschulen und außerschulischen Einrichtungen, in Verbänden, Vereinen und Kirchen. Auch in diesem Bereich engagiert sich das Umweltministerium außerordentlich, z. B. durch die Förderung von Projekten, von Wettbewerben oder der Erarbeitung von Informationsmaterialien.

Natürlich kostet vieles von dem, was ich nannte, auch Geld, aber ich betone ausdrücklich: es kostet weniger Geld als nichts zu tun. Denn nichtnachhaltiges Wirtschaften ist auf Dauer erheblich teurer und die Hauptlast dieser Kosten haben die nachfolgenden Generationen zu tragen.

Allerdings ist auch nicht alles, was für den Zusammenhalt einer Gesellschaft wertvoll ist, wirklich teuer. Nach einer Aufstellung der Münchener Rückversicherungsgesellschaft wurden im Jahre 2002

weltweit fast 700 versicherungsrelevante Naturkatastrophen gezählt. Dabei kamen über 10.000 Menschen ums Leben. Die volkswirtschaftlichen Schäden betragen rund 55 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: die Kosten für die Umsetzung aller in der Agenda 21 genannten Ziele wurden auf etwa 600 Milliarden Dollar, verteilt auf sieben Jahre, geschätzt.

Dennoch leiden viele Agenda-21-Projekte an den knappen Kassen. Es kann aber nicht allein die Aufgabe der öffentlichen Hand sein, Projekte zur Nachhaltigen Entwicklung finanziell zu unterstützen. Ebenso ist privates Kapital gefragt. Aus diesem Grunde ist es erfreulich, dass es gelungen ist, mit der Stiftung Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (ANE) eine Institution zu gründen, die Projektgelder zur Unterstützung der Nachhaltigkeit bereit hält. Der Kapitalstock wird kontinuierlich weiter erhöht, so dass – beeinflusst durch die Entwicklungen an den Kapitalmärkten – hoffentlich steigende Zinserträge zur Verfügung stehen.

Nachhaltige Entwicklung kennt keine Insellösungen. Diese Aussage hat jedoch selbstverständlich auch auf internationaler Ebene Bedeutung. Mit der »Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff-Region zweier Nationen« haben wir begonnen, bei der Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit auf der internationalen Ebene neue Wege zu gehen. Ich sehe in dieser Vereinbarung mit der Wojewodschaft Westpommern auch einen wichtigen Schritt in Richtung einer konkreten EU-Osterweiterung. Diese Kooperation wird nicht allein dem Umweltschutz zugute kommen, sie wird auch helfen, die ökonomische und soziale Situation der Menschen im Grenzgebiet zu verbessern.

Sehr wichtig ist es m. E., kommunale Akteure aus den Orten im Grenzgebiet zusammenzuführen und ihnen Möglichkeiten eines gemeinsamen Engagements zu geben. Wenn diese gemeinsamen Aktivitäten beispielsweise für den Umweltschutz dazu führen, dass vielleicht vorhandene gegenseitige Vorurteile über Polen oder Deutsche abgebaut werden, so hat die Agenda 21 abermals die rein ökologische Dimension überschritten.

Ich habe versucht, einige Eckpunkte meiner Umweltpolitik als Teil der Nachhaltigkeitspolitik für Mecklenburg-Vorpommern vorzustellen. Ich möchte damit ausdrücken, dass ich selbstverständlich die gesamte Gesellschaft in der Verantwortung bei der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung sehe. Hierfür muss durch die Europäische Union, durch den Bund, aber auch durch die Länder ein Kontext geschaffen werden, der eine nachhaltige Entwicklung fördert. Ich möchte es eine »Politik des Ermöglichs« nennen, die bürgerschaftliches Engagement nicht nur zulässt, sondern die Menschen zur Mitgestaltung anregt und auffordert. Umweltpolitik ist kein Hindernis, sondern geradezu ein Motor für Innovation, Wissenschafts- und Technologieentwicklung sowie nachhaltige – ökologische, ökonomische und soziale – Regionalentwicklung.

»Eine besondere Initiative ist hierbei die »Regionale Agenda 21 Stettiner Haff-Region zweier Nationen«, die im September 2002 durch den Umweltminister Prof. Dr. Methling und seinem polnischen Amtskollegen unterzeichnet wurde. Ziel ist die nachhaltige Entwicklung des deutsch-polnischen Grenzgebietes.«
www.um.mv-regierung.de/bericht/pages/01.htm

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Nun also doch nicht Schäuble – da hatte unsereiner die CDU-Vorsitzende Merkel in ihrem Intrigenpotential doch glatt unterschätzt. Und als sie nun den Banker Köhler als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt hervorzauberte, fragten sich Bürger zwischen Meer und Gebirge »Horst wer?«; aber das war nicht so schlimm, es werden sowieso immer weniger, die sich noch irgendetwas fragen. Und nur Träumer an preußischen Kaminen hatten erwarten können, daß die uckermärkische Geheimwaffe der Christlichen Demokratischen Union ob ihres Coups auch nur ein Augenblickchen peinlich berührt gewesen wäre. Aba unse Angela doch nicht! Sollten Sozialforscher irgendwann einmal für die Periode, die wir gerade erleben, unter deutschen Dächern eine Zunahme von frauenfeindlichem oder gar machohaftem Kerlgetue diagnostizieren, ich würde ihnen – so ich mir das deutsche Theater noch nicht von Wolke Sieben aus ansehen darf – gerne etliche Erklärungsmuster anbieten wollen. Interessant an der ganzen Bundespräsidentenchose ist eigentlich nur, was aus der einmal vor Monaten im Gespräch gewesenen »Frau aus dem Osten« geworden ist – ein Banker aus Washington. Wahnsinn!

Die SPD mußte nachziehen. Und wenn etwas den Niedergang dieses Schröder-Wahlvereins dokumentiert, dann ist es auch die Art und Weise, wie er die Kandidatenkür managte. Die heutige SPD bringt nicht einmal heftig-deftige Machtspielchen zustande. Müllskandale, Bankenskandale, Stadionskandale (nein, nicht München, Leipzig!), das sind die Angelegenheiten, in denen sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (man muß sich wirklich angewöhnen, sie alle wieder bei ihren Namen zu nennen) erschöpft. Da konnte ihr nur Gesine Schwan einfallen, im Volke so unbekannt wie der Finanzmensch Köhler, aber gleich ihm neoliberal bis auf die Knochen.

Es scheint überhaupt momentan keine moralische Instanz in Deutschland zu geben, der der Bürger vertrauen könnte, die ihn aufrichtet, ihn bestärkt und – wirklich nur mal als Beispiel! – den Bundespräsidentenkandidaten Köhler zur Ordnung ruft, der den Journalisten, freundlich lächelnd, in die Blöcke diktierte, er habe den Eindruck, die Lage in Deutschland sei besser, als es die Stimmung der Leute vermuten lasse. Der Mann, inzwischen sind wir ja doch ausreichend mit Informationen über ihn versorgt worden, ist viel in der Welt herumgekommen. Vermutlich hat er uns mit Haiti oder Burkina Faso verglichen. Nein, die Mehrzahl der meinungsführenden Journalseiten gefällt sich in hämischen Bemerkungen über den reformunwilligen Plebs, über die »Besitzstandswahner«. Besonders tun sich da solche Journalisten hervor, die einst im Mai an sehr anderen Barrikaden hockten und inzwischen ihren Marsch durch die Redaktionen erfolgreich absolvierten und nun Stellvertretende Chefredakteure, Abteilungsleiter, Parlamentskorrespondenten oder sonstwas Staatstragendes sind.

Als strenggläubiger Atheist aber erwartet unsereiner, daß sich vielleicht die Kirche zu mehr aufraffte als zu vereinzelt Kirchenasylan (wobei sie sich ja nicht einmal die zugute halten könnte, denn es handelt sich dabei oft genug um mutige Initiativen von einzelnen Pfarrern, bei denen die Kirchenobrigkeit keine Rolle spielt). Nein, in Deutschland gibt es momentan niemanden, der den Politikern, gleich welcher Couleur, die Instrumente zeigt. Der Wähler? Achgottchen!

Schon vor einem dreiviertel Jahr hatte Günter Gaus in der *Süddeutschen Zeitung* auf eine überzeugende Weise dargelegt, warum er »kein Demokrat mehr« sei. Gaus hatte damals geschrieben: »In meinem befreundeten Umfeld verstehen nicht alle, warum die Inbesitznahme der Demokratie durch das Fernsehen mich zum distanziierten Beobachter des politischen Treibens hat werden lassen. Was soll schon dabei sein, wenn das Fernsehen die Politik auflockert? Es gibt schlechtere TV-Shows als Sabine Christiansens Beinüberschlag und ihr Talent, den sachlichen Faden, wenn sie ihn einmal in die Hand bekommen hat, an der falschen Stelle abzureißen. Darf die Demokratie denn nicht lustig sein und Spaß machen? Ganz im Gegenteil: Sie muss es unbedingt. Dies liegt im Interesse der Manipulateure des Souveräns.

Über Wilhelm II. hieß es: »Majestät braucht Sonne«, mit welcher Begründung dem Kaiser gewisse Kenntnisse von politischen Fehlentwicklungen vorenthalten wurden. Heute soll das souveräne Wahlvolk unterhalten werden; geübte Wahlkampfanimatoure haben daraus die Lehre gezogen: Zerstreut es. Das Funktionieren einer Demokratie aber gründet sich auf die Bereitschaft des Souveräns, sich gelegentlich beim Gewinnen von Einsichten in das politische Tun und Lassen und dessen Konsequenzen anzustrengen. Schneller als gedacht wird die Verflachung der Politik in den Massenmedien ein bißchen amüsieren, schließlich langweilen und abstumpfen – und in jedem Falle das gleiche und allgemeine Wahlrecht aushöhlen. Ich bin kein Demokrat mehr. Wie einst das Drei-Klassen-Wahlrecht bestimmte Interessen begünstigte, so wird die Wahlausübung des bei Laune gehaltenen Fernsehpublikums interessengesteuert sein von gesellschaftlichen Gruppen, die selber wenig fernsehen.«

Gaus im Sommer 2003. Aber wer hört schon auf Gaus?

Torsten Bewernitz:
Global X.
Kritik, Stand und Perspektiven
der Antiglobalisierungsbewegung,
Unrast-Verlag Münster 2003,
205 S. (14 €)

Bei mancher Diplom-, Examens- oder Magisterarbeit mag es schade sein, daß sie nur einem kleinen Leserkreis zugänglich gemacht wird. Im vorliegenden Fall aber wäre es umgekehrt sehr viel besser gewesen, wenn die politologische Magisterarbeit von Torsten Bewernitz nicht zu einem veritablen Buch ausgebaut worden wäre. Es handelt sich nicht um eine an sich wünschenswerte Momentaufnahme des Standes der Globalisierungskritik, wie der Untertitel verspricht, sondern um einen Einblick in das Gefühlsleben eines Revolutionsromantikers, der abstruse Theorien fern der politischen Wirklichkeit entwickelt.

Bewernitz kritisiert beispielsweise die in der Öffentlichkeit vergleichsweise erfolgreichen Globalisierungskritiker von attac von einem Standpunkt, den er selbst wahrscheinlich als links verstehen würde. Attac, das sich für jeden, der den Zusammenschluß einigermaßen objektiv verfolgt, erkennbar um fundierte Aufklärung über die neoliberale Globalisierung bemüht, organisiere »emotionale Empörung«, trenne analytisch zwischen Staat und Kapital (die der Autor gleichsetzt) und wolle in »klassischer Politik-Bürokratie-Manier« Mitglieder fangen.

Nun müßte man sich mit solcher Kritik auseinandersetzen, wenn sie einigermaßen fundiert daherkäme. Das aber ist nicht der Fall – die Polemik wird eher pamphletartig vorgetragen. Die UN ebenso Agent der kapitalistischen Globalisierung wie die WTO? Die EU gleich USA, alles ohne Differenzierung ebenso zu bekämpfende Gegner wie die Nationalstaaten? Das glaubt der Autor tatsächlich, und bei der Bekämpfung des globalen Kapitalismus kann seiner Auffassung zufolge auf Bündnispartner weitgehend verzichtet werden, nicht aber auf gewaltbereite »Globalisierungskritiker«.

Diese auszugrenzen hält Bewernitz für einen Fehler der »Bewegung«. Zu diesem Be-

griff: Kaum glaublich ist die Ignoranz, mit der der Autor den Bewegungscharakter der Globalisierungskritik »untersucht«. Tatsächlich bezieht Bewernitz seine »Analyse« auf zwei – zudem ältere – Lexikonartikel zu »Neuen sozialen Bewegungen«, wobei Empirie durch kräftige, sich indes teilweise widersprechende Behauptungen ersetzt wird.

Der Rezensent meint, daß auch menschenfreundliche, also linke und globalisierungsskeptische Menschen ein Recht darauf haben, ihre knappe Lebenszeit nicht durch solche Rezensionenaufträge verkürzt zu bekommen. Da er nun schon fast acht Stunden auf Lektüre des Buches und Abfassung dieses Textes verwendet hat, erfolgt abschließend die dringende Warnung an alle, auch noch Zeit und/oder Geld auf dieses Werk zu verschwenden.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Jay Y. Gonen:
The Roots of Nazi Psychology.
Hitlers Utopian Barbarism,
The University Press
of Kentucky Lexington 2000,
240 pp (\$ 19.95)

Verhältnismäßig spät nahm die Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg die nationalsozialistische Ideologie ernst. Im Westen herrschte zur Zeit des Kalten Krieges die identifizierende Totalitarismustheorie vor, der es vor allem daran gelegen war, die antiliberalen Elemente in Theorie und Praxis der stalinistischen Sowjetunion auf der einen und des »Dritten Reiches« auf der anderen Seite herauszuarbeiten. Im übrigen wurde die nationalsozialistische Ideologie nicht selten als machiavellisches Kalkül behandelt, das von seinen Protagonisten vorwiegend zum Zwecke der Propaganda und der Massenbeeinflussung instrumentalisiert worden sei. Im Ostblock dagegen versuchte zwar Georg Lukács aus marxistischer Perspektive, die Hegemonie eines imperialistischen Irrationalismus im Denken der deutschen Intelligenz aufgrund des »deutschen Sonderweges« nachzuweisen. Doch eine ideengeschichtliche Engführung auf die Ideologie Hitlers sucht man in seinem Ansatz

vergebens. Vorherrschend im kommunistischen Herrschaftsbereich war vielmehr die Tendenz, den Nationalsozialismus ökonomistisch als Ausfluß der imperialistischen Tendenzen des deutschen Kapitals zu erklären, der den Faschismus ohne Rest für seine Interessen instrumentalisiert habe. Ein Wechsel der Perspektive ergab sich erst in den siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts mit den Arbeiten Ernst Noltes, Rudolph Binions, Eberhard Jäckels und anderer. Sie legten nicht nur die Wurzeln der Nazi-Ideologie frei. Darüber hinaus gelang Jäckel der Nachweis, daß Hitlers »Weltanschauung« bereits in den zwanziger Jahren als relativ in sich konsistentes System – ungeachtet seiner irrationalen Prämissen – ausgearbeitet vorlag.

Jay Y. Gonen knüpft an diese Arbeiten an, aber er führt sie durch die interdisziplinäre Verbindung von Ideologierekonstruktion, psychoanalytischer Deutung und der Einbettung mythischer Geschichtsbilder der jüngeren deutschen Geschichte in seine Darstellung innovatorisch weiter. In den Kapiteln »Die jüdische Gefahr« (S. 17-69), »Das Führerprinzip« (S. 71-97), »Die Eroberung des Lebensraums« (S. 99-136) und »Der völkische Staat« (S. 137-168) verdeutlicht er zunächst, daß Hitler keineswegs ein nur taktisches Verhältnis zu seiner »Weltanschauung« hatte. Vielmehr war sie für ihn ein politisch »existentielles Programm«, an dem er Zeit seines Lebens unbeirrt als letzte Orientierungsnorm seiner Politik festhielt. Hitlers Denken, so Gonen, war beherrscht von der mythischen Vorstellung eines Endkampfes um das Schicksal der Welt, die Gonen in der schlimmsten Tradition messianischer Eschatologie verankert sieht. Seine Ideologie sei Ausfluß einer defizitären Welt gewesen, die in Wirklichkeit als Projektion einer zutiefst beschädigten Gruppenidentität der Deutschen selbst anzusehen sei. Nach dieser Projektion, so Gonen, erschien Hitler die Welt durch und durch verdorben, weil sie, von einer jüdischen Macht durchdrungen, die Weltherrschaft in einem globalen Staat ohne Grenzen anstrebte. Die Gefahr, so das Wahnbild Hitlers, vergrößere sich dadurch dramatisch, daß das arische Volk, bereits durch das Judentum »kontaminiert«, seinem Feind hilflos ausgeliefert sei, der die offene Konfrontation meide und durch indirekte Methoden seine Ziele desto effektiver durchzusetzen suche.

Von dieser »Zeitdiagnose« ausgehend, kann Gonen zeigen, wie die Säulen der Weltanschauung Hitlers, nämlich die »Jüdische Gefahr«, das »Führerprinzip«, die »Expansion des Lebensraums«, der »Völkische Staat« und schließlich der Holocaust an den Juden in Europa strukturell zusammenhängen. Inmitten der gefallenen Welt gibt es Hitler zufolge, so Gonen, nur noch eine intakte Kraft des authentischen Guten: Es ist der geniale Führer selbst, der die magische Fähigkeit hat, die ewigen historischen Wahrheiten intuitiv zu erfassen. Den Juden als das »reine Böse« tritt der »Führer« als Verkörperung des »absolut Guten« gegenüber. Er allein sei in der Lage, aus der dumpfen Masse der Deutschen ein rassistisch bewußtes Volk zu gestalten. Doch setze diese Transformation eine wichtige Übereinkunft voraus: Nur wenn sich das Volk dem Willen des Führers ohne Rest unterwirft, kommt jene magische Kraft zum Tragen, welche der dämonischen Kraft des Verfalls Einhalt gebietet. Ist dies geschehen, kann das Volk erstarken, weil sein kollektiver Wille mit dem individuellen Willen des Führer verschmilzt. Es mutiert jetzt als Kollektiv zur Elite der »Herrenmenschen«, deren historische Mission darin besteht, eine Welt zu unterwerfen, in der territorial klar gezogene Grenzen die unsichtbaren grenzüberschreitenden Infektionsherde des international agierenden Judentums ausschalten werden. Freilich setzt diese Form der »Erlösung« sowohl im Innen- als auch im Außenbereich nach der Weltanschauung Hitlers voraus, »daß ein mystischer Kampf um das Schicksal der physischen und psychologischen Welt nicht mit dem Sieg der Juden und der Niederlage der Arier endet, sondern eher mit dem Überleben der Arier und dem Tod der Juden. Ultimative Gerechtigkeit werde sich einstellen wie sie kosmischen Lösungen angemessen ist, d. h. ein Holocaust würde unumgänglich sein« (S. 189).

Niemand hat so stringent wie Gonen mit ideengeschichtlichen, psychologischen und historischen Argumenten nachgewiesen, daß die »Logik« von Hitlers »Weltanschauung« teleologisch auf den Holocaust hinauslief. Aber zugleich entgeht Gonen auch der Gefahr, den Holocaust an den Juden im Blick auf Hitler zu personalisieren: Letzterer bündelte und

exekutierte lediglich Tendenzen der jüngeren deutschen Geschichte und der westlichen Zivilisation, deren Destruktionspotentiale Hitler bereits vorfand. Noch mehr: Erst dadurch, daß sie von den Massen und, wie hinzuzufügen wäre, auch von den Eliten internalisiert waren, konnte es zur Entstehung des Nationalsozialismus als jederzeit durch den Willen des Führers mobilisierbare Massenbewegung kommen. Auch ist Gonen weit davon entfernt, die nationalsozialistische Ideologie als »deutschen Nationalcharakter« zu ontologisieren. Ausdrücklich hebt er dessen *historische* Qualität hervor, wenn er die neuen Rahmenbedingungen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg betont, die eine Wiederholung der »deutschen Katastrophe« des dreißigjährigen Krieges von 1914 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unwahrscheinlich machen (S. 208-211).

Dennoch sind trotz der großen Erkenntnisgewinne, die Gonen's Untersuchung bringt, zwei Einschränkungen zu machen. Einerseits hat der Leser den Eindruck, als habe sich der exterminatorische Antisemitismus der Nazis gleichsam im Selbstlauf durchgesetzt. Dem gegenüber zeigen die Arbeiten Broszats und Mommsens, daß sich der Primat nationalsozialistischer Ideologie erst in dem Maße durchsetzen konnte, wie die konservativen Stützkräfte der ehemals preußischen Beamten-schaft, der Armee und der Großindustrie durch interne Spaltungen in die Defensive gerieten und der *charismatische* Führungsstil Hitlers gegenüber der *legalen* Herrschaftslegitimation der traditionellen Eliten hegemonial wurde. Andererseits wendet Gonen den Utopiebegriff auf einen Gegenstand an, der auf ihn nicht paßt. Hitler selbst hat sich ausdrücklich als »Anti-Utopist« verstanden. Und seine Vision eines hierarchisch nach dem Führerprinzip aufgebauten »Völkischen Staates« widerspricht in allen wesentlichen Punkten dem, wofür die utopische Alternative seit Morus' Ideengeschichte geschrieben hat: Statt Gemeineigentum am Boden und an den Arbeits- und Produktionsmitteln ließen die Nazis die bürgerlich-kapitalistischen Besitzverhältnisse unangetastet. Statt auf die Vernunft in ihrer kollektiven Spielart zu setzen, griff Hitler auf die Manipulationsmittel des Zaubers und der magischen Rituale zurück. Statt den Frieden als das höchste Gut anzusehen, war für ihn der

Krieg der Rassen das sozialdarwinistische Prinzip historischer Dynamik. Statt das Potential aller produktiven Fähigkeiten des Menschen zu entwickeln, feierte Hitler, wie Gonen selbst nachweist, die Renaissance des Barbarentums unverhohlen als die richtungweisende Perspektive der Zukunft.

Und selbst Gonen's Rekurs auf Mannheim's weiter gefaßten Utopiebegriff (S. 1, 169) erscheint problematisch, weil er diesen zu keinem Zeitpunkt mit vor- oder antizivilisatorischen Inhalten füllte. Im Gegenteil: Utopisches Denken war für Mannheim der Garant der Fortentwicklung der Zivilisation, nicht aber deren Verneinung. In »Ideologie und Utopie« betonte er jedenfalls, »mit dem Aufgeben der verschiedenen Gestalten der Utopie« müßte der Mensch »den Willen zur Geschichte und damit den Blick in die Geschichte« verlieren.

RICHARD SAAGE

Karl Mannheim: Konservatismus,
Suhrkamp Verlag Frankfurt a. M.
2003 (1984),
288 S. (11 €)

Spätestens seit der neoliberalen Wende Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, seitdem marktradikale, privatistische und individualistische Konzepte die politische Diskussion bestimmen, muß über Begriffe wie Konservatismus, Traditionalismus und Reformismus neu nachgedacht werden. Dies betrifft insbesondere deren Gleichsetzung mit Begriffen wie Reaktion, Konterrevolution und Antidemokratismus, die aus den ideologischen Debatten des 19. Jahrhunderts resultiert und der aktuellen Lage nicht mehr gerecht wird. Angesichts der Tatsache, daß linke Parteien und Gewerkschaften heute eher »konservativ«, den Status quo verteidigend, als modernistisch agieren, ist hier eine differenziertere, in bestimmter Hinsicht vielleicht sogar entgegengesetzte Sicht gefragt als noch vor einigen Jahren, als sich zum Beispiel Ludwig Elm mit diesem Thema auseinandersetzte.¹ Für eine derartige Wertung konservativer Positionen kann es durchaus hilfreich sein, auf ältere Literatur zurückzugreifen, so zum Beispiel auf

die Arbeit von Karl Mannheim aus dem Jahre 1925, die 1984 zum ersten Mal vollständig publiziert wurde und die nun als Nachauflage im Taschenbuchformat vorliegt.

Der Text wird mit einem 30seitigen Editorial »Mannheim und der Konservatismus« eingeleitet, worin die Entstehungsgeschichte des Werkes, vor allem aber seine methodologische Bedeutung und Wirkungsgeschichte ausführlich dargestellt werden. Wesentlich dabei ist, daß Mannheim den Konservatismus weder als politisches Programm noch als theoretisches System begriffen hat, sondern als Denkstil und Glaubensbekenntnis. Seine Studie ist mithin vor allem eine »paradigmatische Untersuchung der sozialen Entstehungsgeschichte politischer Glaubenssätze« (S. 13). Seine Aufmerksamkeit gilt der Differenzierung von Begriffen und Erkenntnismethoden als Grundlage »intellektueller Strategien«. Er grenzt sich damit ab von vermeintlich objektivistischen Darstellungen, aber auch von marxistischen, ideologieenthüllenden Interpretationen, wie man sie zum Beispiel bei Georg Lukács findet. Es geht ihm vielmehr darum, die »Verwurzelung« konservativer Denkmuster, ihre »seinsmäßige Verankerung« in bestimmten Verhältnissen, aufzuzeigen und zu erklären. So schreibt er: »Das zentrale Problem jeder Wissenssoziologie und Ideologieforschung ist die Seinsgebundenheit allen Denkens und Erkennens.« (S. 47) Davon ausgehend wird die These aufgestellt, daß sich in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts »parallel mit der sozialen und politischen Differenzierung eine Differenzierung der Denkstile« (S. 52) ausgebildet hat, womit eine »schroffe Spaltung« des Denkens in »zwei ›Logiken« verbunden ist, so daß sich schließlich nicht nur verschiedene Interessen gegenüberstehen, sondern »Welten«, daß »Welten gegen Welt kämpfen« (S. 73): Auf der einen Seite, hervorgegangen aus der Aufklärung, der Liberalismus, auf der anderen Seite, basierend auf der Romantik, der Konservatismus. Im weiteren wird dann der konservative Denkstil näher betrachtet. Hervorstechend ist dabei dessen »Gegensätzlichkeit zum liberalen Rationalismus in all seinen Formen« (S. 29) – eine Passage, die geradezu danach ruft, auf die gegenwärtigen Verhältnisse angewendet zu werden.

Mannheims Schrift vermittelt tiefe Einsichten in das Wesen der Romantik, welche »als erlebnismäßige Reaktion gegen das aufklärerische Denken ... (diesen philosophischen Exponenten des bürgerlichen Kapitalismus) die früheren, im Versinken begriffenen Lebenshaltungen und Inhalte aufgriff, bewußt herausarbeitete und dem rationalistischen Denkstil entgegengesetzte« (S. 84 f.). Dabei sei, so Mannheim, die »Denkweise« von größerer Bedeutung als der »Denkinhalt«. Einen wesentlichen Zug konservativen Denkens sieht er im »Sichklammern an das unmittelbar Vorhandene, praktisch *Konkrete*« (S. 111), weshalb sich ein konservativer Reformismus auf »das Verbessern« des Systems beschränkt, auf den Austausch von Einzeltatsachen, auf Reformen innerhalb der bestehenden Ordnung, während die Gegenposition alle Verhältnisse umwerfen und die Gesellschaft revolutionieren will. Exemplifiziert wird dies anhand der Schriften von Justus Möser, Adam Müller, Friedrich Karl von Savigny, Edmund Burke, Friedrich von Gentz u. a.

Das Buch ist reich an Sentenzen und zusammenfassenden Wertungen, insbesondere in vergleichender Hinsicht, um die jeweilige Spezifik einer Denkrichtung deutlich zu machen. So schreibt der Autor zum Beispiel über die Verschiedenheit des Zeiterlebnisses: »Der Progressive erlebt die jeweilige Gegenwart als den Anfang der Zukunft, während der Konservative die Gegenwart als die letzte Etappe der Vergangenheit erlebt.« (S. 121) An anderer Stelle wird die »Sensibilität« des Konservatismus, »der gute Blick«, dem Verstand (»sense«) und der analytischen Gründlichkeit des aufklärerisch-liberalen Denkstils gegenübergestellt (S. 146). Hegelsche Dialektik, spekulatives Denken, Historismus, Irrationalismus, Lebensphilosophie – all das sind Elemente bzw. Konsequenzen der »Gegenlogik«, wie sie der konservative Denkstil hervorgebracht hat. Obwohl Mannheims Arbeit Fragment blieb und insbesondere die Überlegungen zu Hegel nicht zu Ende geführt worden sind, ist es ein lesenswertes Buch, nicht zuletzt wegen des eingangs erwähnten aktuellen Aspekts.

ULRICH BUSCH

¹ Vgl. Ludwig Elm: *Konservatives Denken 1789-1848/49*, Berlin 1989.

Jean Ziegler:
Die neuen Herrscher der Welt
und ihre globalen Widersacher,
Bertelsmann München 2003,
352 S. (22,90 €)

Als Sonderbotschafter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung stellt Ziegler auf Grundlage persönlicher Eindrücke und Erfahrungen auf die wachsende soziale Ungleichheit auf dem Globus ab. Als »unrentable Populationen« (S. 193-212) bezeichnen Ziegler zufolge private Anleger die »less advanced countries« (LAC), die 49 ärmsten Länder der Erde, mit einer Bevölkerung von 640 Mio. Menschen (zehn Prozent der Weltbevölkerung), die weniger als ein Prozent des Welteinkommens erzeugen. Empört fragt er, wie die in der Regel gut ausgebildeten, »praktisch nur von nordamerikanischen Universitäten« rekrutierten Fachleute so blind und ignorant sein können, daß sie »zu idealen Janitscharen des amerikanischen Imperiums« (S. 213) werden. Nur wenige Straßen vom Hauptsitz von Weltbank und IWF in Washington entfernt liegen die Armenviertel der Stadt, von denen die Mitarbeiter der Institute ebenso wenig wüßten wie von den Ländern, über deren Schicksal sie urteilen: »Das Elend der Welt reicht bis an die Schwelle des Weißen Hauses. Durch einen seltsamen Fluch gelingt es dem Imperium nicht, die zahllosen Opfer zu verstecken, die es jeden Tag produziert.« (S. 217) »Söldlinge« und »Feuerteufel« nennt Ziegler die Mitarbeiter der internationalen ökonomischen Organisationen, weil sie – trotz aller Skrupel, die einzelne von ihnen haben mögen – in ihrer Praxis faktisch »immer zugunsten des Auslandskapitals und der inländischen herrschenden Klassen« (S. 180) agieren. Ihr vermeintlich »apolitisches« Verhalten hält er für Heuchelei. »In der Praxis steht nämlich der IWF im ständigen unmittelbaren Dienst der Außenpolitik der USA« (S. 191) – was er mit Beispielen zu belegen sucht. Er gesteht internationalen Institutionen aber auch relative Eigenständigkeit zu: »Denn die WTO [...] ist in Wahrheit eine imperiale Macht, fürchterlich in ihrem Zorn und souverän in den von ihr verhängten Sanktionen.« (S. 150)

Auch wenn etwa die Ideologen der Weltbank ihre »Theorien verändern und neuen Gegebenheiten anpassen, bleibt ihre Praxis doch immer dieselbe. Sie entspringt der reinen Banker-Mentalität, was die systematische Ausbeutung der betreffenden Populationen und die erzwungene Öffnung ihrer Länder für die Beutejäger des globalisierten Kapitals impliziert« (S. 168). Die Stärke des Verfassers, Roß und Reiter zu nennen, überzieht, wenn hinter der Personalisierung der Verhältnisse Strukturzusammenhänge verschwinden.

Treibende Kräfte der wachsenden Ungleichheit seien die »Beutejäger«. Ziegler schimpft über ihre »wilde Gier nach Erfolg, nach maximalem Profit, nach Macht«, nach »Blutgeld«, die die »Seins- und Handlungsweise der Oligarchien des globalisierten Kapitals« kennzeichnen (S. 79). Zwar herrsche zwischen diesen Oligarchien ein »erbarmungsloser Krieg« (S. 77), wenn es aber um gemeinsame Interessen gehe, herrschten Korruption und »Ausplünderung der Staaten der Dritten Welt« vor (S. 81). Als »die Agonie des Staates« (S. 95 ff.) kennzeichnet Ziegler (auf Habermas und Dahrendorf gestützt) die Folgen der Globalisierung, die Rolle staatlicher Politiken verfehlend. Angewidert, aber als durchaus zutreffend zitiert er den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Tietmeyer: »Von nun an stehen sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte!« (S. 99). Diese pauschale Vereinseitigung reduziert die neoliberale Globalisierung auf einen ökonomischen Prozeß.

Dies wird auch an der Skizze der Entstehung und Wirkungsweise der Steueroasen – dem »Paradies der Piraten« (S. 130 ff.) – deutlich. An den Steueroasen erkennt Ziegler einen grundlegenden Konflikt zwischen »Beutejägern und republikanischen, demokratischen Staaten«: »Die neuen Herrscher wollen die Ordnung der stateless global governance errichten, der planetarischen Regierung ohne Staat, in der die WTO und einige andere für sie arbeitende Behörden die wenigen Regeln festlegen, die für das Funktionieren des monopolistischen Finanzkapitals [...] notwendig sind.« (S. 130 f.) Er versetzt sich in die Gedankenwelt seiner negativen Protagonisten: »Den meisten Herrschern ist es ontologisch [...] unerträglich, Steuern zu zahlen (das Gleiche gilt natürlich für Sozialabgaben, Zölle

u. ä.). Die Steuer kommt für sie einer Konfiszierung gleich.« Sie betrachten »sich selbst als einzigen Motor der Wirtschaft« und den Staat als »verschwenderisch, unproduktiv« – »Steuer ist [...] Diebstahl« (S. 131). Die Rolle der Politik bleibt dabei im dunkeln.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hätten »die Gebieter des Kapitals« nicht »auf die multilaterale Organisation der kollektiven Sicherheit« gesetzt, sondern »auf die militärische Schlagkraft der amerikanischen Supermacht« (S. 34). Das klingt deutlich, verfehlt jedoch die Realität: Nach 1990 wurde zunächst nicht auf die militärische Karte gesetzt, sondern auf eine Form neoliberaler Globalisierung, die staatliche Interventionen zugunsten einer Freisetzung der Marktkräfte beschränken sollte und dies multilateral zu institutionalisieren suchte. Dies änderte sich erst zum Ende der zweiten Amtszeit der Regierung Clinton. Ziegler sitzt einem Voluntarismus auf, wenn er dahinter die souveräne »Entscheidung« einiger Oligarchen vermutet. Da er sie nicht zu fassen bekommt, begreift Ziegler die Methode der Herrschenden nicht als Kampf um Ideen oder demokratische Mehrheiten – »stattdessen: Schweigen. Absolute Diskretion. Verweigerung der Antwort. [...] Die Weltherrschaft des globalisierten Kapitals ist so gut wie unsichtbar.« (S. 251)

Um den »Feind« sichtbar zu machen, steht dann doch wieder ein Staat, die USA, im Zentrum der Entwicklung: Sie sind kein »National-Staat« im üblichen Sinn, sondern »ein Imperium, das mit seinen Streitkräften – zu Wasser, zu Lande, in der Luft und im Welt-raum – [...] die ständige Expansion der oligarchischen Weltordnung garantiert.« (S. 35) »Die Arroganz«, mit der dieses Imperium bei der Verfolgung der Ziele von Finanz- und Machteliten vorgeht, »ist grenzenlos« (S. 35). Ergebnis sei eine »Privatisierung des Planeten«, die gleichbedeutend sei »mit dem Ausschluss und der territorialen Einsperrung der Armen« (S. 65). Die dahinterstehende »Ideologie, welche die Globalisierung legitimieren soll«, wird Ziegler zu einem »einzigsten großen Täuschungsmanöver« (S. 69). Angesichts solcher Vereinfachungen bleibt unklar, warum sich der größte Teil der Weltbevölkerung manipulieren läßt. Jegliche Differenzierung geht ihm verloren, wenn er von Chomsky die

Unterscheidung von drei Formen totalitärer Macht im 20. und 21. Jahrhundert aufnimmt: Bolschewismus, Nationalsozialismus und das neoliberale Diktum des »TINA« (There Is No Alternative) (S. 250).

Die Hoffnung auf eine Demokratisierung der Welt verbindet Ziegler mit der »neuen planetarischen Zivilgesellschaft«. Da die »Gewaltsamkeit des Kapitals [...] die normative Kraft des Staates weitgehend gelähmt« habe (S. 224), sei die traditionelle Basis souveräner demokratischer Willensbildung keine Grundlage mehr für eine Alternative. Auch auf die UNO könne man nicht bauen. Neue »Fronten des Widerstands« (S. 238 ff.) und »Waffen des Kampfes« (S. 250 ff.) gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit entwickelten sich. Dazu gehöre eine »Wiederaneignung des öffentlichen Raums« (S. 262), durch welche die »Kombattanten« »das Schweigen der neuen Herrscher zu brechen und ihr Treiben aufzudecken« (S. 262) in der Lage seien. Ziegler hat ein aufrüttelndes Pamphlet verfaßt, »große Worte« dominieren, es fehlt ihm jedoch an analytischer Schärfe.

MARIO CANDEIAS

Peter Bender:
Weltmacht Amerika.
Das Neue Rom,
Klett-Cotta Stuttgart 2003 ,
295 S. (19,50 €)

Vergleiche zwischen den USA und dem Römischen Reich werden in jüngster Zeit häufig gezogen. Das ist kein Zufall. Seit über einem Jahrzehnt sind die USA die einzige Weltmacht, allen andern Staaten überlegen. Wer in Europa in die Geschichte schaut und Parallelen sucht, findet sie nur im Römischen Reich, das ab dem 2. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, nach der Niederrichtung Karthagos, uneingeschränkt den Mittelmeerraum, den Makrokosmos der antiken Welt, beherrschte. Die Komparation bezieht sich vornehmlich auf den politischen und militärischen Bereich, auf die imperialen Bestrebungen beider Mächte, wobei die Vergleichsmöglichkeiten vor allem bei der Ökonomie und der inneren

Struktur beider Reiche groß sind. Pax Romana bzw. Pax Americana sind in diesem Zusammenhang die am häufigsten gebrauchten Schlüsselworte.

Benders Buch gehört zweifellos zu den fundiertesten und spannendsten – Rom und die USA vergleichenden – Publikationen. Beides trifft man nicht allzu häufig in einer Publikation an. Daß der Leser bei Bender diese ebenso seltene wie erfreuliche Kombination genießen kann, hat natürlich sehr viel mit dem Autor selbst zu tun. Der Journalist und politische Publizist Bender hat erstens über mehrere Jahrzehnte die politischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie zwischen der Bundesrepublik und der DDR aus beruflichen Gründen aufmerksam verfolgt. Seine Erfahrungen aus dieser Zeit erlauben ihm ein treffendes Urteil über Machtpolitik. Zweitens ist Bender aber auch promovierter Althistoriker, Kenner des antiken Rom. Und drittens ist der Autor ein Publizist von Format. Der treffende, brillante Stil des Verfassers zeichnet auch den vorliegenden Band aus. Da wird auf den ersten Blick zurückhaltend geschildert und locker erzählt, fast möchte man glauben, geplauscht. Doch jeder Satz stimmt.

Wenn in Benders Buch auch die Analyse der beiden Mächte nach dem zweiten punischen Krieg bzw. nach dem Ende des Kalten Krieges im Vordergrund steht, geht er doch in seiner vergleichenden Darstellung psychologischer Faktoren bei der Kriegsführung sowie der Entwicklung der politischen und militärischen Strategie beider Staaten zeitlich weit, fast bis an die Anfänge zurück, um zu zeigen, was in der Gegenwart vielfach vergessen ist: Rom und die USA wurden nicht zu Supermächten nach einem vorgegebenen Plan. Ihre Politiker waren zunächst überzeugte »Isolationisten«, die ihre Aktivitäten gern auf die italienische Halbinsel bzw. den amerikanischen Kontinent beschränkt hätten. Römer und Amerikaner griffen in das Geschehen der übrigen Welt zunächst nur von Fall zu Fall ein: Immer wenn sie bedroht waren oder sich bedroht fühlten.

Hatten sie diese Gefährdung einmal mit kriegerischen Mitteln überwunden, so sorgten sie dafür, daß ihre Gegner nicht wieder hoch kamen. Irgendwann wurden so »Rom und

Amerika die ersten Weltmächte ihrer Zeit, danach waren sie die einzigen« (S. 184).

Ab einem bestimmten Zeitpunkt jedoch, im 2. Jahrhundert v. u. Z., nach Roms Sieg über Hannibal bzw. im Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion scheinen die machtpolitischen Bestrebungen beider Länder aber dann doch zunehmend unvergleichlich zu werden. Denn Rom schuf bekanntlich in einer Reihe von Kriegszügen gegen die hellenistischen Staaten sein schließlich den gesamten Mittelmeerraum umfassendes Weltreich, während die USA nach ihren siegreichen Feldzügen in Afghanistan und dem Irak nicht daran denken, eroberte Länder als neue Bundesstaaten einzusammeln. Doch wer Bender aufmerksam liest, findet bald, daß die Parallelen zwischen dem alten und dem neuen Rom bis in unsere Gegenwart hinein reichen.

Nach seinen Siegen gedachten die Senatoren der Römischen Republik den östlichen Mittelmeerraum zwar unter strikter Kontrolle zu halten, aber nicht selbst zu regieren, um nicht die Last der unmittelbaren Verantwortung für die eroberten Länder zu tragen. Die Römer wollten herrschen, aber nicht regieren. Die früher selbständigen Staaten wurden zu Klientelstaaten Roms. Offiziell blieben die griechischen Staaten unabhängig und konnten sich unter römischem Schutz frei von diktatorischen Nachbarn entwickeln. Bender zitiert den römischen Proconsul Flaminus, der anlässlich der Isthmischen Spiele im Frühsommer 196 v. u. Z. in Korinth den dorthin zusammengeströmten Griechen verkündete: »Wir geben Freiheit und Selbstverwaltung, ohne Besatzungen hineinzulegen, ohne Tributzahlungen zu fordern.« (S. 135).

In Wahrheit unterstützten die Römer aber jene Vertreter des wohlhabenden Bürgertums in den griechischen Stadtstaaten, die im Interesse Roms Politik zu machen bereit waren, weil sie sich von dem »Weltgendarm« Unterstützung im Kampf gegen die Ärmeren und Armen, die die große Mehrzahl in ihren Staaten waren, erhofften.

Dem Volk blieb dieser Zusammenhang und die Zusammenarbeit »ihrer« Regierungen mit der Hegemonialmacht nicht verborgen. Es gab in der Bevölkerung Unzufriedenheit, Haß auf Rom und die »Rom-Knechte«, sogar Aufstände. Der römische Senat mußte in solchen

Fällen mit seinen Legionen erneut eingreifen, um Ruhe und Ordnung, den »römischen Frieden« wieder herzustellen.

Solange es irgend ging, hielt die Römische Republik im östlichen Mittelmeerraum an dem für sie bequemeren Klientelstaatsystem fest. Die Einrichtung von Provinzen war nur der letzte Notbehelf, um abhängige Staaten, die man nicht sich selbst überlassen konnte, weil sie zu Heimstätten ständiger Unruhe geworden waren, unter Kontrolle zu halten. Und der Provinzen wurden mit der Zeit immer mehr.

Die neuen Klientelstaaten der USA, Afghanistan und Irak, sind als solche noch im Entstehen begriffen. Das soll in diesem Jahr »demokratisch legitimiert« werden. 2005 soll auch der Irak eine demokratisch legitimierte Regierung von USA-Gnaden erhalten. Aber schon jetzt gelten die neuen bzw. zukünftigen Regierungen dieser Länder im Volke als USA-hörig und werden teilweise bereits bekämpft.

Der Leser wird durch die Lektüre dieser Passagen von Benders Buch angeregt zu fragen, ob das Klientelstaatsystem, das von Rom angestrebt wurde und nach vergleichsweise kurzer Zeit versagte, für die USA seinen Zweck erfüllen wird, ob es für die Vereinigten Staaten bei der von ihnen bevorzugten direkten Machtausübung bleiben kann. Oder werden sich die USA bequemen müssen, die einmal eroberten Länder wirklich zu besetzen und in »Provinzen«, in welchem Verhältnis zu den USA diese auch immer stehen werden, zu verwandeln, das einmal Eroberte zu einem »Empire« weiter zu entwickeln? Wird die amerikanische Regierung diese Herausforderung, die Rom für vier Jahrhunderte meisterte, auch nur für Jahrzehnte zu verkraften in der Lage sein?

Was damit gesagt werden soll: Benders Buch ist nicht nur interessant bezüglich mancher Ähnlichkeiten von USA und Römischen Reich in der Vergangenheit, es schärft auch den Blick für das, was vor unseren Augen in der Gegenwart abläuft und erlaubt Fragen nach den Chancen der amerikanischen Welt-herrschaftsbestrebungen in der Zukunft.

JÖRG ROESLER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

MATTHIAS KÄTHER

Marx' Methods of Reception

Why did Marx admire Diderot? This author says it is because he felt deeply inspired by some of Diderot's most important thoughts and methods of working. He admired how Diderot developed his views by discussing and disproving those of others. He learned from Diderot's encyclopaedic approach to the system-critical knowledge of his time and was impressed by Diderot's idea that originality does not mean the radical novelty of thoughts but the re-melting of materials that are already known into new ones of new quality. The author then discusses today's approaches to Marx' methods of reception. He finds it an unfortunate tendency that they – along with those of the pre-Marxist thinkers – are being forgotten.

EVELIN WITTICH

Debate About a Memorial To Rosa Luxemburg

The author – acting manager of the Rosa Luxemburg Foundation – discusses the newest developments in the long history of plans and ideas to erect a memorial to Rosa Luxemburg in Berlin – the city, where the famous revolutionary worked, in the years preceding World War I and in the months of the 1918 German November revolution. She was murdered January 15th, 1919. She reviews recent attacks on Rosa Luxemburg and sees them especially aimed at detracting from Luxemburg's positive image as a democrat, as an opponent to war, as a woman and – last but not least – as a symbol of democratic socialism. But this, the author concludes, should not stop the SPD-PDS-Senat of Berlin in its plans for the memorial.

MICHAEL BRIE

Rosa Luxemburg's and Alexandra Kollontai's Taking Sides Democratic Socialism

Rosa Luxemburg and Alexandra Kollontai – these two woman are among the few known examples of the many people who withstood the fatal logic of alienated liberation movements within the European social democratic and Soviet communist movements. They freed themselves from the predominating masculine logic of a merciless devotion to the cause and were not willing to accept that liberation degenerated into a bureaucratic matter, a bloody fetish for which first »the others« and then the own life had to be sacrificed. The author – a member of the managing board of the Rosa Luxemburg Foundation – examines the life, political ideas and objectives of these two outstanding revolutionaries, pointing out similarities until now not described in this way.

OTTO LACIS

What Are The Reasons For Failure Of CPSU?

The author – born in 1934, the son of Latvian communists, since 1956 working as a journalist and economist – discusses the reasons for the failure of the Communist Party of the Soviet Union (the CPSU). He also harshly criticizes the course of the Communist Party of the Russian Federation, which – as he puts it – revives the disastrous Stalinist ideology and rejects all market-oriented and democratic reforms, which are vital for Russia's

development in the third millennium. The author looks back at history, discusses what »socialism« meant, analyses the destiny of Marx' thinking in the Soviet Union and describes what he calls a »failed moral« of the communists. At the same time he refutes theories which argue that Russia in 1917 might have »fallen out of the civilization« and would now have to build a »capitalist formation«. It is necessary, he concludes, to create a civilised society. Leave it up to future historians to give it a name.

WILHELM ERSIL

Core Europe: Threats and Tendencies

In the aftermath of the failure of the European Constitutional summit in December, 2003, the author sees an unprecedented mood of crisis in the EU. The reason goes beyond the fact of the Polish and Spanish stubbornness in questions of majorities in future balloting. It goes back further in history to the war against Iraq in Spring, 2003 waged by the United States und Great Britain, and it lies deeper in the very hierarchical structures of the union. The author analyses the efforts some of the »pioneer« or »core« nations of Europe are undertaking to keep the EU ship afloat, as well as the reactions of the smaller and newer EU countries fearing a »Europe of different speeds«.

Assia Teodossieva

Bulgaria Between a Millennium's History and Globalization

The author – working on a scholarship with the Rosa Luxemburg Foundation – discusses the situation of Bulgaria, a country aspiring to join the European Union, but having the chance to do so, in 2007, at the earliest. The author contends, that this small country in southeastern Europe, feels almost forgotten – forgotten by the world but also forgotten by Europe. To make understandable what the Bulgarians expect and how they are preparing to join the EU, the author makes a retrospective into the long European history of the country, describing the winding route, full of contradictions, that Bulgaria has taken in the 20th century, showing the special problems linked to developments in the Balkans and with the demise of state socialism. He gives an impression of the pro-European mentality of the Bulgarian people.

Wolfgang Methling

Environment Policies – Impulses for Technological Innovation and Regional Development

The author – Minister for the Environment in Mecklenburg-Vorpommern – rejects the idea that technological innovation belongs solely in the domain of the economy and vehemently doubts the view that environmental policies are a hindrance to innovation. The obliteration of nature and the liquidation of work places – he argues – have often the same reasons. This is why those enterprises, considering nature a commodity open to be freely and limitlessly exploited, manipulated and substituted are out of step with modern times. Pleading for alternatives, the author describes efforts undertaken in his state to use renewable raw materials as well as re-usable energy. Among the remarkable examples he presents, are the use of the Organic-Rankine-Cycle method (ORC) in biomass processing in Friedland and in geothermic processing in Neustadt-Glewe.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber; Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €